MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943
139 (1928)

113 (7.3.1928) Mittagsblatt

urn:nbn:de:bsz:mh40-344992

Mittwoch, 7. März

Mittag-Ausgabe

Preis 10 Pfg.

1928 - Nr. 113

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung frei ins Haus oder durch die Post monatlich R.-M. 2.80 ohne Bestellgeld. Bei evtl. Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse Nachforderung vorbehalten. Postscheckkonto 17590 Karlsruhe. Haupt-Geschäftsstelle E 6, 2. Haupt-Nebenstelle R 1, 4-6, (Bassermannhaus). Geschäfts-Nebenstellen: Waldhofstr. 6, Schwetzingerstr. 19/20 u. Meerfeldstraße 18. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentl. 12mal. Fernsprecher: 24944, 24945, 24951, 24952 u. 24953

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung je einsp. Kolonelzeile für Allgem. Anzeigen 0.40 R.-M. Reklamen 3—4 R.-M. Kollektiv-Anzeigen werden höher berechnet. Für Anzeigen-Vorschriften für bestimmte Tage, Stellen u. Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw. berechtigen zu keinen Ersatzansprüchen für ausgefallene od. beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher ohne Gewähr. Gerichtsstand ist Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel · Aus Zeit und Leben · Mannheimer Frauenzeitung · Unterhaltungs-Beilage · Aus der Welt der Technik · Wandern und Reisen · Gesetz und Recht

Curtius über seine Wirtschaftspolitik

Kritik der deutschnationalen Agrarpolitik und der Handelsverträge

Wichtige programmatische Erklärungen im Reichstag

In der am Dienstag um 2 Uhr begonnenen Sitzung des Reichstags wurde die zweite Beratung des Haushalts des Wirtschaftsministeriums fortgesetzt.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

äußert sich zu verschiedenen in der Debatte aufgeworfenen Fragen und führte unter anderem aus:

Verschiedene Maßnahmen der englischen Regierung bedeuten eine Verschiebung der Basis, die wir gemeinschaftlich mit England beim Vertragsabschluß gefunden haben. Wir werden bei der ersten möglichen Gelegenheit den deutsch-englischen Handelsvertrag kündigen und versuchen, bei den neuen Verhandlungen die jetzt zutage getretenen Mißstände abzustellen.

Zum Wortführer der Beschwerden,

die sich gegen die Methoden beim deutsch-italienischen Vertrag richten, sind nur diejenigen berufen, die auch von sich aus solche Methoden als verwerflich betrachten. Ich kann mich darum nicht denen anschließen, die, wie der Abg. Hugenberg, das Heil in einer Grenzsperre für landwirtschaftliche Artikel und den Einfuhrverboten sehen. Diese Forderung steht im Widerspruch zu den in der Genfer Weltwirtschaftskonferenz auch von der landwirtschaftlichen Gruppe unter Zustimmung der deutschen Landwirtschaftsvertreter festgelegten Grundsätzen (Hört, hört!). Der Autorität des Abg. Hugenberg stelle ich die Autorität des verstorbenen Abg. Helfferich gegenüber, der 1901 gesagt hat: „Ich sehe die größte Gefahr darin, daß wir als Industriestaat eine Agrarpolitik treiben, die den kleineren Teil des Volkes erhalten will mit Maßregeln, die den anderen größeren Teil zugrunde richten!" (Hört, Hört!)

Meine Industriepolitik, meine Bemühungen um Zollsenkungen haben nach meiner Ueberzeugung zugunsten der Landwirtschaft gewirkt. Den Grundsätzen, die Abgeordneter Lejeune-Jung hier in seiner Rede aufstellte, sind ja zum Glück er selbst und seine deutschnationalen Freunde in der Regierung nicht gefolgt. Die Deutschnationalen haben meine Politik mitgemacht.

Die Ironie des Schicksals will es, daß

gerade für den deutsch-englischen und den deutsch-italienischen Handelsvertrag die deutschnationalen Abg. Lejeune-Jung und Dr. Reichert die Referenten waren. (Große Heiterkeit!). An dem Zustandekommen des deutsch-französischen Handelsvertrags hat Reichsernährungsminister Schiele den stärksten Anteil (Hört, Hört und Heiterkeit). Wenn wir mit Polen zum Vertrag kommen, so basiert das auf der Grundlage, die die Minister Schiele und Stresemann zusammen geschaffen haben.

Ich bin überzeugt, daß die Deutschnationalen bald auf diesen Boden wieder zurückfinden werden, denn mit den Plänen des Abg. Dr. Hugenberg werden wir niemals deutsche Handelspolitik treiben können. (Beifall.) Man darf andererseits den langsamen Fortgang der deutsch-polnischen Verhandlungen nicht allein auf solche Hemmungen zurückführen. Die größten Schwierigkeiten gehen in der Niederlassungs- und Valorisierungsfrage von Polen aus. Es ist bedauerlich, wie die Tschechoslowakei die deutschen Gläubiger aus den Vorkriegsanleihen benachteiligt. Ich sehe keine Möglichkeit zur Fortsetzung der deutsch-tschechischen Verhandlungen, wenn sich das nicht ändert.

Mit dem Abg. Heinig halte auch ich eine größere Publizität der Wirtschaft für notwendig.

Was die Klagen des Mittelstandes betrifft,

so hat der Reichsernährungsminister die Beteiligung von Vertretern des Handwerks und Mittelstandes an den Beiräten für die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms zugesagt. Die Entschließung, in der eine Kontrolle der staatlichen Auftragsvergebung verlangt wird, geht nicht weit genug, weil sie sich nur auf die Reichsbetriebe erstreckt, die nur 10 v. H. aller Aufträge vergeben. Richtig wäre es, wenn alle von Reich, Ländern und Gemeinden vergebenen Aufträge dem Reichswirtschaftsministerium mitgeteilt werden, das dann die gewünschte Kontrolle üben könnte.

Abg. Dr. Dessauer hat die Kooperation in der Wirtschaft gefordert. Das ist auch das Ziel des Reichswirtschaftsministeriums. Wir fordern die Zusammenarbeit der Erzeuger mit Handel und Verbraucher und würden es begrüßen, wenn wenigstens etwas mehr dem amerikanischen Grundsatz Rechnung getragen würde:

Der Kunde hat immer recht!

(Beifall.) Im Sinne des kooperativen Gedankens habe ich mich auch bemüht, Kohle und Eisen zusammenzuführen. Ich bedauere, daß die Zentralarbeitsgemeinschaft nicht mehr besteht. Ich hoffe, daß ihre Aufgabe vom Reichswirtschaftsrat übernommen werden kann, denn wir brauchen die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Segen der ganzen Wirtschaft.

*

Auf die Abwehr des Ministers reagierten die Deutschnationalen mit einem schwachen Vorstoß, während der Volksparteiler Beythien und nachher auch der Demokrat Bartschat, sich neben den Minister stellt. Wider Erwarten wurde der Curtius-Etat noch nicht verabschiedet. Das Haus überwies zum Schluß den zum Notprogramm gehörenden Gesetzentwurf über Leistungen der Invaliden- und Angestellten-Versicherung an den Ausschuß.

Der Widerhall in England

§ **London**, 7. März. (Von unserem Londoner Vertreter.) Die Erklärung des Wirtschaftsministers Curtius im Reichstag, daß Deutschland bei erster Gelegenheit den Handelsvertrag mit England kündigen will, hat hier außerordentliches Interesse erregt. Allerdings kommt der Absicht der deutschen Regierung keine unmittelbare Bedeutung zu, da der erste Termin zur Kündigung erst 1929 ist. Deutschland hat in den letzten Jahren mehrfach gegen die Verschärfung der englischen Schutzzollpolitik Einspruch erhoben, doch sind die deutschen Forderungen stets regelmäßig an der entschlossenen protektionistischen Politik der konservativen Regierung gescheitert. Mit Recht stellt sich die deutsche Regierung auf den Standpunkt, daß England seit dem Abschluß des Vertrages eine ganze Reihe von Schutzzollbestimmungen erlassen habe, die sich in erster Linie gegen deutsche Waren richten. Zur Zeit des Vertragsabschlusses war England noch ein verhältnismäßig freihändlerisches Land. Die letzten Jahre haben darin eine tiefgehende Wandlung geschaffen, unter dem natürlich der deutsche Export auf die Dauer nicht einseitig leiden darf. Diese Lage findet hier im übrigen durchaus allgemeine Anerkennung.

Französische Kammer

Die Kammer nahm am Dienstag einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung eines zwischen der Regierung und der Bank von Frankreich abgeschlossenen Abkommens an, durch das das weitere Anwachsen des Postens „für Vorschüsse des Staates an fremde Regierungen diskontierte Schatzscheine" verhindert und dieser Posten auf den gegenwärtigen Stand von rund sechs Milliarden festgelegt wird.

Unter diesem Posten führt die Bank von Frankreich die im Jahre 1925 an Rußland gewährten Vorschüsse an. Der Berichterstatter erklärte, die Forderungen Frankreichs an Rußland beliefen sich auf insgesamt acht Milliarden, wovon das Gold im Werte von 181 Millionen in Abzug gebracht werden könne, das auf Grund des Friedens von Brest-Litowsk an Deutschland ausgeliefert und nach dem Waffenstillstand an die Alliierten übergeben worden sei. Das Abkommen lasse die Rechte Frankreichs gegenüber Rußland unberührt.

Poincare lehnte einen von den Abgeordneten der Linken eingebrachten Vertagungsantrag unter Stellung der Vertrauensfrage ab und bezeichnete das Abkommen als einen Teil des allgemeinen Finanzsanierungsprogramms. Das Haus verwarf darauf mit 390 gegen 190 Stimmen den Vertagungsantrag der Linken und nahm den Regierungsentwurf durch Handaufheben an.

Die Kammer begann darauf mit der Beratung des von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfes über die Regelung der Petroleumeinfuhr und mehrere Zusatzanträge, die auf die Errichtung eines staatlichen Petroleummonopols hinzielen.

Gegenüber verschiedenen Vertagungsanträgen erklärte Handelsminister Bokanowski, die französische Petroleumindustrie befinde sich in einer gefährlichen Unsicherheit. Man müsse die Unabhängigkeit der französischen Gesellschaften gegenüber den Finanzkräften ausländischer Trusts sichern und daher die Vorlage noch vor Ende der Legislaturperiode unter Dach und Fach bringen.

Der Berichterstatter Charlot führte aus, ein Petroleum-Einfuhr-Monopol würde allein 10—1500 Millionen Franken gekostet haben. Die Regierung habe sich daher an ein System staatlicher Intervention im Petroleumhandel gehalten. Die wohl erworbenen Rechte der ausländischen Exportfirmen würden anerkannt.

Französischer Senat

Im Senat wurde am Dienstag der Bericht des Senators Chéron über die Nachtragskredite für 1927 verteilt. Der Bericht stellt fest, daß durch die Nachtragskredite die Ueberschüsse des Budgets aufgezehrt worden seien und daher lediglich im Gleichgewicht abschließe. Das Budget für 1928 werde voraussichtlich gleichfalls keine Ueberschüsse ergeben. Da bereits neue Ausgaben sich ankündigten, vor allem für das Kriegsministerium, werde die Vorbereitung des Budgets für 1929 nicht ohne Schwierigkeiten vor sich gehen. Die Regierung müsse also energisch die Ausgaben einschränken und unter diesen Umständen die Rechte Frankreichs hinsichtlich der Ausführung des Dawesplanes verteidigen.

Offener Brief an Mussolini

Von Dr. H. Nußbaumer, Zürich-Zug (Schweiz)

Exzellenz!

Vor nicht ganz einem halben Jahre habe ich in einer Sache, die früher schon einmal die Runde durch die Presse gemacht, eine zufriedenstellende Abklärung aber nie erfahren hat, an Sie geschrieben. Ich unternahm diesen, wie es sich nun herausgestellt hat, etwas naiven Schritt aus Gründen, die in jenem Schreiben an Sie ausführlich dargelegt sind. Da mir in keiner Form eine Antwort zu Teil geworden ist, übergebe ich jenes Schreiben an Eure Exzellenz heute der Oeffentlichkeit, wobei ich wohl nicht erst zu betonen brauche, daß nicht etwa verletzte Eitelkeit die Triebfeder dieser meiner Handlungsweise ist. Mein Schreiben an Eure Exzellenz hatte folgenden Wortlaut:

„Vor wenigen Jahren noch wäre jeder Mann als politischer Schildbürger der Lächerlichkeit anheimgefallen, hätte er die Vermessenheit gehabt, in eigener oder fremder Angelegenheit direkt an ein fremdes Staatsoberhaupt zu gelangen; bestenfalls wäre er ein Rufer in der Wüste geblieben. Eine neue Zeit hat alte Schranken gebrochen und die Tatsache, daß Eure Exzellenz als Prototyp dieser Epoche an erster Stelle steht, gibt mir den Mut, vor Ihr Forum zu gelangen in einer Sache, die letzten Endes Italien als Kulturland und die Italiener als ein ritterliches Volk eng tangieren muß.

Meine Aktiv-Legitimation, in der nachstehend entwickelten Affaire so zu schreiben und zu handeln, wie ich es für gut finde, stützt sich freilich nicht auf ein kodifiziertes Prozeßrecht; ich trete nicht als Anwalt einer bestimmten Person auf oder wenigstens nicht als bevollmächtigter Anwalt einer bestimmten Person und handle vorläufig auch nicht als „selbsterwählter Vertreter von Recht und Anstand gegenüber von Unrecht und Unanständigkeit", wie dies jene Frau von sich behauptet, die durch Bekanntgabe kleinster Details über die in Frage kommende Sensation durch die in- und ausländische Presse Tausende von Gemütern in erklärliche Wallung gebracht hat — die nordische Schriftstellerin Karin Michaëlis.

Ich wage lediglich den Versuch, in einer für mich noch nicht abgeklärten Sache als neutraler, objektiv denkender Mensch und Jurist dort klare Wahrheit zu holen, wo diese Wahrheit unbedingt zu finden sein muß und es scheint mir, daß ich in diesem Sinne meine Aktivlegitimation einmal mit den ungeschriebenen Gesetzen des Anstandes und der Moral, die ja international sind, ferner aber mit der Verehrung vor der alten Kultur Ihres Landes und mit der Hochachtung vor der eisernen Konsequenz Ihrer Exzellenz in Rechtssachen, die keinerlei Ansehen der Person kennt, und der Hochachtung vor Ihrem Idealismus genügend begründen kann.

Die dänische Schriftstellerin Karin Michaëlis hat vor noch nicht ganz zwei Jahren durch die europäische Presse einen Feldzug eröffnet gegen die Art, wie Gabriele d'Annunzio sich in den Besitz der im Kriege sequestrierten Villa des deutschen Kunsthistorikers Henry Thode (der früher in Heidelberg wirkte. Schriftltg.) gesetzt hat. Mit überschäumendem weiblichen Temperament wehrt sich Karin Michaëlis für die zweite Gattin des Verstorbenen, Hertha Thode, die ebenso wie der auf italienischem Boden gelegene Nachlaß ihres verstorbenen Gatten durch den großen italienischen Dichter eine mehr als seltsame Behandlung erfahren haben soll. Die Anklagen gegen d'Annunzio waren so schwere und für die Manier, wie er die Bitte um Herausgabe gewisser, der Witwe besonders wertvoll erscheinender Objekte in der Villa scheinbar erfüllte, angeblich aber verhöhnte, so kompromittierend, daß ein völliges Schweigen d'Annunzios auf diese Beschuldigungen hin undenkbar war. Seine durch die „Epoca" erfolgte Rechtfertigung aber war nach der Meinung der gesamten Presse so nichtssagend, daß darauf ein erneuter Angriff durch Karin Michaëlis ebenfalls auf dem Wege der Presse und kurz nachher eine Gesamtdarstellung des „Falles d'Annunzio" in einer Broschüre (Verlag Kiepenhauer, Potsdam) erfolgte.

Wenn ich mir erlaubte, Euer Exzellenz den Inhalt dieser Broschüre in gedrängter Form darzustellen, so hat dies lediglich den Sinn, an Hand dieses Resumés meine Enddarstellung formulieren zu können und aus dieser Enddarstellung wird auch der Zweck meines Schreibens an Eure Exzellenz ersichtlich sein.

Der Fall stellt sich in der erwähnten Broschüre folgendermaßen dar:

Henry Thode, der berühmte Kunstfreund und Kunsthistoriker, ein hervorragender Kenner Italiens und seiner Kunstschätze, geschätzt und verehrt nicht allein in deutschen Ländern, sondern ebenso in Rußland, Amerika und allen mittel- und nordeuropäischen Ländern, vom italienischen König für seine Werke über Italien und Italiens Kunst mit einem hohen Orden, dem „Grande Ufficiale dell'Ordini di St. Maurizio e Lazaro", ausgezeichnet, erwarb im Jahre 1910 die Villa Cargnacco am Gardasee. Er ließ sie mit vielen Kosten umbauen, stellte in ihr und ihrem Park seine reichen Kunstsammlungen, Gemälde, Gobelins, Gold- und Silbergeräte, Gläser, Statuen und seine unschätzbare Bibliothek von über 7000 Bänden (darunter viele Seltenheiten, z. B. das „Deutsch-römische Brevier", bei Gregorii im Jahre 1518 erschienen) auf und verwandelte sie so, schönheitsliebend und schönheitsverstehend wie nur wenige Sterbliche, in ein vielgepriesenes Kunstparadies. Im Juli 1918 wurde diese Villa, wie anderer deutscher Besitz in Italien, sequestriert und im Jahre 1921 — nachdem Thode inzwischen in dem dänischen Vaterlande seiner Gattin gestorben war — von der italienischen Regierung konfisziert.

MARCHIVUM

Auf das italienische Dekret von 1921 hin, daß unter besonderen Umständen die deutschen Privathäuser an ihre Besitzer zurückgegeben werden könnten, eilte Frau Hertha Thode nach Gardone, um hier bestätigt zu finden, was gerüchtweise bereits zu ihren Ohren gedrungen war: Gabriele d'Annunzio hatte sich in der Villa Cargnacco festgesetzt und schaltete in ihr, als ob sie ihm gehöre. Er, der zwanzig Minuten entfernt eine eigene Villa von 6—7 Zimmern mit großem Garten besaß, die ihm der Bürgermeister von Maderno geschenkt hatte — entdeckte eines Tages den Park und die Villa Cargnacco am Gardasee, war — wenn Karin Michaëlis historisch getreu berichtet — unter Bruch der amtlichen Siegel eingedrungen, hatte am Park, Haus und den unermeßlichen Kunstschätzen Gefallen gefunden und das Ganze, gegen den Widerspruch der Hausverwalter, in Besitz genommen.

Hilfesuchend wendet sich Frau Hertha Thode an d'Annunzio; es ist nicht leicht zu ihm zu gelangen. Sie muß bitten, antichambrieren; bewaffnet mit der Interdiktion von einem seiner Freunde, läßt sie sich wieder melden. Endlich erhält sie eine Einladung in ihr eigenes Haus. Der Dichter empfängt sie herzlich. Er versichert: „Ihr Haus ist in guten Händen. Denken Sie, wenn es jemand wäre, der nicht verstünde, es zu respektieren!" Später sagt er: „Was wollen Sie von mir?" Offen antwortet sie. „Wenn Sie selber fragen, ich möchte wissen, wie lange Sie in meinem Hause zu bleiben gedenken?" Hierauf antwortet d'Annunzio: „Ja, mein Leben drängt mich hinaus nach großen Aufgaben. Ich weiß nicht bestimmt, wahrscheinlich etwa in 6 Wochen." — Sie vertraut ihm schüchtern, daß Villa Cargnacco alles ist, was sie besitzt. Sie ist darauf, nur darauf allein angewiesen. Der Dichter verspricht ihr, all seinen Einfluß in Rom geltend zu machen, daß sie ihr Heim zurückbekommen soll. Im kargen Pensionszimmer im Dorfe auf den Ablauf der 6 Wochen und auf die zugesagte Fürsprache, resp. auf deren Erfolg wartend, erfährt Frau Thode, daß d'Annunzio in Rom alles aufbietet, die Villa Cargnacco zu Eigentum zu erhalten. Sie fährt selbst nach Rom. Zu spät. Sie muß hören, daß die Villa — in welcher Form, ob geschenkt, oder gekauft, bleibt ihr zunächst verborgen, später erfährt sie, daß der Dichter sie gekauft habe — d'Annunzio gehört.

Nun beginnt die skandinavische Presse sich zu rühren. Der dänische Schriftstellerverband schreibt d'Annunzio einen höflichen Brief. Der Dichter schweigt. Auch eine zweite, schärfer gehaltene Anfrage bleibt unbeantwortet. Aber d'Annunzio, innerlich unruhig, ersucht jetzt Frau Thode um ihren Besuch. Sie folgt der demütigen Einladung. Er verspricht ihr, alle Gegenstände herauszugeben, die sie aufschreiben werde, falls sie dafür sorge, daß weitere Schreiben aus Dänemark unterblieben. Ausdrücklich verspricht er ihr, die vielen wertvollen Thoma-Bilder, die sich in der Villa befanden, an sie abzuliefern. D'Annunzio mußte gewiß, daß das Dekret von 1921 den ihres Eigentumes beraubten Deutschen das Recht zusprach, alles bewegliche Gut zurückzufordern. Frau Thode stellte die Liste auf; vor allem wünschte sie die Manuskripte ihres Gatten, seine Tagebücher, seine Briefsammlungen.

Was erhielt sie? Als sie hinschickte, um die Thoma-Bilder abholen zu lassen, erfuhr sie, daß d'Annunzio sie verkauft hatte. Auch auf die Einsendung der Liste erfolgte nichts. Nach wiederholten Mahnungen erhielt sie unter den erniedrigsten Umständen ausgehändigt: einen Koffer, der statt mit den erbetenen Manuskripten, mit wertlosen Papieren und Rechnungen gefüllt war und ein einziges der vielen Pakete, nämlich ihre eigenen Briefe an Henry Thode. Aber nichts von den übrigen Briefsammlungen, den Manuskripten, den Tagebüchern, den Werken des Verstorbenen.

Der weitere Verlauf des Kampfes um Thodes Nachlaß ist nach Karin Michaelis folgender: Drei Tage, nachdem ihr erster Angriff in verschiedenen europäischen Zeitungen erschienen war, wurde in die Welt hinaustelegraphiert, Gabriele d'Annunzio habe die Villa Cargnacco an Italien geschenkt. Nach weiteren fünf Tagen wurde offiziell verkündet, daß Villa Cargnacco italienisches Nationaleigentum sei. Zugleich veröffentlichte d'Annunzio eine Erklärung des Inhaltes, die von ihm erworbene Villa sei ein bescheidenes, altes, schlecht erhaltenes Bauernhaus mit minderwertigem Inhalt.

In Wirklichkeit soll die Villa 40 Räume, darunter 19 Wohnzimmer enthalten, dazu ein Dienerhaus und eine Gärtnerwohnung. Der Friedenspreis soll 300 000 Lire betragen. Nach den vom Unterpräfekten und Bürgermeister von Gardone unterschriebenen amtlichen Liste hat die Villa einschließlich Grund und Boden einen Gesamtwert von 1 824 000 Goldlire.

Exzellenz, das ist, ganz kurz gehalten, die Darstellung der bereits erwähnten Broschüre. Einmal nur erschien Ihr Name im Zusammenhange mit Ihrer Erklärung, die Sie am 30. März jenes Jahres zu Händen des italienischen Ministerrates abgegeben haben und die dahin lautete, daß Villa Cargnacco italienisches Nationaleigentum geworden sei. — Und dieser Umstand ist es vor allem, der mich ermutigt, als neutraler, objektiv denkender Mensch direkt vor Ihr Forum zu gelangen. Ein persönliches Schreiben von Frau Witwe Hertha Thode aus letzter Zeit äußert sich dahin, daß heute, d. h. nach mehreren Jahren, alle ihre Anstrengungen, zu ihrem Recht zu kommen, im Sande verlaufen seien.

Wohl geht aus der Broschüre von Karin Michaëlis hervor, daß Frau Hertha Thode eine Abfindungssumme von hunderttausend Lire erhalten hat und zwar von der italienischen Regierung. Zugleich geht aus der Broschüre hervor, daß Frau Hertha Thode zu Händen von Gabriele d'Annunzio eine Quittung unterschrieben hat über den Empfang von Gegenständen, die ihr dann doch nicht ausgehändigt wurden.

Unerklärt bleibt jedenfalls, selbst wenn man annimmt, daß d'Annunzio rechtmäßig in den Besitz der Villa gelangt sei, mit welchem Recht er die Thomaschen Bilder verkauft hat, die doch als italienisches Nationalvermögen anzusehen waren, sofern sie nicht als Eigentum der Universalerbin Thodes zu gelten hatten, mit welchem Recht er ferner die in der Bank von Salerno deponierte Kiste mit Gold- und Silbergegenständen und Schmucksachen in die Villa hat zurückholen lassen.

Die in- und ausländische Presse hat sich seinerzeit dahin geäußert, daß von dem römischen Generalkommissar für die ehemals feindlichen Güter, wenn nicht von der italienischen Regierung selbst, eine Erwiderung zu erwarten sei, für den Fall, daß Gabriele d'Annunzio zu schweigen vorziehen sollte. Diesem Schweigen ist niemals eine offizielle Erklärung von jener anderen Seite erfolgt.

Dieser Umstand und die nachträglich mit Frau Karin Michaëlis und Frau Hertha Thode geführte Korrespondenz hat mich ermutigt, an jene Instanz zu gelangen, die in Italien dasjenige verkörpert, was wir Republikaner Bundespräsident nennen und ich gebe mich der Hoffnung hin, im Interesse der Sache selbst, die, wie schon gesagt, ein kulturell hochstehendes Volk ena tangiert, von kompetentester Stelle aus einer orientierenden Antwort gewürdigt zu werden.

Ich versichere Ihre Exzellenz meiner vorzüglichen Hochachtung. sign."

Das, Exzellenz, ist der Inhalt meines unbeantwortet gebliebenen Schreibens. Viele Tausende, die jene Broschüre der dänischen Schriftstellerin gelesen haben, waren der Ansicht, daß d'Annunzios Benehmen einen Schatten auch auf Italien werfe, so lange, bis Italien kräftig, ganz kräftig von ihm Abstand genommen habe und alle diese Tausenden haben auf diese Aktion aber dann doch auf eine Erklärung der italienischen Regierung gewartet. Weder das Eine noch das Andere ist eingetroffen. Ich würde dies alles heute noch verstehen — denn Italien wird in d'Annunzio zeitlebens den Kämpfer von Fiume und den großen Dichter sehen — ich würde, wie schon gesagt, diese Schutzaktion einer dankbaren Nation heute noch verstehen, wenn inzwischen, unter der Hand, aber darum nicht minder großzügig, einer alleinstehenden Dame, der Witwe eines großen Toten — Genugtuung und Recht geworden wäre. Daß dies alles nicht geschehen ist, gibt meinem Schritt an die Oeffentlichkeit das nötige Relief, denn gerade zur Zeit, da mein vorstehend veröffentlichtes Schreiben an Sie abgegangen ist, schreibt der Bruder Eurer Exzellenz, Herr Arnoldo Mussolini im „Populo d'Italia": „Nicht der Reichtum als solcher ist uns ein Aergernis. Wir wollen uns nur jene etwas näher ansehen, die reich sind, ohne zu arbeiten. Mit Hilfe des faszistischen Moralkodexes wollen wir ihnen auf den Leib rücken. Auffallender, plötzlich entstandener Reichtum, Villen und Automobile, die ohne Arbeit und Opfer Eigentum geworden sind, wirken demoralisierend." — Dabei erinnert Arnoldo Mussolini an den Ausspruch Eurer Exzellenz, wonach der Faszist nackt, von keinem Gewinn belastet, am Ziele ankommen soll.

Euer Exzellenz, ich habe der Broschüre von Karin Michaëlis nur das Allerwichtigste entnommen und alle jene direkt an d'Annunzio gerichteten Vorwürfe, die an Deutlichkeit wahrlich nichts zu wünschen übrig lassen, nicht erwähnt. Wenn aber d'Annunzio vorgeworfen und auch nachgewiesen wird, daß aus dem Nachlaß des verstorbenen Henry Thode allein Thoma-Bilder im Werte von siebenhunderttausend Goldmark verschwunden bezw. verkauft worden sind, wäre es da nicht am Platze, daß der von Arnoldo Mussolini erwähnte faszistische Moralkodex in der Villa Caranacco zur Anwendung käme? Vielleicht dürfte dann auch festgestellt werden, daß inwelengeschmückte Halsbänder an Hunden, selbst wenn diese Hunde Rassetiere sind und einem Dichter zugehören, ebenso demoralisierend wirken, wie ohne Arbeit erworbene Automobile und Villen.

Die Beschlüsse des Rats der Fünf

Keine Investigationshandlung gegen Ungarn

= Genf, 6. März. (Von unserem eigenen Vertreter.) Heute nachmittag um 5 Uhr trafen die Ratsdelegierten Englands, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Japans bei Briand zu der angekündigten Besprechung zusammen. Man nahm an, daß diese Besprechung zu einer Verständigung über das Verfahren in der Investigationsklage gegen Ungarn führen werde, denn es ist bereits für morgen vormittag 10½ Uhr eine geheime Ratssitzung zur Verhandlung dieser Klage anberaumt worden, während die öffentliche Ratssitzung erst für nachmittags 4½ Uhr angesetzt worden ist.

Als die Außenminister Deutschlands und Englands, sowie die Hauptvertreter von Japan und Italien Briand verließen, machten sie ohne Ausnahme sehr zufriedene Gesichter. Chamberlain sagte zu den Journalisten lächelnd: „Keine Sensation zu erwarten!" Scialoja ließ die Bemerkung fallen: „Die Vernunft hat die Oberhand gewonnen."

Der Rat der Fünf hat in einstündiger Debatte die Grundlinien eines gemeinschaftlichen Vorgehens in der ungarischen Waffenfrage entworfen. Er beschäftigte sich sodann mit der polnisch-litauischen Angelegenheit und dem Optantenstreit. Den „großen Fünf" lag ein von dem ungarischen Außenminister Walko ausgearbeitetes Memorandum vor, in dem die Vorgeschichte des Falles geschildert und die Situation nach der Versteigerung der zerstörten Maschinengewehre dokumentarisch gekennzeichnet wird. Die ungarische Regierung gelangt in dem Memorandum zu der Schlußfolgerung, daß es unter den gegenwärtigen Umständen überflüssig wäre, noch eine Untersuchung an Ort und Stelle vorzunehmen.

Nachdem das Memorandum verlesen war, ergriff Scialoja das Wort, um seinen Kollegen die Auffassung der italienischen Regierung mitzuteilen. Chamberlain gab hierauf der Ansicht Ausdruck, daß eine Investigationshandlung nach dem jetzigen Stand der Dinge nicht mehr in Frage kommen könne. Die Zulässigkeit einer zivilen Untersuchung bestritt jedoch der englische Außenminister nicht.

Chamberlains Darlegungen bildeten den eigentlichen Ausgangspunkt des Meinungsaustausches. Briand machte eine Reihe von Einschränkungen, die auf den Widerstand Scialojas stießen.

Man einigte sich, daß eine Investigationshandlung nicht durchgeführt werden könne, da der Fall selbst ein Eingreifen des Völkerbundes nicht erforderlich mache. Ein Dreier-Ausschuß unter dem Vorsitz des holländischen Außenministers Beelaerts soll einen Bericht ausarbeiten und dem Rat Vorschläge unterbreiten.

Briand sagte nach der Konferenz den Journalisten: „Mit der Untersuchung des Falles durch bürgerliche Vertrauenspersonen und Zollbeamte sind wir durchaus einverstanden."

Morgen vormittag wird in einer Geheimsitzung des Rats Titulescu als Sprecher der Kleinen Entente die Beschwerden vorbringen und der ungarische General Tanczos die in dem Memorandum enthaltenen sachlichen Mitteilungen verlesen. Das Dreier-Komitee, aus Vertretern neutraler Ratsmächte bestehend, wird beauftragt werden, den Bericht bis spätestens Donnerstag fertigzustellen. Man rechnet damit, daß die Regelung des Falles jetzt ohne weitere Zwischenfälle vor sich gehen werde. Vermutlich wird der Vertreter Ungarns in der öffentlichen Ratssitzung einige nicht gerade freundliche Worte zu hören bekommen.

Was die litauisch-polnische Angelegenheit betrifft, so wurde beschlossen, den verhandelnden Parteien die Unterstützung des Völkerbunds anzubieten. In der Optantenfrage dürfte es zu einem Ratsbeschluß kommen, der Ungarn und Rumänien empfiehlt, auf direktem Wege die Verhandlungen fortzuführen. Die Aufgabe der Juristen der Großmächte wird es sein, den Genfer Aufenthalt zu einer Untersuchung der Kellogg-Note zu benutzen und den interessierten Ratsmächten hierüber ein Gutachten zu liefern.

Unterredung mit einem ungarischen General

V Paris, 7. März. (Von unserem Pariser Vertreter.) Der ungarische General Tanczos, der von seiner Regierung nach Genf geschickt wurde, um dem Völkerbund Aufklärung über die Waffenschmuggelaffäre zu geben, gewährte einem Vertreter des „Oeuvre" eine Unterredung. Tanczos versicherte, Ungarn sei weit davon entfernt, sich irgend einer Bestimmung, die ihm durch die Verträge auferlegt werde, zu entziehen, doch seien gewisse Tatsachen zu erwähnen, die von der ganzen Welt zur Kenntnis genommen werden müßten. „Man darf nicht vergessen, erklärte Tanczos, daß die Kleine Entente sich seit Beginn der Militärkontrolle in Ungarn bemühte, eine Gelegenheit zum Einmischen in die inneren Angelegenheiten Ungarns zu finden. Die kluge Haltung der Großmächte hat sie daran gehindert. Heute scheint jedoch die Kleine Entente ein neues Mittel entdeckt zu haben, das jedoch von der ungarischen Bevölkerung deutlich erkannt wird. In ganz Ungarn besteht die allgemeine Auffassung, daß diese Staaten sich in eine Kontrolle einmischen wollen, die unter dem Deckmantel des Völkerbundes ausgeübt werden soll. Ohne die Intervention der Kleinen Entente hätte die Angelegenheit sicherlich eine ganz andere Wendung genommen. Zudem habe das Telegramm des Ratspräsidenten dazu beigetragen, eine neue Beunruhigung in Ungarn zu schaffen. Die Bevölkerung erblickt darin ein Anzeichen, daß man Ungarn nicht für vollkommen souverän hält und man befürchtet, man werde einen Präzedenzfall schaffen, indem man die schweren Maßnahmen der Investigation für einen einfachen Schmuggelfall anwendet. Gewisse Elemente werden nicht verfehlen, sich immer wieder auf diesen Fall zu berufen und ihn auf diese Weise zu einem Druckmittel zu stempeln.

General Tanczos hat auch zahlreiche Dokumente über die Angelegenheit mit nach Genf gebracht, um sie dem Rat vorzulegen. „Wir sind überzeugt", fügte er hinzu, „daß der Völkerbundsrat nach Prüfung dieses Materials davon absehen wird, energische Maßnahmen anzuordnen. Diese Dokumente enthalten zahlreiche Photographien, offizielle Briefe und das Protokoll über die Untersuchung, die von der ungarischen Regierung durchgeführt wurde."

Ueber den Verkauf der Maschinengewehrteile

gab Tanczos folgende Erklärung ab: „Dieser Verkauf war vollkommen rechtmäßig und übrigens bereits seit dem 5. Jan. sowohl in Ungarn, als auch in anderen Ländern bekannt. Die Ungarische Telegraphenagentur hat den Verkauf in den meisten großen Zeitungen angekündigt. Zudem war die Anzeige des Verkaufes am Bahnhof von Budapest angeschlagen. — Ungarns guter Glaube kann von dem Völkerbundsrat in keinerlei Zweifel gezogen werden und wir haben die Gewißheit, daß sich der Rat mit einer Enquete über die Dokumente begnügen wird, die wir ihm unterbreiten werden."

Pariser Unzufriedenheit mit Briand

V Paris, 7. März. (Von unserem Pariser Vertreter.) Die Wendung, die die ungarische Mitrailleusenaffäre gestern in Genf genommen hat, ist nicht ganz nach dem Geschmack der hiesigen rechtsstehenden Blätter. „Echo de Paris" schreibt, die Angelegenheit werde nach und nach zu einer Posse. Das Blatt macht Briand Vorwürfe wegen seiner schwachen Haltung, die er eingenommen habe. Vor allem wird ihm vorgeworfen, daß er die Angelegenheit nicht in einer geheimen Sitzung des Rates behandeln ließ, sondern in einer privaten Aussprache der Fünf, bei der kein Vertreter der kleinen Entente zugegen war. Auch wird vom „Echo de Paris" übel vermerkt, daß Briand ohne Protest die Beiseiteschiebung der aus mehreren Sachverständigen bestehenden permanenten Kommission zugab. „Der Schiffbruch, den man in Genf erlitt, kann jedoch nur halb bedauert werden, meint das Blatt zum Schluß. Er ist vielleicht geeignet, denjenigen die Augen zu öffnen, die die Franzosen dazu gedrängt haben, wichtige Friedensgarantien preiszugeben. Es ist fraglich, ob der Minister, der sich in Genf so ungeschickt zeigt, an einem anderen Ort bessere Erfolge erzielt."

Ungarisch-rumänischer Zwischenfall

⊡ Berlin, 7. März. (Von unserem Berliner Büro.) Einer Wiener Drahtung der Deutschen Allgemeinen Zeitung zufolge haben die ungarischen Behörden an der ungarisch-rumänischen Grenze den Salonwagen des rumänischen Ackerbauministers beschlagnahmt, als dieser sich nach Wien begeben wollte, zur Ueberführung der Leiche seines dort verstorbenen Vaters. Die ungarischen Behörden begründen ihr Vorgehen damit, daß dieser Waggon wahrscheinlich zu jenem Waggonmaterial gehören dürfte, das im Jahre 1918 die rumänische Besatzung nach Rumänien verschoben hat. Die rumänische Regierung hat eine Protestnote abgesandt.

Parteiwechsel des Reichslandbundpräsidenten Hepp

Wie gleichzeitig von der Deutschen Volkspartei und der Christlich-nationalen Bauernpartei mitgeteilt wird, hat der bisherige volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Hepp, der auch als Präsident dem Reichslandbund angehört, nunmehr seinen endgültigen Austritt aus der Deutschen Volkspartei und aus der Reichstagsfraktion dieser Partei und seinen Uebertritt zur Christlich-nationalen Bauernpartei vollzogen.

Die Christlich-nationale Bauernpartei hat dem Abgeordneten Hepp die Spitzenkandidatur auf der Reichsliste dieser Partei angetragen. Hepp hat diese Kandidatur angenommen. Ebenso hat der Abgeordnete Hepp nach der am 5. März erfolgten Gründung der hessisch-nassauischen Gruppe der Christlich-nationalen Bauernpartei die Spitzenkandidatur für den Wahlkreis Hessen-Nassau angenommen.

Wie wir vom Reichslandbund erfahren, hat der Parteiwechsel des Abg. Hepp auf seine Tätigkeit als Präsident des Reichslandbundes keinen Einfluß.

Folgenschweres Eisenbahnunglück

Am Dienstag nachmittag hat sich auf der Station Jeddingen auf der Strecke Bremen—Hannover ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Ein aus Visselhövede kommender Eilgüterzug fuhr einem rangierenden Personenzug in die Flanke, wobei fünf Wagen dieses Zuges und mehrere Wagen des Güterzuges zertrümmert wurden. Ebenso wurde die Maschine des Güterzuges beschädigt, deren Personal leicht verletzt wurde. Das Personal des Personenzuges blieb unverletzt. Von den Reisenden wurde eine Frau getötet und ein Herr schwer verletzt, außerdem erlitten 18 Personen leichtere Verletzungen. Der Materialschaden ist bedeutend. Der Zugverkehr wird durch Umleiten aufrecht erhalten.

Wen die Schuld an dem Unglück trifft, ist noch nicht geklärt. Nach den Bekundungen des Lokomotivführers des Eilgüterzuges sei das Einfahrtssignal des Bahnhofes Jeddingen, das geschlossen war, zu dicht vor dem Bahnhof angebracht, sodaß es ihm nicht möglich gewesen sei, den Zug rechtzeitig zum Halten zu bringen, da die Strecke starkes Gefäll habe.

Letzte Meldungen

Die Streiklage in Berlin

— Berlin, 7. März. Der Konflikt in der Berliner Metallindustrie hat eine weitere Ausdehnung erfahren. In den Siemensbetrieben sind am Dienstag nachmittag auch die letzten 15 000 Arbeiter entlassen worden, sodaß sämtliche Betriebe der Siemenswerke stillgelegt sind. Außerdem sind noch verschiedene Betriebe der Firma Bergmann, in denen 2500 Arbeiter beschäftigt waren, stillgelegt worden. Die Gesamtbelegschaft der Lorenz-Werke in Tempelhof ist gestern nachmittag ebenfalls entlassen worden.

Lohnbewegung der Berliner Gemeindearbeiter

— Berlin, 6. März. Eine Funktionärversammlung der Berliner städtischen Werke beschäftigte sich mit dem Ablauf des Lohntarifes zum 31. März. Es wurde beschlossen, 15 Pfennig Lohnerhöhung für die Stunde zu fordern.

*

Ein amerikanisches Wachtschiff beschießt einen englischen Dampfer

— Newyork, 7. März. Nach einer Meldung amerikanischer Blätter soll der englische Dampfer „Isle of June" in der Nähe von Miami an der Küste Floridas von dem amerikanischen Wachtschiff „Cossin" beschossen worden sein. Der Kapitän des englischen Dampfers soll dann verhaftet worden sein, weil er auf die Signale des amerikanischen Schiffes nicht beidrehte. Von der amerikanischen Marinebehörde wird darauf hingewiesen, daß der amerikanisch-englische Vertrag die amerikanischen Kriegsschiffe zum Anhalten sämtlicher Schiffe in einer Ausdehnung von einer Stunde von der Küste ermächtigt. Das englische Schiff soll Spirituosen an Bord gehabt haben, die für Amerika bestimmt waren.

MARCHIVUM

Städtische Nachrichten

Mannheimer Bürgerausschuß

Die gestrige Tagung des Stadtparlaments wäre beinahe zu einer Nachtsitzung ausgeartet. Als um 9 Uhr noch 6 Punkte der Tagesordnung zu erledigen waren, regte der Oberbürgermeister die Vertagung der Verhandlungen an. Die Mehrheit des schon ziemlich gelichteten Kollegiums war damit nicht einverstanden. Aber auf einmal zeigte es sich, daß man sich auch kurz fassen kann. Im Handumdrehen war der Rest der Tagesordnung erledigt. Ueber den Herzogenriedpark hätte man sich, wenn es nicht schon so spät gewesen wäre, sicher mindestens eine Stunde unterhalten.

Der öffentlichen Sitzung, die um 5 Uhr eröffnet wurde, ging eine nichtöffentliche voraus, der die

Dienstverträge mit dem Oberbürgermeister und den Bürgermeistern

vorlagen. Wir beschränken uns vorläufig auf die Mitteilung, daß die Dienstverträge in der vom Stadtrat vorgeschlagenen Fassung unverändert mit großer Mehrheit angenommen wurden.

Die öffentlichen Verhandlungen wurden mit einer längeren Erklärung des Bürgermeisters Ritter eingeleitet, der infolge einer demokratischen „Kleinen Anfrage" über die Gasternversorgungsfrage eine aufschlußreiche Auskunft gab. Bei der Vorlage „Gemeindesteuer 1927", nach der zur Deckung des im Haushaltplan für das Rechnung 1927 aus der Grund- und Gewerbesteuer vorgesehenen Betrages von 8 811 300 M. 158 Hundertteile der Steuergrundbeträge zu erheben sind, hielt sich Stv. Dr. Jeselsohn für verpflichtet, zu betonen, daß die Eisenbahntarifpolitik Mannheims Handel dermaßen geschadet hat, daß die Hafenanlagen tatsächlich einem Friedhof gleichen. Es sei höchste Zeit, daß eine wesentliche Besserung eintrete. Als der Redner auf die Klagen zu sprechen kam, die gegen den Hafendirektor geführt werden, wurde er von dem Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß man keine Etatsberatung habe. Worauf Dr. Jeselsohn schlagfertig erwiderte, daß seine Ausführungen sehr wohl mit der Vorlage in Zusammenhang stünden, denn wenn die Industrie- und Gewerbezweige, die vom Hafen lebten, zugrunde gingen, könnten sie auch keine Steuern zahlen. Die Vorlage wurde nach kurzer Debatte gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Rechnungsmäßige Erübrigungen im Haushaltjahr 1926

Ueber diesen Punkt gestaltete sich die Aussprache umso endloser. Es war schon 7 Uhr vorbei, als endlich zur Abstimmungen geschritten werden konnte. Den Ton für die Verhandlungen gab Obmann Dreifuß an, der im Namen des Stadtverordnetenvorstandes in einer bemerkenswert scharfen Weise dem Befremden darüber Ausdruck gab, daß der Bürgerausschuß erst jetzt Gelegenheit habe, zu den Mehraufwendungen beim Erweiterungsbau der gynäkologischen und geburtshilflichen Abteilung des Krankenhauses Stellung zu nehmen. Der Stadtverordnetenvorstand habe ernstlich daran gedacht, diese Nachforderung abzulehnen, sei aber dann in einer erneuten Sitzung davon abgekommen. Er erkläre aber ausdrücklich, daß der Stadtverordnetenvorstand zum zweitenmale den gleichen Verstoß gegen die Rechte des Bürgerausschusses nicht so ohne weiteres hinnehmen werde. Oberbaudirektor Zialer gab infolge dieser durchaus einleuchtenden Beanstandung eine längere Erklärung ab, aus der nicht entnommen werden konnte, warum der Stadtrat nicht eher von der Ueberschreitung verständigt worden ist. Dagegen blieb nicht eindruckslos, daß bei den Um- und Neubauten des Hochbauamtes, die einen Aufwand von 11 Millionen erforderten, die Ueberschreitung nur 0,5 Prozent beträgt. Das ist immerhin eine anerkennenswerte Leistung. Von den Rednern, die im Verlaufe der Aussprache das Wort ergriffen, schnitt Stv. Dr. Waldeck ausgezeichnet ab. Das Haus folgte seinen ungemein fein abgewogenen Ausführungen, die den Nagel auf den Kopf trafen, mit größter Aufmerksamkeit. Dr. Waldeck schloß sich zunächst der Kritik des Obmannes des Stadtverordnetenvorstandes an und beantragte die Einsetzung einer gemischten Kommission zur nochmaligen Ueberprüfung der Mehraufwendungen beim Erweiterungsbau des Krankenhauses, der, wie während der Aussprache festgestellt wurde, beinahe so viel wie das Altersheim gekostet hat. Mit großer Entschiedenheit wandte sich Dr. Waldeck gegen die Verwendung von 76 000 Mark zur Verbesserung der Raumverhältnisse der Schloßbücherei und der anderweitigen Unterbringung der Sammlung von Gipsabgüssen, weil er in dieser Maßnahme eine Ueberspannung der kulturellen Belange sieht, die die Stadtverwaltung zu pflegen hat. Dr. Waldeck kam infolge seiner durchaus berechtigten Stellungnahme zu dem Antrag, diesen Punkt abzulehnen. Dr. Fränger, der neue Direktor der Schloßbibliothek, der, den meisten Mitgliedern des Kollegiums noch unbekannt, bei den Referenten saß, deckte bei der Verteidigung der Position die Karten völlig auf. Man will die Schloßbücherei zu einer Zentralstelle des städtischen Büchereiwesens ausgestalten. Die 76 000 Mk. sind also erst der Anfang der Aufwendungen, die zu diesem Zweck gemacht werden sollen. Die Pflege und Ausgestaltung des Bibliothekwesens ist notwendig. Aber haben wird z. Zt. nicht dringendere Aufgaben? Dr. Waldeck drang mit diesem Argument nicht durch. Die Einsetzung der gemischten Kommission wurde gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und des Stv. Morell abgelehnt und die Position Schloßbücherei mit 50 gegen 46 Stimmen angenommen.

Die Regelung der Besoldungsverhältnisse der Beamten und Angestellten

veranlaßte ein Rededuell zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten. Es genügt, wenn wir diese Tatsache registrieren. Die übrigen Vorlagen wurden nach ganz kurzen Bemerkungen oder ohne Aussprache gutgeheißen. Sch.

*

* **Städtische Krankenanstalten.** Am 25. Februar ds. J. befanden sich in den Städtischen Krankenanstalten 1189 Kranke (651 männliche, 488 weibliche), und zwar im Krankenhaus 1011, im Spital für Lungenkranke 113 und im Genesungsheim Neckargemünd 15. Von den im Krankenhaus befindlichen Kranken waren 384 in der medizinischen Abteilung, 274 in der chirurgischen Abteilung, 149 in der gynäkologischen Abteilung, 80 im Säuglingskrankenhaus, 83 in der dermatologischen Abteilung, 21 in der Abteilung für Hals-, Nasen-, Ohrenkranke und 20 in der Abteilung für Augenkranke. In der Heimabteilung sind 101 Kinder zur Verpflegung untergebracht.

* **Haus für Obdachlose.** Im Heim für männliche Obdachlose in der Mittelstraße sind im Monat Februar 1420 Personen beherbergt worden. Davon waren 207 Badener, 1105 sonstige Deutsche und 108 Ausländer oder Staatenlose. Nach Altersklassen entfallen auf Gäste unter 16 Jahren keiner, von 16—18 Jahren 47, von 18—20 Jahren 212, von 20—50 Jahren 990, von 50—65 Jahren 156, über 65 Jahre 15; der jüngste Gast war 16, der älteste 73 Jahre alt. Ledige und Verwitwete wurden 1360, Verheiratete 60 beherbergt. Entlaufungen mußten 67 vorgenommen werden. Die tägliche Belegung war durchschnittlich 49, die geringste 28, die höchste 71.

* **Unfall.** Heute vormittag stürzte eine Radlerin an der Haltestelle Bürgerautomat Neckarbrücke mit ihrem Fahrrad vor ein Kohlenfuhrwerk. Mit Not konnte sich die Radlerin vor den Hufen des Pferdes retten. Das Fahrrad wurde stark demoliert, da das Pferd auf das Hinterrad zu stehen kam.

* **Brandausbruch.** Durch ein schadhaftes Kamin im Hause T 2, 21, gerieten gestern abend zwei Balken, die zu nahe am Kamin vorbeiführten, in Brand. Die Gefahr wurde durch die alarmierte Berufsfeuerwehr beseitigt. Der entstandene Schaden beträgt etwa 200 Mark.

* **Reisender Ringnepper.** In Mannheim und Karlsruhe ist in den letzten Tagen ein Betrüger aufgetreten, der Verkäuferinnen und Kellnerinnen um kleinere Darlehen angeht und als Pfand einen wertlosen Ehering gibt. In Karlsruhe gab er sich als Dr. Breier aus. Das Badische Landespolizeiamt warnt vor dem Schwindler.

---

* **Aus der Evang. Landeskirche.** Die Evang. Kirchenregierung hat den von der Kirchengemeinde Nußbaum gewählten Pfarrverwalter Adolf Meerwein in Nußbaum als Pfarrer in Nußbaum bestätigt, ebenso den von der Kirchengemeinde Adelsheim gewählten Pfarrverwalter Eugen Speck in Adelsheim als Pfarer in Adelsheim und den von der Kirchengemeinde Bickensohl gewählten Pfarrverwalter Heinrich Linnebach in Bickensohl als Pfarrer in Bickensohl. — Pfarrverwalter Fritz Müller in Mühlhausen wurde von der Kirchenregierung zum Pfarrer in Mühlhausen und Pfarrverwalter Gustav Hack in Tegernau zum Pfarrer in Tegernau ernannt. — Pfarrer Theodor Wentz in Waldangelloch wurde auf sein Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treugeleisteten Dienste auf den 1. April in den Ruhestand versetzt.

* **Verschärfte Einwanderungsbestimmungen.** Bekanntlich hat der Wechsel in den Zulassungsbestimmungen der Einwanderungsländer häufig Fälle von Familientrennung verursacht. So warteten anfangs 1927 rund 2000 Frauen und Kinder auf die Wiedervereinigung mit den in den Vereinigten Staaten lebenden Familienhäuptern. Auch in anderen Erdteilen wurden die Einwanderungsbestimmungen verschärft. Es ist deshalb wichtig, genaue Erkundigungen rechtzeitig einzuziehen. Hierauf verweist mit Recht der Evang. Hauptverein für deutsche Auswanderer in Witzenhausen, dem die Aenderungen dieser Bestimmungen fortlaufend zugehen. So teilt er neuerdings mit, daß die Regierung von Niederländisch-Indien die Gebühren von 25 Gulden für die Zulassung von Ausländern zunächst auf 50, dann auf 100 und kürzlich auf 200 Gulden erhöht hat. Auskünfte über die Verhältnisse in allen Auswanderungsgebieten werden von der genannten Stelle kostenlos erteilt.

* **Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.** In der gestrigen Vormittagsziehung wurden folgende Gewinne ausgelost: 6 Gewinne zu 5 000 Mk. Los No. 140 029, 199 808, 324 967. Nachmittagsziehung: 10 Gewinne zu 3 000 Mk. Los No. 83 332, 93 634, 143 419, 180 180, 268 283 und vier Gewinne zu 5 000 Mk. Los No. 9 703 und 170 783.

Der bevorstehende Jubiläumsgautag des Gaues Südwest im D. H. V.

Der am kommenden Samstag nachmittag im Rosengarten stattfindende Gautag des Gaues Südwest im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, mit der am Sonntag vormittag im Musensaal anschließenden Kundgebung verspricht, schon rein äußerlich gesehen, eine beachtliche Tagung zu werden. Bis zum letzten Samstag waren bereits, obwohl von etwa 20 Ortsgruppen noch die Teilnehmermeldungen fehlten, annähernd 300 auswärtige Gäste zum Uebernachten angemeldet. Der Besuch einer größeren Zahl auswärtiger Gäste in der Stadt Mannheim ist wohl nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die hiesige Ortsgruppe es als ihre vornehmste Pflicht angesehen hat, nicht nur den beruflichen Belangen Rechnung zu tragen, sondern daneben mit einem

Festabend im Nibelungensaal

aufwartet, für den außer der Kapelle Becker und dem Bund der Männerchöre im D. H. V. (80 Mann) die Herren Kammersänger Loeltgen und Schauspieler Godeck vom hiesigen Nationaltheater und der Pfälzer Mundartdichter A. Heinrich (Bellemer Heiner) verpflichtet sind. Mit dem Festabend am Samstag und durch die Besichtigung des Schloßmuseums, sowie der Vorführung des Planetariums am Sonntag nachmittag will die Ortsgruppe auch für die Stadt Mannheim werben.

Der Jahresbericht des Gaues Südwest in der „Kaufmännischen Gewerkschaft" (Gauzeitung), der bereits an 23 000 Mitglieder versandt ist, enthält u. a. ein vom Direktor des Verkehrsvereins, Dr. Werner, verfaßten Artikel „Mannheim, ein Kultur- und Wirtschaftszentrum", durch den die Besucher des Gautages nicht nur mit der Geschichte der Stadt Mannheim, sondern auch mit der Mannheimer Wirtschaft vertraut gemacht werden. Daneben erhält jeder auswärtige Gast den großen Führer durch Mannheim. Dieses lokalpatriotische Interesse kann man nur wärmstens begrüßen. Der Gautag ist eine geschlossene Veranstaltung, dessen Tagesordnung neben Jahresbericht Abrechnung, Voranschlag, Bericht der Rechnungsprüfer und Entlastung des Gauvorstandes, Wahlen zum Gauvorstand und zum Verbandstag, Anträge usw. vorsieht.

Die öffentliche Kundgebung im Musensaal,

zu der die Spitzen der Behörden, der Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft eingeladen sind, wird umrahmt von einem Orgelvortrag und „Das Sanktus", gesungen von einem Teil des Bundes der Männerchöre im D. H. V. Neben einer Eröffnungs- und Begrüßungsansprache durch Gauvorsteher Menih wird der Führer der 320 000 im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband organisierten Kaufmannsgehilfen, Verbandsvorsteher Bechly-Berlin, über das Thema „Volk und Führung im neuen Deutschland" sprechen. Mannheim hat also den Vorzug, die Stellungnahme des maßgebenden Führers der bedeutendsten kaufmännischen Organisation Deutschlands und der Welt zu diesem äußerst wichtigen Problem kennen zu lernen. Die Bedeutung der Tagung kommt jedoch erst zum richtigen Ausdruck, wenn wir daneben einmal näher betrachten, was der D. H. V. ist, was er fordert und was er bietet. Hierüber werden wir im einzelnen noch vor der Tagung berichten. ×

*

* **Um den Schwetzinger Schloßgarten.** Der erste Landesvorsitzende des Verbandes badischer Gartenbaubetriebe, Herr Fritz Kocher-Mannheim, erklärt, daß er die jetzigen sog. Wiederaufbauarbeiten im Schwetzinger Schloßgarten, insbesondere aber den radikalen Eingriff in den wertvollen Baumbestand des Gartens, mißbilligt und ablehnt. Der Verband badischer Gartenbaubetriebe ist, ohne die derzeitige Schloßgartenverwaltung persönlich anzugreifen, grundsätzlich der Ueberzeugung, daß die Verwaltung und Leitung des Schloßgartens einem tüchtigen Fachmann übertragen werden sollte.

Krankheitserreger

die durch Mund- und Rachenhöhle in den Körper eindringen, werden durch Pansavin-Pastillen in ihrem Wachstum gehemmt und unschädlich gemacht. Die Pansavin-Pastillen sind daher ein wirksames Schutzmittel gegen Erkältung und Ansteckung. Sie sind angenehm von Geschmack und greifen den Magen nicht an. Von ersten Fachgelehrten warm empfohlen. Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien.

Pansavin-Pastillen · Acridiniumchlorid

Ein Patriot

Unter diesem Titel veröffentlicht der englische Dichter John Galsworthy die „wahrhafte und dramatische Geschichte" eines Deutschen, der in England ein Spion wurde. Dieser Bericht setzt dem deutschen Offizier, um den es sich handelt, ein ehrenvolles Denkmal. Er beleuchtet zugleich in der Zeit, da der Lovell-Film England erregt, die Verwirrung, die das Wort „Spion" in den Köpfen der Menschen anrichtet. Wir entnehmen dem Bericht Galsworthys folgenden Auszug:

Neulich wurde mir eine wahre Geschichte erzählt, von der ich mich undeutlich erinnere, daß ich sie während des Krieges gehört oder gelesen habe, aber die es wert ist, für die, denen sie entging, noch einmal erzählt zu werden, denn sie birgt bestimmte wertvolle ironische Folgerungen und besitzt eine Art Größe. Sie beschäftigt sich mit einem derjenigen Menschen, die, wenn sie uns ausspionieren, unter dem Wort mit drei Buchstaben (Spion heißt englisch „spy") bekannt sind, das so beleidigend ist wie irgendeines in unserer Sprache und die, wenn sie für uns spionieren, mit dem Ausdruck „Geheimdienst" geehrt und als Helden von mindestens zweiter Güte betrachtet werden.

Im August 1914 lebte in Amerika ein Geschäftsmann deutscher Geburt und amerikanischer Staatszugehörigkeit, den wir einmal — denn das war nicht sein Name — Lichtfelder nennen wollen. Er war einst Offizier in der deutschen Armee gewesen, ein Mann von etwa fünfzig Jahren, von kräftiger und immer noch militärischer Erscheinung, mit ziemlich kurzem, borstigem Haar, einem steil abfallenden Hinterkopf und einem patriotischen Gewissen, das zu stark war für sein amerikanisches Bürgertum. Es dauerte nicht lange mehr, bis ein Amerikaner, namens Lightfield, in Genua landete und als Lichtfelder bei dem Hauptquartier seines Regiments wieder auftauchte und seine Dienste dort anbot.

„Nein," sagte man zu ihm. „Sie sind kein junger und aktiver Mann mehr und Sie sind ein amerikanischer Bürger. Wir sind über unseren Geheimdienst in England sehr enttäuscht; etwas scheint da schief gegangen zu sein. Sie können dem Vaterland größere Dienste leisten, wenn Sie sich mit unserem Chiffresystem vertraut machen, nach England als amerikanischer Bürger gehen und uns alle Informationen senden, die Sie erlangen können."

Lichtfelders Herz war bei seinem alten Regiment, da er aber ein Patriot war, so willigte er ein. Während der beiden nächsten Monate machte er sich mit allen Tricks seines neuen Berufes vertraut, schiffte sich in Genua ein und erschien in den Vereinigten Staaten wieder als Lightfield. Kurz darauf segelte er nach Liverpool, wohl versehen mit Geschäftsadressen und Warenmustern und mit seinem rechtmäßigen amerikanischen Paß auf seinen amerikanischen Namen.

Er verbrachte den ersten Tag seines „Geheimdienstes" damit, daß er in den Docks einer Stadt umherwanderte, die in seinen Augen — wenn auch nicht in denen anderer Leute — eine Marine-Station von Bedeutung war. Er beobachtete auch sorgfältig die halb-militarisierte Erscheinung der Khakigestalten in den Straßen und am Abend schrieb er einen Geschäftsbrief an einen Herrn in Rotterdam, zwischen dessen Zeilen er — mit unsichtbarer Tinte alles aufnotierte, was er gesehen hatte. Er endete mit den Worten: „Morgen Dublin Lichtfelder" und gab ihn auf.

Zu dem Unglück dieses armen aber einfältigen Patrioten saß eine junge Dame im Hauptpostamt, die ihre Tage damit verbrachte, alle Briefe an verdächtige ausländische Adressen zu öffnen und sie auf unsichtbare Tinte hin zu prüfen. Zu ihrer Freude, denn sie war des Mangels an dieser nützlichen Ware müde, sprang zwischen den Linien dieses Geschreibsels die schuldige Tinte heraus. Einem bestimmten Amt wurden die unvorsichtigen Worte telephoniert: „Morgen Dublin Lichtfelder". Nun war es aber in diesen Tagen keinem Ausländer erlaubt, nach Irland, außer durch einen Flaschenhals bei Holyhead, abzureisen. Nach dem Flaschenhals ging die Botschaft: „Reiste Mann namens Lichtfelder gestern nach Dublin?" Die Antwort kam schnell: „Amerikaner namens Lightfield ankam Dublin gestern, kehrte heute nacht zurück, ist jetzt im Zug nach Euston." In Euston wurde unser Patriot, nach genau drei Tagen des Geheimdienstes, verhaftet.

„Ich bin," sagte er, „ein amerikanischer Bürger namens Lightfield."

„Das", sagte das britische Kabinett, nicht ohne Meinungsverschiedenheit, „macht einen Unterschied. Sie werden auf dem gewöhnlichen Rechtsweg verhört und von einem Rechtsanwalt, den die amerikanische Gesandtschaft wählt, auf unsere Kosten verteidigt werden, und kommen nicht vor das Kriegsgericht..."

Drei Tage lang strengte sich, auf Kosten der Regierung, ein gewisser, hervorragender Rechtsanwalt auf das äußerste an, um die Verteidigung vorzubereiten. Aber ein gewisser, großer Rechtsgelehrter, dessen Beruf es war anzuklagen, hatte sich auf das äußerste angestrengt, um herauszufinden, mit welcher Frage er sein Kreuzverhör beginnen solle, da es ja wohlbekannt ist, wie wichtig die erste Frage ist, und da war ihm die Inspiration gekommen.

„Mister Lightfield", sagte er, indem er die aufrechte Gestalt auf der Anklagebank starr ansah, „sagen Sie mir, waren Sie nicht ein Offizier in der deutschen Armee?"

Die Hände des amerikanischen Bürgers fuhren an seine Seiten und seine Gesichtszüge wurden unbeweglich. Stundenlang hatte er dem Gericht erzählt, wie sehr er mit seinem Geschäft beschäftigt war, er hatte seine Referenzen gegeben, seine Muster gezeigt, erklärt, daß, was die Zeilen mit unsichtbarer Tinte in dem Briefe anging, den er zugab, gesandt zu haben, — nun, er hatte ganz einfach einen holländischen Journalisten auf dem Schiffe getroffen —, der ihm gesagt hatte: Wissen Sie, wir Neutralen können überhaupt keine Nachrichten erhalten — senden Sie uns etwas — selbstverständlich nichts Schädliches für England, aber etwas, was wir sagen können. Und er hatte es gesandt. War es schädlich? Er hatte nur Harmlosigkeiten gesandt. Und jetzt, bei der ersten Frage, stand er plötzlich etwas aufrechter und — schweigsam.

Und der große Rechtsgelehrte sagte: „Ich will jetzt nicht in Sie dringen, Dr. Lichtfelder; wir gehen zu einem anderen Thema über. Aber es wäre mir lieb, wenn Sie über die Frage nachdächten, denn es ist nicht nur die erste Frage, die ich an Sie richte — es wird auch die letzte sein."

Und die Gerichtssitzung wurde vertagt, ohne daß das Kreuzverhör vorüber gewesen, ohne daß diese Frage noch einmal gefragt worden wäre.

Am frühen Morgen des folgenden Tages, als der Wärter in die Zelle des Lichtfelders trat, da baumelte, an seinem Schal, sein Körper an dem Gitterwerk. Unter den toten Füßen war die Zellen-Bibel fortgestoßen worden, aber da, als der Schal sich in die Länge zerrte, diese Füße immer noch imstande waren, auf der Erde zu ruhen, hatte der Patriot sie angezogen, bis er erstickt war. Er hatte bis zur Morgendämmerung gewartet, denn auf die Zellentafel war dies geschrieben: „Ich bin ein Soldat von einem Rang, den ich nicht zu erwähnen wünsche. Ich sterbe als Soldat, nicht als Spion. Ich habe mein Schicksal getragen, aber ich kann kein Lügner sein und meineidig werden ... Was ich tat, tat ich für mein Land."

Und von den zehn Rechtsgelehrten, — acht waren Engländer, zwei Amerikaner — die mit mir die Geschichte anhörten, kam gleichsam ein Murmeln: „Sehr vornehm!"

Und das war es auch!

MARCHIVUM

Mißbrauch der Filmbegeisterung

Eine unsaubere Geschichte, die in Mannheim beginnt und in Frankfurt ihren vorläufigen Abschluß findet
Eine mutige junge Mannheimerin

Es gibt kaum eine Industrie, die sich bei Hochstaplern und Betrügern einer größeren Beliebtheit erfreut, als der Film. Die Filmbegeisterung unerfahrener Menschen wird von zweifelhaften Ehrenmännern geschickt ausgenützt, um leider viel zu leicht, Betrügereien verüben zu können. Die seriöse Filmindustrie kann nichts anderes tun, als in der Tages- und Fachpresse vor Filmschulen, herumreisenden „Regisseuren", die (meist junge hübsche) Damen engagieren, nachdrücklich zu warnen, und in einem durch seine Begleitumstände recht interessanten Fall hat diese Warnung auch insofern ihre erfreulichen Folgen gezeitigt, als ein Opfer den Spieß herumdrehte, und zur unangenehmen Ueberraschung eines Schwindlers, dessen Festnahme ermöglichte, erfreulicherweise noch bevor er seine Absichten verwirklichen konnte.

•

Wir erfahren zu diesem interessanten Fall, der vor allem weiblichen Filmenthusiasten zur Warnung dienen kann, nachstehende Einzelheiten:

Am vorigen Donnerstag erschien in einer Mannheimer Tageszeitung eine Anzeige wonach sechs junge, blonde, hübsche Damen, möglichst nicht über 18 Jahre, zu Filmaufnahmen gesucht wurden. Auf diese Anzeige meldete sich begreiflicherweise eine ganze Anzahl Interessenten, die vertrauensvoll ihr Bild einsandten, u. a. auch eine 19jährige Angestellte eines Mannheimer Filmbetriebs. Sie erhielt prompt die Aufforderung sich zu einer näher beschriebenen Zeit in einem Mannheimer Café einzufinden. Der Brief war auf einem einfachen weißen Bogen niedergeschrieben, und enthielt eine unleserliche Unterschrift. Als Erkennungszeichen wollte der Schreiber eine bekannte Filmzeitung lesen. Als das junge Mädchen, Frl. K., im Café erschien, saß dort bereits ein Herr, der mit einer anderen Dame verhandelte. Es soll gleich vorausgeschickt werden, daß der Betreffende in halbstündigen Pausen jeweils eine andere Interessentin in das Café bestellt hatte. Er gab sich Frl. K. als Dr. Somiso „Ärztlicher Beirat" des süddeutschen Filmverbandes (?!), und engagierte die Dame nach oberflächlicher Besichtigung ihrer Figur für 85 ℳ Gage wöchentlich, die Aufnahmen sollten in Heidelberg, Durlach und Frankfurt gedreht werden. Die „Stars" sollten Gelegenheit finden, Auto- und Motorradfahren zu erlernen, wozu eine ärztliche Untersuchung durch ihn den Herrn Vertrauensarzt, notwendig sei. Anstelle Vornahme dieser „Untersuchung" verabredete der Herr Doktor eine Zusammenkunft auf dem Frankfurter Hauptbahnhof und zwar am Montag nachmittag 5 Uhr.

Der jungen Dame kam die Sache nicht ganz geheuer vor. Sie beschloß jedoch zum Schein auf die Sache einzugehen, um dem Schwindler, als den sie den „Doktor" ansah, rücksichtslos das Handwerk zu legen, und meldete den Fall einem Beamten der Mannheimer Kriminalpolizei. Dieser empfahl ihr, ruhig nach Frankfurt zu fahren, den Fall jedoch sofort bei der Frankfurter Kriminalpolizei zur Anzeige zu bringen. Das Frankfurter Polizeipräsidium besitzt in der Person des Inspektor Beuß einen guten Kenner der Filmindustrie, der sofort die Ueberzeugung hatte, daß der Film wieder einmal für unsaubere Dinge mißbraucht werden sollte. Auch der zuständige Dezernent Kriminalrat Hader griff den Fall sofort auf. Die von ihm benachrichtigte Kriminalwache am Hauptbahnhof trat in Aktion und punkt 5 Uhr erschien auch der Herr „Doktor" und nahm die junge Mannheimerin in Empfang.

Interessant ist nun eine Tatsache, die auch für die Bewertung von Zeugenaussagen zu denken gibt. Die junge aufgeweckte und intelligente Dame beschrieb den Mann, mit dem sie über eine Viertelstunde zusammensaß und auf Grund ihres Mißtrauens auch genau beobachtete, als einen etwa 1,74 großen Mann, Ende der Dreißig, blond, bartlos, und (selbstverständlich) mit Monokel. In Wirklichkeit handelte es sich um einen mittelgroßen, knapp 1,65—1,68 großen, schwarzen Mann mit kleinem Schnurrbart.

Als er mit seiner Begleiterin den Weg nach der Stadt in Richtung Hauptwache einschlug, folgten die Beamten unauffällig und als der Führer Kriminalsekretär Ermel unterwegs schon feststellen konnte, daß der Verfolgte ein den Behörden bereits bekannter Mann war, nahm er ihn in der Großen Eschenheimergasse fest und brachte ihn zum Präsidium. Der Verhaftete wollte zuerst mit der Sprache nicht heraus, gab aber schließlich zu, daß er die junge Dame nach einem Absteigequartier in der Nähe der Konstablerwache bringen wollte. Er habe den Auftrag einer Filmfirma auszuführen, wonach er eine Anzahl hübscher Damen zu Filmaufnahmen verpflichten solle. In seiner Tasche fand sich eine Anzahl Briefe vor, woraus ersichtlich war, daß er auch mit einigen andern jungen Mädchen bereits in Verbindung getreten war. Das Absteigequartier, wohin er das minderjährige Mädchen schleppen wollte, hat er in Mannheim als seine Adresse angegeben. Die Kriminalpolizei ist sich im Augenblick über die eigentlichen Absichten des Mannes noch nicht ganz klar, eingehende Ermittlungen sind im Gange.

Wie dem auch sei, der „Fall" mahnt zur Vorsicht. Vor allem mögen ihn filmbegeisterte Jugendliche als Warnung ansehen, nicht immer und überall ist die Polizei zur Hand und in der Lage mit derartiger Energie zuzugreifen, wie gestern in Frankfurt a. M.

O. S.

Kommunale Chronik

Die Bautätigkeit in Heidelberg

Kr. Heidelberg, 2. März. Vom städt. Nachrichtenamt wird über die Bautätigkeit in Heidelberg ein Bericht ausgegeben, dem wir folgendes entnehmen: Im Baujahr 1927 führte die Stadt Heidelberg ihr Wohnbauprogramm weiter durch, nachdem der Bürgerausschuß im Juni 1927 eine Wohnbauanleihe in Höhe von 1,5 Millionen ℳ bewilligt hatte. 1927 wurde die städtische Siedlung in Wieblingen vollendet und gleichzeitig in der Nähe weitere Wohnungen einfachsten Typs an der Oberfeldstraße in Angriff genommen. In Kirchheim wurden 20 einfache Wohnungen erstellt. Die hdt. Gemeinnützige Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz baute den zweiten Teil des Atzelhofes aus. Von den Genossenschaften wurden insgesamt 124 Wohnungen, in der Hauptsache 2-, 3- und 4-Zimmerwohnungen, fertiggestellt. Für die private Wohnbautätigkeit wurden sehr erhebliche Baudarlehensmittel zur Verfügung gestellt, so daß insgesamt 309 Neubauwohnungen durch Baudarlehen gefördert und dem Wohnungsmarkt neu zugefügt werden konnten. Von privaten Bauherren wurden erstellt: Wohnungen mit 1 Zimmer und Küche 9, mit 2 Zimmern und Küche 60, mit 3 Zimmern und Küche 141, mit 4 Zimmern und Küche 50, mit 5 Zimmern und Küche 46, zusammen 309 Wohnungen. Die 5-Zimmerwohnungen wurden in der Hauptsache nur dann mit Darlehen gefördert, wenn der Bauherr selbst für den eigenen Bedarf solche bezog. Die Finanzierung des einzelnen Baues vollzog sich in der Regel so, daß ein Viertel der Bausumme vom Bauherrn selbst untergebracht werden mußte, 30—40 Prozent der Bausumme wurden von der Sparkasse oder anderen Kreditanstalten als 1. Hypothek gewährt und der Rest durch das mit 2 Prozent verzinsliche städtische Baudarlehen gedeckt. Beim Bezug solcher mit städtischem Baudarlehen geförderten Wohnungen wurden in erster Linie Mietberechtigte mit Vordringlichkeitsscheinen berücksichtigt.

Für das Jahr 1928 stehen erheblich weniger Mittel für die Förderung des Wohnungsbaues zur Verfügung, da bei der Lage der städtischen Finanzen äußerste Zurückhaltung bei Aufnahme von Anleihen dringendes Gebot ist. Gemäß den landesrechtlichen Bestimmungen werden zur Förderung der Wohnungsbautätigkeit die Mittel aus der Gebäudesondersteuer zur Verfügung gestellt. Diese Mittel, zusammen mit dem noch zur Verfügung stehenden Restkrediten, betragen etwa 1,8 Millionen ℳ. Oberster Grundsatz muß sein, möglichst viele Kleinwohnungen mit niedrigem Mietsatz zu erstellen. Die Stadt beabsichtigt, die Siedlung an der Oberfeldstraße, die einfache 2- und 3-Zimmerwohnungen mit Wohnküche vorsieht, zunächst auszubauen und dadurch 46 Wohnungen mit einem Gesamtaufwand von 880 000 ℳ zu gewinnen. Weitere einfache Wohnungen sollen in Rohrbach und Kirchheim erstellt werden. Auf dem Gelände des Fuhrhofs an der Bergheimerstraße errichtet die Heidelberger Holzindustrie A.-G. insgesamt 86 2- und 3-Zimmerwohnungen. Bei der Förderung des privaten Wohnbaues soll ebenfalls leitender Grundsatz sein, in erster Linie einfache Wohnungen mit möglichst niedrigem Mietsatz zu erstellen. Unbedingt erforderlich ist weiter, daß nur derjenige ein Haus baut, der aus eigener Kraft mindestens ein Viertel der Bausumme aufbringen kann. Da die Wohnbautätigkeit nicht allein zur Verminderung der Wohnungsnot, sondern auch zur Belebung der heimischen Wirtschaft beitragen soll, verlangt die Stadt, daß in erster Reihe Heidelberger Unternehmer bei der Vergebung der Arbeiten heranzuziehen sind.

Nur 36 Mark monatliche Miete

* Duisburg, 6. März. Am Donnerstag wird hier die zweite Serie Typenhäuser für kinderreiche Familien bezugsfertig. Es handelt sich um 141 Einfamilienhäuser. Trotz zehnprozentiger Baustockteuerung konnten die Häuser zu 8000 ℳ pro Stück hergestellt werden. Die monatliche Miete stellt sich auf nur 36 ℳ.

Tagungen

Landestagung für Lebensrettung

Der Landesverband Baden der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft hielt seine diesjährige 8. ordentliche Hauptversammlung am 3./4. März in Pforzheim ab. Sie begann Samstag abend mit zwei Vorträgen im Hörsaale der Kunstgewerbeschule nach der Begrüßung der zahlreichen auswärtigen Teilnehmer (aus Mannheim Bahnmeyer, Julius und Stoll) hauptsächlich aus Kreisen der Schwimm- und Turnvereine, Rotkreuzkolonnen, Schulen und Schutzpolizei durch den Vorsitzenden des veranstaltenden jungen Pforzheimer Bezirks, Oberrealturnlehrer Hager.

Zuerst legte Dr. med. Kanzler (Pforzheim) anschaulich die besonderen Vorgänge beim Ertrinkungstode dar, wie sie uns heute nach bezüglichen Tierversuchen bekannt sind. Dann gab der Organisator des vorbildlichen Offenbacher Rettungswachtdienstes, Frankl, eine ausführliche Schilderung, wie man dort am Mainstrand in wenigen Jahren dahin gelangt ist, in einmütigem verständnisvollem Zusammenarbeiten mit der Polizei das lebensgefährliche wilde Baden in der werdenden Großstadt Offenbach und der gegenüberliegenden Gemeinde Fechenheim heilsam zu unterdrücken und die bedenklich hohe Zahl alljährlicher scheinbar unvermeidlicher Ertrinkungsfälle von zeitweise 25 bis auf 2 bezw. 4 in beiden letzten Jahren wirksam herabzusetzen. Eine Reihe guter Lichtbilder ergänzte wirksam seine von tatbewußtem Idealismus getragenen lehrreichen Darlegungen, die auch in Baden im kommenden Sommer mancherorts zur segensreichen Nachahmung führen sollten!

Der Sonntag vormittag wurde nach einer Sitzung des Sonderausschusses für Lehrfilm und Lichtbildern und Besichtigung der einzigartigen Muster-Ausstellung im Industriehaus der eigentlichen Hauptversammlung gewidmet, wobei nach den erfreulich günstig ausfallenden Jahresberichten des 1. Vorsitzenden, Oberregierungsrat Prof. Broßmer vom Unterrichtsministerium und des 2. Vorsitzenden und technischen Leiter Prof. Dr. Widder (Lörrach) die vorliegenden Verhandlungsgegenstände erledigt wurden. Dabei ergaben sich noch manche beachtenswerte Einzelerfahrungen über den vielseitigen Fortschritt der Rettungssache in den obengenannten Mitarbeiterkreisen, wozu sich in Konstanz auch noch die Reichswehr gesellt, wie sich überhaupt dort am Bodensee neuerdings rege Tätigkeit entfaltet hat. Bemerkenswert für das Ansehen des Landesverbandes Baden bleibt der Umstand, daß ihm von der Berliner Hauptleitung die Herstellung eines großen Lehr- und Werbefilms nebst Lichtbilderreihe übertragen worden ist. Unter den jetzt verfügbaren 32 Lehrscheininhabern sind 12 Lehrer, worunter jedoch nur ein akademisch gebildeter Lehrer, bei denen man erst in den jungen Jahren aus der heutigen sportkundigen Studentenschaft stärkere Beteiligung erwarten darf. 28 Lehrkurse zeugen für die emsige Betätigung der ehrenamtlich tätigen Lehrscheininhaber in allen Landesteilen. Die beiden 1927 neugebildeten Bezirke Mannheim und Pforzheim haben sich dank rührliger Werbebemühung ihrer Begründer recht günstig gefestigt. Auch die Kassenverhältnisse sind trotz volkstümlich niedrigem Jahresbeitrag (1 Mk.) dank einigen hochherzigen Zuwendungen befriedigend ausgefallen.

Nach gemeinsamem angeregtem Mittagsmahl wohnte man dann nachmittags den eindrucksvollen praktischen Vorführungen in der Herrenhalle des Stadtbades unter Hagers Leitung und Erklärung bei, wo noch manche wichtige Fragen der Praxis ihre sachkundige Erörterung erfuhren. Ein gemeinsamer Spaziergang nach Hohenecks machte den Abschluß der arbeitsreichen Tagung, deren Früchte sich im nahen Sommer rings im Lande dank wachsender Zahl opferwilliger Mithelfer im Kampf mit dem Wellentode gemeinnützig auswirken sollen.

W. Mang.

Sie putzen noch Messing?
Einmal mit Penatol behandelt, hält jahrelang blitzblank.
Verlangen Sie Penatol heute noch bei 873
Alleinverkauf: Drogerie Ludwig & Schütthelm, Mannheim, O 4, 3, Telephon Nr. 27 715 und 27 716.
Das nächste Putzen haben Sie erspart.

Neues Theater im Rosengarten

Zum ersten Mal: „Miß Chocolate"

Diese schwärzliche und schmerzliche Sache nennt sich Lustspiel-Operette. Sie ist weder das eine noch das andere. Wenn der breit, schrecklich breit ausgesponnene Dialog stecken bleibt, dann muß ein bißchen Singfang bis zur nächsten dialogischen Einöde weiterhelfen und für diese Impotenzdramatik nimmt man sowohl die Bezeichnung Lustspiel wie Operette in Anspruch.

Die schwarze Farbe spielt darin eine besondere Rolle. Einmal als Schminke für die Hauptdarstellerin und dann als Kleidung des Ensembles selbst, das sich aus einer ganzen Rotte von Erbschleichern zusammensetzt. Eine traurige Gesellschaft. Die eigentliche Erbin ist die schokoladenfarbene Tänzerin und Sängerin Bibby, deren Antritt der Erbschaft von einer vierwöchentlichen Treue abhängt, die sie dem Erblasser laut Testament zu halten hat. Wie die liebe Familie der schwarzen Erbschaftstugend nachstellt, dabei außer detektivischer Hilfe noch die Vertreter ihrer Männlichkeit in entsprechender Rollenverteilung aufbietet, bildet die Schokoladenfüllung des Ganzen, die man so reichlich gestreckt hat, daß das Aroma aller Reize entbehrt.

Was an der Sache gut erscheint, ist einzig und allein der hiesigen Aufführung zu verdanken. Schon die Musik hat man entgegen dem „Original" — wieviel Autorenrechte müssen darin geltend gemacht werden! — ins Jazzische übersetzt, und dabei hat der dafür Verantwortliche, zugleich der Leiter der Aufführung, Karl Klauß, ein feines instrumentales Empfinden bewiesen, das sich besonders in solchen Partien erkennen ließ, die eine Verpflanzung ins Reich der Saxaphone nicht ohne weiteres zulassen wollen. Das ausgezeichnete Orchester hatte man in die rechte Saalecke gesetzt und den Dirigenten dem Publikum zugewendet. Aber es sang nicht mit, trotzdem lauter gute Bekannte in der Musik zu begrüßen waren. Die Musik, deren Zusammenstellen (auch eine Übersetzung des Textes Komponist) Bernhard Grün heißt, hat nur ein einziges, wirklich hübsches Stück: es ist das Quintett im zweiten Akt, eine Art Parodie auf die Niggersongs, dazu die einzige Gelegenheit, aus dem schwarzen Einband des Stückes einen wirklichen musikalischen Gewinn zu ziehen. Alfred Londory, der geschickte Regisseur, dessen Einfälle die Rettung des Abends waren, ließ das reizende Stückchen von einer großen Schallplatte singen. Er selbst trug in der Rolle des ins Altsyrische übersetzten Detektivs Pickard mit das Meiste zur Heiterkeit bei, die nirgends außer Rand und Jazzband zu geraten drohte.

Auch das Ensemble hat der Spielleiter mit schönstem Erfolg mobilisiert. Friedel Dann hatte sich zum Schokoladenmädchen verdunkelt, aus dessen Schwärze ihr Lachen wie ihr Gesang hervorleuchtete. Ihrem Teagown und Abendkleid gebührt ein besonderes Bravo. Auch die exotische Frisur des Dialogs stand ihr ausgezeichnet. Franz Kugler als ihr tenoraler Partner, Hugo Voisin und Elise de Lank als höchst komisch aufgemachtes Erbschleicherpaar, dazu Walter Friedmanns köstliches Sherlock Holmes-Abbild mit Margit Stöhr als Partnerin sind noch zu nennen.

Die fleißig vorbereitete Aufführung, aus der noch die Tänze von Nenni Häns und die entzückenden Bühnenbilder von H. Meyer zu erwähnen sind, verdient als Leistung alle Anerkennung.

k.

Theater und Musik

⊙ **Uraufführungen in Frankfurt a. M.** In der finanziellen Krisenatmosphäre unseres Schauspielhauses wird „Max der Prominente", Posse ohne Gesang von Toni Impekoven und Carl Mathern, so etwas wie das Frühlingslüftchen werden. Ein sauber gemachtes und vor allem wirklich lustiges Stück, das in seinen sechs Bildern die Abenteuer des prominenten Berliner Filmschauspielers Max Marengo bei seinem Ausflug in die Wildnis, nämlich ins knödelgesegnete, bierseligen Gebirglermilieu Oberbayerns schildert. Die „Ferien vom Ich" bringen dem kulturüberdrüssigen Max die handgreifliche Ueberzeugung, daß man die Prominenz vom Kurfürstendamm nicht ungestraft nach Obertannenzapfenhausen tragen kann, allwo man statt Kino, noch „Kint" sagt, und den Kirchenrat mit Böllerschüssen empfängt. Die Komik der Situation wird von den Autoren mit ursprünglichen, einfallreichen Mitteln geschürt und ein Schuß wirksamer Satyre beigewürzt. Es war ein Abend gelöster Heiterkeit, der den heimischen Autoren unzählige Hervorrufe schuf. Impekoven, der die Regie führte, spielte auch den Prominenten Max mit jener unerschütterlichen Drolerie des nie zu verblüffenden Spreeatheners. Einen stiernackigen, massiven Dorfbürgermeister, wie ihn Guldransson nicht echter zeichnen könnte, stellte Ernst Sattler, auf die Szene. Beste Typen auch der saudumme Kreis-Amtmann, Franz Schneider, und die beiden Vagabunden, Ben Spanier und Donegger. — Mit einer Operetten-Uraufführung hatte auch das Neue Operettentheater einen beachtenswerten Erfolg. „Liebe und Trompetenblasen" von Hans Sturm und Hans Bachwitz hat nun vom Lustspiel und dem Film die Metamorphose zur Operette durchgemacht. Marc Roland, aus seinen Filmkompositionen bereits bekannt, gibt ihr den musikalischen Elan. Er hält auf Niveau und bleibt so ziemlich in der Mitte zwischen der üblichen Schlagermanier und Spieloper-Gepflogenheiten. Ein paar sehr eingängliche Nummern, wie die „Frau ohne Herz" und das Männer-Terzett des 2. Aktes haben alle Chancen der baldigen Popularität. Das sich ein wenig in die Länge ziehende Libretto dürfte durch energische Kürzungen an Wirkung gewinnen. Wiesners Inszenierung zeigte die gewohnte Frische. Der Komponist selbst dirigierte die Uraufführung. In seiner Rolle des Major Fröschlein, die er sowohl im Lustspiel wie im Film kreierte, gastierte hier Hans Junkermann eine Bachuspriestergestalt von unwiderstehlicher Wirkung. Auch sonst ein flottes Ensemble, die temperamentvolle Grete Brill als Tänzerin, Norbert Fels, als der mit allen Wassern gewaschene ungarische Leutnant, die anmutige Lissy Helling, als keusche Josepha, Gust. Fahrbeck mit seinem gewinnenden Tenor und der urkomische Musketier Hupp von Gustav Rothe-Caren. Das animierte Publikum erzwang sich die unvermeidlichen Dacapi.

L. M.

Was die Frauen am liebsten essen

Diesem Problem ist die „Comoedia" nachgegangen und hat herausgefunden, daß die Beantwortung der Frage von dem Lebensalter abhängt. Die Mädchen unter zwanzig Jahren essen am liebsten Hors d'oeuvre, junge Gemüse, Eis, Gebäck und sie trinken am liebsten Champagner. Die Frauen zwischen zwanzig und dreißig Jahren bevorzugen Austern, Kreble, Kaviar, Gänseleberpastete, dazu und danach nehmen sie gerne roten Burgunderwein, Zigaretten und Kaffee. Die Frauen zwischen dreißig und vierzig Jahren sind sehr viel vorsichtiger. Sie essen vorzugsweise ein Hühnchen oder ein Rebhuhn und Früchte. Sie lehnen jede Süßigkeit streng ab, so sie essen sogar fast gar kein Brot, um schlank zu bleiben, und ihr Getränk ist — Mineralwasser. Vom vierzigsten bis zum fünfundfünfzigsten Lebensjahr dauert die Diät fort. Allerdings erlaubt sich die Frau nun manchmal, dagegen zu verstoßen. Dann aber beginnt sie, sich für das Entgangene und Entbehrte zu entschädigen. Nun ißt und trinkt sie was ihr Freude macht und ist froh, von einem Zwang befreit zu sein, den sie sich so lange Jahre hindurch auferlegt hat. Weshalb hat sie sich aber den Zwang auferlegt? Der Mode zu Liebe. Das kann sie jetzt gar nicht mehr begreifen.

MARCHIVUM

Aus dem Lande

Personalveränderungen im badischen Staatsdienst

Ernannt wurden: Ministerialoberrechnungsrat Jakob Berger zum Rechnungsdirektor, Ministerialrechnungsrat Hugo Handel zum Ministerialoberrechnungsrat, und Revisionsinspektor Wilhelm Hoerner zum Ministerialrechnungsrat, sämtliche beim Rechnungshof.

Uebertragen wurde die Stelle eines Revisionsinspektors dem Justizobersekretär Josef Zeller beim Amtsgericht Karlsruhe.

Planmäßig angestellt wurde Fachlehrer Johann Eckard an der Handelsschule in Freiburg.

Versetzt in gleicher Eigenschaft wurde Handelslehrer Heinrich Liede an der Handelsschule in Hornberg an jene in Pforzheim.

Landwirtschaftsschule Ladenburg

y. **Ladenburg**, 6. März. Die Landwirtschaftliche Schule für den Kreis Mannheim zu Ladenburg beendet am Samstag mit der Schlußprüfung ihr 59. Schuljahr, das 35 Schüler im 1. Kurs und 29 im 2., zusammen 64 Schüler aufzuweisen hat. Die größte Zahl, nämlich 34 Schüler stammen aus dem Amtsbezirk Mannheim, 26 aus dem Amtsbezirk Weinheim und 4 aus dem Amtsbezirk Heidelberg. 3 Schüler wohnten in Ladenburg, alle anderen fuhren täglich nach Haus. Durch reiche Zuwendungen der landwirtschaftlichen Vereine und an der Landwirtschaft interessierter Firmen, wie Heinrich Lanz-Mannheim und Konservenfabrik Bassermann-Schwetzingen, ist es wieder möglich, sämtlichen Schülern wertvolle Bücher und junge Obstbäume als Andenken zu verteilen. Der Unterricht wurde wesentlich unterstützt durch eine gut ausgestattete Lehrmittelsammlung und Bücherei; ein Filmarchiv, wie es sonst keine Schule Badens besitzt, verdient besondere Erwähnung. Sogar eigene Filmaufnahmen werden von der Schule gemacht. Aber nicht nur für die Bauernsöhne, sondern auch für die Töchter bietet die Landwirtschaftliche Schule des Kreises Gelegenheit zur Fortbildung. Wie zum ersten Mal im Jahre 1926, wurde auch 1927 ein Fortbildungskurs für Jungbäuerinnen abgehalten, der von 19 Teilnehmerinnen besucht war. Die Schule ist dank des Weitblicks und der Einsicht der Kreisversammlung und des Kreisrats heute wohl eine der am besten ausgebauten dieser Art in ganz Südwestdeutschland.

*

sch. **Not**, Amt Wiesloch, 5. März. Die Bautätigkeit hier wird in diesem Jahr nicht das Maß der vorjährigen erreichen. An leeren Wohnungen ist kein Mangel, da der Siedlungskomplex der Baugenossenschaft der bad. Pfalz, bestehend aus 4 Doppelhäusern mit 16 Wohnungen, bisher noch leer steht, obwohl er bereits seit Herbst vorigen Jahres bezugsfertig ist. Die Ursache ist darin zu suchen, daß man den Hauspreis eines Einzelhauses in Höhe von 10 000 Mk. als zu hoch ansieht.

sch. **Hockenheim**, 5. März. Den Bemühungen des Verkehrsvereins in Schwetzingen ist es gelungen, daß im kommenden Sommerfahrplan der über Mannheim verkehrende Schnellzug D 276 auch in Schwetzingen hält. Hier in Hockenheim hielten früher je ein beschleunigter Personenzug morgens in Richtung Karlsruhe, und abends ein Eilzug. Es kostete früher Mühe, diese Vergünstigungen zu erhalten; aber heute kümmert sich anscheinend niemand mehr darum. Ein Verkehrsverein, der das bewerkstelligen könnte, ist leider hier nicht vorhanden. In diesem Falle müßte eben die Stadtverwaltung das Nötige veranlassen, damit eine Stadt mit nahezu 10 000 Einwohnern nicht ganz vergessen wird, wenn es gilt, Verkehrsverbesserungen zu schaffen.

* **Neunkirchen** bei Eberbach, 4. März. Mit tiefer Trauer wurde die Nachricht von dem unerwartet raschen Hinscheiden des Gendarmerie-Wachtmeisters Ambrosius Müller, der einer Blutvergiftung erlag, hier und in den Orten des Gend.-Bezirks Neunkirchen aufgenommen. Der erst Vierzigjährige ist Vater von vier Kindern, deren letztes erst wenige Tage zählt. Müller stand vor dem Weltkrieg bei der Marineartillerie in Tsingtau und im Krieg 4 Jahre bei der gleichen Waffe an der flandrischen Küste. Seine sterbliche Hülle wurde unter Anteilnahme der ganzen Einwohnerschaft und von Gemeindevertretern der umliegenden Orte am Samstag nach Oberweier (A. Rastatt) überführt. Aus den Ansprachen des Landrats Dr. Pfaff als Vertreter des Bezirksamts, des Major Schmitt-Eberstein für die Gend.-Beamten des Landeskommissärbezirks Mannheim, der zwei Vertreter des Gend.-Bez. Mosbach und des Oberwachtmeisters Vogt als Vertreter der hiesigen Station ging die Wertschätzung hervor, in der der pflichtgetreue Beamte bei seiner Behörde und bei seinen Kameraden stand. Die Feier verschönte der Cäcilienverein mit einigen Liedern. Der Kriegerbund erwies dem für immer Scheidenden die in so reichem Maße verdienten militärischen Ehren.

* **Breitenbronn**, 5. März. Während in den Nachbargemeinden am gestrigen Trauersonntag sich ein erfreuliches Bild der Einigkeit zeigte, kann das von hier nicht gesagt werden. Zunächst wurde am Rathaus erst gegen Mittag die Fahne auf Halbmast gehißt und als es zum Kirchgang ging, hatte es der Vorstand des Kriegerbundes hier fertiggebracht, beeinflußt durch einige radikale Elemente, den Kriegerbund nicht antreten zu lassen, zwei alte Veteranen schritten allein ins Gotteshaus. Ein solches Gebaren ist von so großem Haß und einer Zwietracht diktiert, daß sich jedes Kommentar erübrigt. Aber traurig ist so etwas doch!

× **Lahr**, 2. März. In diesem Jahre haben sowohl die jüngste Tochter als auch der Vater einer hiesigen Familie ihren 13. Geburtstag. Die Tochter ist 1915 geboren, der Vater 1876, aber am 29. Februar; er hat somit nur alle vier Jahre Geburtstag, von 1896 bis 1904 sogar nur nach acht Jahren, weil 1900 kein Schaltjahr war.

* **Billingen**, 5. März. Auf raffinierte Weise versuchte ein hiesiger Händler sich dadurch billigen Strom zu verschaffen, daß er seinen elektrischen Ofen durch einen geheimen Draht mit der Leitung verband. Erst durch einen Nachbar kam die Sache ans Licht, nachdem der Unfug schon etwa zwei Jahre getrieben u. das städtische Elektrizitätswerk schätzungsweise um 1000 Mk. geschädigt worden war.

× **Singen**, 2. März. Heute nacht brannte das Doppelwohnhaus der Landwirte Johann Ruf und Willi Furrer in Rielasingen vollständig nieder. Hausgeräte konnten nur wenige gerettet werden. Die Brandursache ist unbekannt.

Aus der Pfalz

Der Rundfunkzwischensender Kaiserslautern

* **Kaiserslautern**, 3. März. Der Pfalzsender oder wie seine amtliche Bezeichnung lautet, der Rundfunksender Kaiserslautern, erhebt sich auf dem sich in nördlicher Richtung an die Stadt Kaiserslautern anschließenden Rothenberg. Es war anfangs geplant, ihn auf dem höchsten Punkte dieser Anhöhe zu errichten, infolge Schwierigkeiten beim Erwerb der Grundstücke wählte man jedoch eine etwas tiefer gelegene Stelle auf dem südlichen Abhang. Der Sender liegt fast genau 300 Meter über Normalnull, in der Luftlinie ungefähr 1,4 Kilometer nördlich des Stiftsplatzes in Kaiserslautern, etwa 60 Meter höher als dieser. Das Sendergebäude ist ein eingeschossiger Zweckbau von T-förmigem Grundriß. Es enthält im Erdgeschoß den eigentlichen Senderraum, den Batterieraum, den Maschinenraum und einen Büroraum. Außerdem ist eine Wohnung für einen Werkmeister vorgesehen. Der vordere Teil des Gebäudes ist unterkellert. Im Keller befinden sich der Umformerraum und zwei Lagerräume, sowie der zur Wohnung gehörige Kelleranteil. Die Antenne verläuft in westöstlicher Richtung. Die Antenneneinführung erfolgt an der Ostseite des Senderraumes. Die die Antenne tragenden beiden Funktürme haben einen Abstand von 130 Meter und eine Höhe von je 60 Meter. Sie wurden von einer Firma in Darmstadt errichtet. Es sind hölzerne, freistehende Fachwerke in einer besonderen Bauweise. Das Erdungsnetz hat ungefähr die Form einer Ellipse, deren größte Länge etwa 260 Meter und deren größte Breite etwa 90 Meter beträgt. Die große Achse fällt mit der Antennenrichtung zusammen. Die für den Betrieb des Senders erforderliche elektrische Leitung wird zur Zeit dem städtischen Hochspannungsnetz entnommen. Durch die im Kellerraum aufgestellte Umformeranlage wird diese auf die gebräuchliche Niederspannung — 220/380 Volt Drehstrom — gebracht. Im Maschinenraum des Senders sind 4 verschiedene Maschinensätze und außerdem für jeden Satz noch eine Reserve aufgestellt, sodaß sich hier insgesamt 8 Maschinensätze auf 6 Fundamenten vorfinden: 1. Der Hochspannungsmaschinensatz; 2. Der Heizmaschinensatz; 3. Der Heizumformersatz für den Hauptverstärker; 4. Der Hochspannungsumformersatz für den Hauptverstärker. Im Batterieraum haben zwei Sammlerbatterien von je 11 Zellen zu 200 Amperestunden Kapazität Aufstellung gefunden, die zur Heizung der Steuerröhre des Senders dienen. Der Rundfunksender Kaiserslautern wird zunächst auf der Welle 204,1 Meter arbeiten. Zu bemerken ist noch, daß ältere Rundfunkapparate zum Teil zum Empfange von Wellenlängen unter 250 Meter nicht eingerichtet sind. Der Rundfunksender Kaiserslautern wird als sogenannter Zwischensender betrieben; d. h. er wird kein eigenes Programm bringen, sondern das von München, welches auch auf die Sender Nürnberg und Augsburg übertragen wird. Die Uebertragung von München nach Kaiserslautern erfolgt auf einer Fernsprechleitung, die zwischen München und Stuttgart und zwischen Mannheim und Neustadt a. d. Haardt unterirdisch, im übrigen aber noch oberirdisch verläuft. Eine oft aufgeworfene Frage ist, wie weit wird der neue Sender mit einfachem Detektorenapparaten zu hören sein? Hierzu muß bemerkt werden, daß die Detektorreichweite eines Senders außer von seiner Leistung noch von den verschiedensten Umständen abhängt, die nicht ohne weiteres erfaßt werden können. Deshalb läßt sich auch die Reichweite im voraus nicht bestimmt angeben. Im übrigen ist die Detektorreichweite hauptsächlich eine Antennenfrage. Wenn es möglich ist, gute Freiantennen zu erstellen, wird der Sender naturgemäß auf größere Entfernungen aufgenommen werden können, als wenn man sich auf eine Innen- oder Behelfsantenne beschränken muß.

*

:: **Ludwigshafen**, 6. März. Aus dem Amtsgerichtsgefängnis Ludwigshafen entsprang gestern vormittag ein in Untersuchungshaft sitzender 21jähriger Dachdecker von hier. Er suchte über die Dächer hinweg das Weite. Nach kurzer Zeit wurde er von der Kriminalpolizei wieder festgenommen.

* **Schifferstadt**, 6. März. Heute früh wurde im Bahnhof Schifferstadt der 50jährige verheiratete Bahngehilfe Ludwig Schwind aus Schifferstadt von der Lokomotive eines einfahrenden Leerzuges angefahren und schwer verletzt.

* **Frankenthal**, 5. März. Am 3. März beging der Verleger der Frankenthaler Zeitung, Kommerzienrat G. A. Perron, seinen 70. Geburtstag. Er war im Jahre 1895 als Teilhaber in die Firma Friedr. Albeck eingetreten, nachdem er sich mit der Tochter Marie des Verlegers Friedr. Albeck verheiratet hatte. Im April 1908 übernahm er das Unternehmen. In unermüdlichem Fleiß hat er es weiter ausgebaut bis zu seiner heutigen Größe. Herr Perron ist seit 37 Jahren Vorstand des Turnvereins von 1848, um dessen neues Heim, die Fahnturnhalle, er sich große Verdienste erworben hat, nachdem die alte Turnhalle im Jahr 1919 abgebrannt war. Ferner ist er stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Frankenthaler Volksbank, Vorstandsmitglied im Kaufmännischen Verein, in der Schützengesellschaft und im Gewerbeverein. Am Freitag abend wurde ihm vom Turnverein von 1848 ein Fackelzug gebracht. Umrahmt wurde die Feier von Liedervorträgen der Sängerabteilung. Eine Abordnung begab sich in die Wohnung, wo von zwei jungen Turnerinnen Herrn Perron ein Blumenkorb überreicht wurde. Die Glückwünsche des Turnrats und des Turnvereins überbrachte Dr. Neubronner. Im Druckereigebäude der „Frankenthaler Zeitung" fand am Samstag eine von Schriftleitung, Geschäftsstelle und Druckerei veranstaltete Feier statt.

Schwerer Pfarrhaus-Einbruch

* **Schweigen** bei Bergzabern, 6. März. In der hiesigen katholischen Kirche wird zurzeit durch einen Pater Mission abgehalten. Während sich der Pater und der Ortspfarrer beim Gottesdienst befanden, drangen bis jetzt noch unbekannte Täter in das Pfarrhaus ein und raubten das gesamte Opfergeld der Kirchengemeinde. Die greise Mutter des Ortspfarrers, die allein zu Hause war, erlitt einen Nervenzusammenbruch.

*

:: **Harthausen** bei Speyer, 6. März. Ein hiesiger Schweinehändler fuhr mit seinem Auto am Ortsausgange Harthausen auf der Straße nach Dudenhofen in eine Schafherde hinein. Sechs Schafe wurden überfahren und mußten notgeschlachtet werden.

Veranstaltungen

Mittwoch, den 7. März 1928

Theater: Nationaltheater: Schülervorstellung „Wilhelm Tell", 2.30 Uhr. — „Coeur Bube", 8.00 Uhr. — Apollo: „Broadway", 8.00 Uhr.

Vorträge: Kunsthalle: Dr. G. F. Hartlaub Körperbau und Kunstform: „Physiognomie und Stil" II. Abt. II. (2—3). 8.15 Uhr. — Handelskammer (großer Saal) 6.30 Uhr: Vortrag von Geheimrat Dr. Schlosmann, Düsseldorf über „Gegenwarts- u. Zukunftsaufgaben auf dem Gebiete d. Fürsorge für Mutter u. Kind (veranstaltet vom Mannheimer Mutterschutz).

Unterhaltung: Künstlerspiele „Libelle" 8 Uhr.

Lichtspiele: Alhambra: „Die Abenteuer des Brigadiers Gerard" Capitol: „Nixalen". — Gloria-Palast: „Dr. Bessels Verwandlung". — Palast-Theater: „Luther". — Scala-Theater: „Der lachende Ehemann". — Schauburg: „Die Braut am Scheideweg". — Ufa-Theater: „Weltkrieg 2. Teil".

Museen und Sammlungen:

Schloßbücherei: 11—1 und 3—7 Uhr. — **Städtische Kunsthalle** 10—1 und 3—5 Uhr. — **Museum für Natur- und Völkerkunde:** 3—5 Uhr. — **Planetarium:** Vorführung: 5 Uhr.

* **Kallstadt**, 5. März. Gester nachmittag brach in der Nähe des Forsthauses Jägerthal ein Waldbrand aus, dem ungefähr ein halb Hektar Jungwald, bestehend aus Wermutskiefern und Fichten, zum Opfer fielen. Die Feuerwehren der umliegenden Ortschaften waren zur Stelle und löschten den Brand.

:: **Landau**, 6. März. Ein Privatauto, das einen Hof in der Königstraße gerade verlassen wollte, überfuhr den vierjährigen Knaben des Küfers Kunz, der mit einer schweren Kopfverletzung ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Das Kind ist bald nach dem Unfall gestorben.

:: **Kaiserslautern**, 4. März. Der städtische Polizeiwachtmeister Jakob Krück von hier, der in der Nacht auf 27. Januar in Kaiserslautern gegen einen von ihm bei einem nächtlichen Einbruche betroffenen Dieb, der trotz wiederholter Haltrufe unter Mitnahme von Beute entfloh, von seiner Dienstwaffe Gebrauch machte und ihn tötete, wurde durch Beschluß der Strafkammer Kaiserslautern vom 29. Februar außer Verfolgung gesetzt, da die Voruntersuchung die Rechtmäßigkeit des Waffengebrauchs des Polizeibeamten einwandfrei dargetan hat.

:: **Pirmasens**, 6. März. Ein Fräulein von der Katzenmühle verlor auf dem Wege nach Pirmasens kurz nach Ruhbank die Herrschaft über ihr Fahrrad und überrannte einen entgegenkommenden Arbeiter von Pirmasens. Der Zusammenprall war so heftig, daß beide in erheblich verletztem Zustande ins hiesige Krankenhaus gebracht werden mußten.

Nachbargebiete

* **Darmstadt**, 5. März. Die illustrierte Wochenschrift „Datterich" bringt in letzter Zeit verschiedentlich Auslassungen, die sträfliche Beleidigungen von Personen darstellen. Der Vorsteher der Allgemeinen Ortskrankenkasse Darmstadt, Knoblauch, hat nun bei der Staatsanwaltschaft gegen den Herausgeber des Blattes, Rudolf, Antrag auf Strafverfolgung wegen Verleumdung gestellt.

* **Kelsterbach a. M.**, 6. März. Der Expreßgüterwagen des Eilgüterzuges Frankfurt—Köln der abends 8 Uhr die Station Kelsterbach passiert, wurde am Freitag zwischen Kelsterbach und Schwanheim beraubt. Die Täter warfen die Gegenstände heraus und nahmen davon, was ihnen beliebte, anderes ließen sie liegen. Die Untersuchung wurde von Gendarmerie und Bahnpolizei aufgenommen.

* **Mainz**, 6. März. Die Reichsbahndirektion Mainz teilt mit: Gestern um 9.45 Uhr wurde zwischen Nierstein und Oppenheim infolge nicht rechtzeitigen Schließens der Schranken vom D-Zug 162 ein mit zwei Personen besetztes Hanomag-Auto überfahren. Die Insassen, der Mechaniker Ernst Hanauer und der Handlungsgehilfe und Stadtverordnete Laufer aus Oppenheim, wurden getötet. Die Staatsanwaltschaft hat sich des Sachverhalts angenommen. — Gestern ereigneten sich in Mainz drei schwere Autounfälle. Am Abend sprang der 41 Jahre alte Schlosser Koloman Jakuß aus Oppenheim von dem Anhänger eines Lastautos ab und wurde von einem im selben Augenblick vorbeifahrenden Personenauto erfaßt und überfahren. Weiterhin stieß der 29 Jahre alte Radfahrer Zehnmauer am Gutenbergplatz mit einem Personenauto zusammen und wurde mit schweren Verletzungen auf die Straße geschleudert. — Der Beifahrer eines Anhängers wollte von dem Anhänger eines Lastautos steigen, blieb mit dem Fuß hängen, stürzte und wurde eine Strecke mitgeschleift. Dabei erlitt er erhebliche Verletzungen. — Der Kaufmann Heinrich aus Mainz ist bei der Besteigung eines Berges in den Arlberger Alpen tödlich abgestürzt. Er hatte die Tour trotz Warnung unternommen. Gegen 3 Uhr nachmittags wollte er mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit umkehren. Da dies jedoch nicht mehr möglich war, versuchte er, sich über den Berggipfel durchzuarbeiten. Dabei riß sein Seil und er stürzte an einer vereisten Felswand vorbei in die Tiefe.

Briefkasten

Wir bitten für den Briefkasten bestimmte Einsendungen auf dem Umschlag als solche kenntlich zu machen. Mündliche Auskünfte können nicht gegeben werden. Beantwortung juristischer, medizinischer und Aufwertungsfragen ist ausgeschlossen. Jeder Anfrage ist die Bezugsquittung beizufügen. Anfragen ohne Namensnennung werden nicht beantwortet.

A. Nr. Wenden Sie sich an Direktor Willareth von der Höheren Hotelfachschule in Heidelberg.

Hellsehen. Die Adresse ist uns unbekannt.

G. 106. Es gibt viele Zeitschriften dieser Art. Die genauen Adressen können Sie sich in unserer Geschäftsstelle in E 6, 2 aus dem Zeitungskatalog herausschreiben.

Herausgeber: Drucker und Verleger Druckerei Dr. Haas
Neue Mannheimer Zeitung G. m. b. H., Mannheim, E 6, 2
Direktor Ferdinand Heyum.
Chefredakteur Kurt Fischer — Verantwortl. Redakteure: Fritz Poliak: H. N. Kirchner — Feuilleton: Dr. G. Kaiser — Kommunalpolitik und Lokales: Richard Schneider — Sport und Reises aus aller Welt: Willy Müller — Handelsteil: Kurt Gamer — Gericht und alles Uebrige: Franz Kircher — Anzeigen: Max Hirn

Gesetz und Recht

Mieterschutzgesetz und Reichsmietengesetz

Von Rechtsanwalt Dr. **Waldeck**, Mannheim, M. d. L.

Vor einigen Tagen hat an dieser Stelle Reichstagsabgeordneter Beythien, der bekannte Mittelstandsführer der Deutschen Volkspartei, die wesentlichen Ergebnisse der Beratungen des Reichstags zur Aenderung des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes besprochen. Er hat dabei die extremen Forderungen der Wirtschaftspartei einerseits, die der Linken andererseits einander gegenüber gestellt. Die Aufgabe des Reichstags war es, einen Ausgleich zwischen den Extremen im Interesse der Volkswohlfahrt zu finden. Die wesentliche Aenderung des nunmehr publizierten Gesetzes zur Aenderung des Mieterschutzgesetzes vom 18. Februar d. J. ist die Wiederherstellung einer beschränkten Kündigungsmöglichkeit für den Vermieter neben der weiter bestehenden Klage auf Aufhebung des Mietverhältnisses. Die Begründung des Regierungsentwurfs bemängelte, daß nach dem bisherigen Mieterschutzgesetz ein Mietverhältnis in aller Regel nur durch Behebung einer Klage zur Aufhebung gebracht werden konnte. Selbst in Fällen, in denen der Mieter dem Räumungsverlangen des Vermieters weder widersprechen konnte noch wollte, habe bisher eine privatrechtliche Willenserklärung nicht ausgereicht. Der Entwurf ging deshalb darauf aus, für Räume, die dem Mieterschutz noch unterliegen, das Mietverhältnis durch einfache Erklärung zu beendigen. Diese Regelung schafft nun das Gesetz. Ob freilich im Rechtsgang in Zukunft praktisch etwas wesentliches sich ändert, muß zunächst noch sehr dahingestellt bleiben. Die Kündigungsgründe des bisherigen §§ 2—4 des Gesetzes bleiben bestehen. Mietwidrigkeiten, Zahlungsrückstände und Eigenbedarf sind nach wie vor die Hebungs-Gründe, also die materiellrechtlichen Voraussetzungen des Erfolgs der Kündigungserklärung. Das Kündigungsschreiben muß eine Anzahl formaler Vorschriften erfüllen. Die Zustellung wird auf Gesuch des Vermieters von dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts angeordnet. Die Gerichtsschreiberei oder wie sie jetzt heißt, die Urkundsperson der Geschäftsstelle hat das Kündigungsschreiben auch inhaltlich zu prüfen. Binnen zwei Wochen nach der Zustellung des Kündigungsschreibens steht dem Mieter das Recht des Widerspruches zu. Erfolgt kein Widerspruch, so hat das Gericht einen Räumungsbefehl zu erlassen. Ist Widerspruch eingelegt, so hat die Geschäftsstelle den Vermieter hiervon zu benachrichtigen. Bis zum Ablauf von zwei Wochen nach der Zustellung der Nachricht des Widerspruchs kann der Vermieter Termin beim Amtsgericht beantragen. Der früheste Termin wird also in der Regel bei einem vielbeschäftigten Mieterschutzgericht frühestens 4 bis 6 Wochen nach dem Kündigungsschreiben liegen können. Nach § 1p des Gesetzes bleibt aber, wie schon erwähnt, die bisherige Mietaufhebungsklage neben dem neuen Verfahren bestehen.

Hergestellt ist also theoretisch das alte aus dem Eigentumsbegriff fließende Grundrecht der Kündigung. Ob hiermit für die Praxis auch nur etwas erreicht ist, muß die Zukunft zeigen. Ich fürchte, es werden weder Vermieter noch Mieter aus diesen Bestimmungen einen ernsthaften Vorteil ziehen. Vereinzelt ein Vermieter dann, wenn ein völlig unkundiger oder ungeschickter, vielleicht auch ein leichtsinniger Mieter durch Fristablauf sein Widerspruchsrecht versäumt? Diese Kategorien der Mieter will der Gesetzgeber aber gar nicht treffen, am wenigsten den unkundigen und ungewandten Mieter.

Die Fälle, auf die in der Begründung des Gesetzentwurfs abgehoben ist, in denen der Mieter weder widersprechen kann noch will, sind in der Praxis so verschwindend gering, daß sie eine besondere Regelung nicht erfordert hätten. Der Mieter, der nicht widersprechen will, zieht aus, ohne daß es eines umständlichen Verfahrens bedarf. Dem Gesetzgeber kam es auch zweifellos hierauf weniger an. Es sollte grundsätzlich der Eigentumsbegriff wieder verlebendigt werden. Diese Idee ist ganz gewiß zu billigen. Ob aber nicht die Fesseln, die dem Grundsatz im Gesetz aus zwingenden volkswirtschaftlichen Gründen und Notwendigkeiten angelegt werden mußten, die Idee in ihr Gegenteil verkehren, ist die Frage. Mit Recht weist Boeck-Hamburg in der Zeitschrift „Das Mietgericht" darauf hin, daß die vorgesehene „Kündigung" gerade das Gegenteil der Kündigung der Vorkriegszeit ist und mit dieser soviel gemein hat, wie die schwarze Farbe mit der weißen. Er betont ganz richtig, daß die neue Kündigung die Bezeichnung eines zwangswirtschaftlichen Rechtsbehelfs mit dem Namen eines der freien Wirtschaft angehörigen Rechtsinstituts darstellt. Denn wesentlich war bei der alten Kündigung, daß ihre vertragsaufhebende Wirkung nicht abhing von irgend einem Urteil oder Obrigkeitsakt, auch nicht von zwangswirtschaftlichen Voraussetzungen, und erst recht nicht vom ausdrücklichen Einverständnis des Vertragsgegners, sondern ausschließlich vom Willen des Kündigenden.

Deshalb ist die jetzt getroffene Lösung nur eine Scheinlösung des ganzen Problems. Sie wird vielleicht in vereinzelten Fällen eine geringe Kostenersparnis zeitigen, in der übergroßen Mehrzahl aus falsch verstandenen grundsätzlichen Erwägungen aber das alte Verfahren umständlich einleiten und ohne Zweifel fast ausnahmslos wesentlich verzögern. Im Effekt also eine prozeßtechnische Veränderung oder richtiger die Möglichkeit zu einer solchen, inhaltlich aber nicht wesentlich und nichts besseres Neues. Da das Vorverfahren von Ausnahmefällen abgesehen, doch zum Prozeß führen muß, werden die Mehrzahl der Vermieter sehr bald erkennen, daß der ins neue Gesetz übernommene alte Weg der Mietaufhaltungsklage auch künftig der geeignetere ist. Dazu kommt noch eines: bei den Richtern, die vielfach seit mehreren Jahren den Abteilungen der Mieterschutzgerichte vorstehen, hat sich eine außerordentl. Erfahrung und Einfühlung ausgebildet. In vielen Fällen gelingt es noch im Güteverfahren im ersten oder zweiten Termin eine Vergleichsmöglichkeit zu finden, die für beide Parteien befriedigend ist. Derartige Ergebnisse, die häufig eine Trennung von Vermieter und Mieter innerhalb einer bestimmten den individuellen Verhältnissen angepaßten Frist ermöglichen, sind aber nur im kontradiktorischen Verfahren erreichbar. Auch aus diesem praktischen Gesichtspunkte heraus werden Kündigungsschreiben und Räumungsbefehl die Verhandlung, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, nicht entbehrlich machen können.

Die materiellrechtlichen Aenderungen des Gesetzes sind unbedeutend. In § 4 des Gesetzes ist die dem Vermieter günstigen Bestimmung aufgenommen worden, daß künftig der Umstand mitzuberücksichtigen ist, daß der Vermieter den Mietraum aus beruflichen Gründen dringend braucht. Die Bestimmungen über Werkswohnungen sind gelockert. Die vielbekämpfte Vorschrift, wonach die Länder berechtigt sind, Ausnahmen von den reichsgesetzlichen Bestimmungen anzuordnen, ist aufrecht erhalten. Die wesentlichen Vorschriften treffen auch künftig ausschließlich die Länder. Eine Zusammenstellung der Maßnahmen der obersten Landesbehörden der deutschen Länder über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft auf dem Gebiete des Mieterschutzrechtes gibt ein geradezu erschreckendes Bild der Uneinheitlichkeit. Elf Spezialmaterien haben in den einzelnen Ländern bis zu 15 verschieden gestaltete Regelungen erfahren. Die einzelnen Fälle betreffen a) möblierte Zimmer, b) leere Zimmer, c) Mieträume in Gasthöfen und Fremdenheimen, d) Untermietverhältnisse, e) möblierte Wohnungen, f) sogenannte teuere Wohnungen, g) Wohnungen in öffentlichen Gebäuden usw., h) beschlagnahmefreie Räume (nur in Hamburg), i) große Geschäftsräume, k) sonstige Geschäftsräume, l) sonstige Räume. In Baden hat die Oberste Landesbehörde bisher eine Sonderregelung durch die Lockerungsverordnung vom 13. Juli 1926 nur für Untermietverhältnisse, teuere Wohnungen und Geschäftsräume getroffen. Die von der Mehrheit des Landtags mehrfach verlangte Neuregelung dieser Materien im Sinne weiteren Abbaus ist nach der Erklärung, die Minister Remmele kürzlich im Landtag abgab, nach Inkrafttreten der reichsgesetzlichen Bestimmungen über Mieterschutz zu erwarten.

Das Gesetz zur Aenderung des Mieterschutzgesetzes tritt am 1. April 1928 in Kraft.

Auf dem Gebiete des Reichsmietengesetz enthielt das Aenderungsgesetz vom 14. Februar d. J. einen bedeutsamen, von der Deutschen Volkspartei lange erstrebten Fortschritt. Die allseits bekannte Bestimmung, wonach jeder Mieter jederzeit die gesetzliche Miete verlangen kann, ist wesentlich eingeschränkt. Die gesetzlich sanktionierte Unmoral ist zwar noch nicht beseitigt, aber der Anfang zu einer Vertragssicherheit im Raummietrecht ist wenigstens nunmehr gemacht.

Unkenntnis des Gesetzes schützt nicht vor Strafe

Von Dr. jur. L. **Hartmann**

Es kann heute dem gewissenhaftesten und rechtskundigsten Staatsbürger geschehen, daß er ungewollt mit dem Strafgesetz in Konflikt gerät, weil er das gerade in Frage kommende Gebot oder Verbot nicht kennt. Denn es gilt das Wort: Unkenntnis des (Straf-)Gesetzes schützt nicht vor Strafe. Leider versteht man unter „Strafgesetz" bei uns in Deutschland nicht nur das seit 1869 geltende Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes, sondern auch alle die Polizeiverordnungen höchster und niedrigster Behörden. Das obige Rechtssprichwort führte zu unhaltbaren Zuständen, als während des Krieges Bundesrat und Militärbefehlshaber eine Verordnung nach der andern erließen. Vor diesen beiden Gesetzgebern rettete immerhin die Rechtsirrtum-Verordnung von 1917, die zwischen entschuldbarem und unentschuldbarem Irrtum unterschied.

Im übrigen aber folgten die Gerichte der Auffassung des Reichsgerichts, daß ein strafrechtlicher Irrtum ganz ohne Einfluß auf die Strafbarkeit des Täters sei. Der Richter setzt also von jedem Staatsbürger voraus, daß er alle Strafgesetze kennt. Wer einen Jungen, der ihn bestohlen hat, verprügelt, weil er sich dazu für berechtigt hält, wird trotz seines guten Glaubens bestraft.

Anders verhält es sich mit dem sogenannten Tatsachen-Irrtum. Wer einen fremden Gegenstand in die Tasche steckt, in der irrigen Annahme, er wäre sein Eigentum, braucht sich nicht ohne weiteres als Dieb einsperren zu lassen. Aber in der Praxis läßt sich oftmals nicht unterscheiden, ob ein strafrechtlicher oder ein Tatsachen-Irrtum vorliegt. Recht willkürlich ist ferner die Gewohnheit des Reichsgerichts, die Unkenntnis solcher Gesetze, die nicht zur Strafgesetzgebung gehören, ebenso zu behandeln wie den Tatsachen-Irrtum. So wurde jemand, der einen öffentlichen Aufzug veranstaltete, bestraft, weil er nur die Zustimmung des Bürgermeisters besaß, was er irrtümlich für ausreichend hielt (Reichsgericht Bd. 20, S. 205). Dagegen kam jemand anders, dem die Bewilligung zum Besitze von Dynamit von zuständiger Stelle erteilt wurde, straflos davon, weil es sich um eine staatliche Verordnung außerhalb des Strafgesetzes gehandelt hatte (RG. 12, 431).

Diese Auffassung des Reichsgerichts war zwar für die Gerichte maßgebend, begegnete aber starken Widerspruch.

Unter den mancherlei Neuerungen des Strafgesetzentwurfs, dessen allgemeinen Teil der Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform kurz vor Weihnachten in erster Lesung durchberaten hat, gehört auch die Regelung der Bestimmungen über den Irrtum. Der ursprüngliche Entwurf hatte die Unterscheidung zwischen strafrechtlichem und außerstrafrechtlichem Irrtum ganz aufgegeben. Der Tatbestands-Irrtum wurde anfänglich überhaupt nicht erwähnt. In der Ausschußberatung ist die Frage gemäß dem Antrag des Geh. Justizrats Professor Dr. Kahl nunmehr im § 20 wie folgt entschieden worden:

„Wer irrtümlich einen Sachverhalt annimmt, der die Tat rechtfertigen oder den Täter straffrei lassen würde, kann wegen vorsätzlicher Begehung nicht, wegen fahrlässiger Begehung nur dann bestraft werden, wenn der Irrtum auf Fahrlässigkeit beruht.

Handelt der Täter vorsätzlich, aber in einem entschuldbaren Rechtsirrtum, der ihn das Unrechtmäßige seiner Tat nicht erkennen läßt, so ist er straffrei; ist der Irrtum nicht entschuldbar, so ist der Täter strafbar, aber milder zu bestrafen."

Zwar werden nicht alle Wünsche erfüllt, die sich in dieser Beziehung an das zukünftige Strafgesetzbuch knüpfen. Gegenüber dem bisherigen Zustande aber bedeutet die obige Regelung zweifellos einen Fortschritt, weil sie ein hartes Rechtssprichwort beseitigt.

Auch in dieser Bestimmung offenbart sich wie in dem ganzen Entwurf das Bestreben, die Tätigkeit des Richters nicht durch eng gefaßte Formulierungen einzuschränken, sondern ihr einen tunlichst weiten Spielraum zu gewähren. Dem Richterstande erwachsen damit neue dankbare, aber oft auch schwierige Aufgaben, die vor allem soziale und psychologische Kenntnisse voraussetzen.

Gewerbesteuerfreiheit der Angestellten

Alle stehenden Gewerbe unterliegen der Gewerbesteuer. Zum Begriff des Gewerbetreibenden gehört aber eine selbständige Tätigkeit. Diese liegt nicht vor, wenn der Leistende nicht nur seine bestimmten Leistungen, sondern auch seine ganze, genau kontrollierte, Arbeitskraft dem Arbeitgeber schuldet. Wenn der Arbeitgeber Herr über die Arbeitszeit des Angestellten ist, wenn er ihm genau seine Geschäftstätigkeit, seine Geschäftsgänge vorschreibt, so ist der Angestellte kein selbständiger Gewerbetreibender, auch wenn er nach außen hin als selbstständig erscheint, besonders den Kunden gegenüber, die nicht wissen, wie das innere Anstellungsverhältnis tatsächlich ist.

Als selbständiger Gewerbetreibender kann nur gelten, wer unter eigener persönlicher Verantwortung, nach eigener Weisung, unabhängig von der Aufsicht eines anderen das Gewerbe betreibt. Obige grundsätzliche Ausführungen, die von der Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte gebilligt werden, sind maßgebend für Versicherungsvertreter, Provisionsreisende, Außenbeamte von Unternehmungen, die nach außen hin als selbständig erscheinen ohne es rechtlich zu sein. Auf Grund dieser Darlegungen kann Gewerbesteuerfreiheit dieser Vertreter mit Erfolg beansprucht werden. Es sei bemerkt, daß es natürlich zahlreiche Abstufungen in der Praxis geben kann, daß es sehr viel auf den Einzelfall und die vertraglich getroffene Regelung ankommt, daß aber im Allgemeinen der Begriff der Selbstständigkeit für die Gewerbesteuerpflicht unbedingt vorliegen muß.

Rechtsanwalt Dr. Otto Simon-Mannheim.

Rücksichtsloses Fahren von Kraftfahrzeugen auf schmutzigen Straßen

Grober Unfug — Pflicht zu Warnungszeichen

Ein ordentlicher Verkehr auf der Straße verlangt von jedem Teilnehmer eine gegenseitige Rücksichtnahme, die nur zu oft von vorbeirasenden Kraftfahrzeugen außer Acht gelassen wird. Insbesondere muß es das Publikum als außerordentliche Belästigung empfinden, wenn es durch rücksichtsloses Fahren eines Kraftfahrzeugführers auf schmutziger Straße mit Schmutz etc. bespritzt wird.

Bisher konnte in letzteren Fällen gegen rücksichtslose Fahrer strafrechtlich nicht vorgegangen werden. Dies ist jetzt anders geworden, nachdem das höchste bayerische Gericht — das Oberste Landesgericht in München — sich in einigen neuesten Urteilen dahin ausgesprochen hat, daß im rücksichtslosen Fahren eines Kraftfahrzeugführers auf schmutziger Straße, durch das andere Verkehrsteilnehmer mit Schmutz bespritzt werden oder auch nur bespritzt werden können, der Tatbestand des groben Unfugs erblickt werden kann. Das Gericht stellt u. a. auf, daß das Strafgesetzbuch in § 360, Ziff. 11, von jedem Teilnehmer am öffentlichen Verkehr die durch die Verkehrssitte gebotene gegenseitige Rücksichtnahme verlange, die auch vom Führer eines Kraftfahrzeuges gefordert werden müsse. Ein Zuwiderhandeln gegen die angegebene Vorschrift sei dann gegeben, wenn die Spritzwirkung eines Kraftwagens eine gröbliche Belästigung des Publikums darstellt und über das Maß der unvermeidbaren und von der Allgemeinheit billigerweise zu ertragenden Einwirkung erheblich hinausgeht. Richtet sich dagegen der „Spritzangriff" des Wagenführers gegen eine bestimmte einzelne Person aus Gründen, die in dem Verhältnis des Führers zu dieser Person liegen mögen, so ist der Tatbestand des groben Unfugs nicht anzunehmen. Der Angriff wird aber auch hier zum groben Unfug, wenn er geeignet ist, unmittelbar auch die Allgemeinheit in Mitleidenschaft zu ziehen und zu belästigen.

Durch das Urteil des Obersten Landesgerichts vom 13. Mai 1927, Rev. Reg. I 171/27, findet auch § 19 des Kraftfahrzeuggesetzes eine neue, weitergehendere Auslegung. Nach der Ansicht des Gerichts begründet auch die Gefahr, daß andere Verkehrsteilnehmer durch die Schleuderwirkung des Kraftfahrzeuges bei schmutziger Straße besudelt werden, die Pflicht des Kraftfahrzeugführers, die Annäherung seines Fahrzeuges durch Signale anzuzeigen. Wie das Urteil sagt, soll dem Führer eines Kraftfahrzeuges damit keineswegs zuviel an Rücksichtnahme auf das Publikum zugemutet und nichts angesonnen werden, was er nicht ohne unbillige Belastung leisten könnte. Ein lebhafter Verkehr ist nicht Voraussetzung für die Pflicht des Wagenführers, Warnungssignale zu geben. Auch die bloße Möglichkeit und die einfache subjektive Annahme des Kraftfahrzeugführers, die Passanten könnten das Herannahen des Wagens am Geräusch gemerkt haben, entbindet den Wagenführer ebenfalls nicht von seiner Pflicht, gemäß § 19 Kr.F.Z.G. rechtzeitig deutlich hörbare Warnungszeichen zu geben. Er ist dieser Pflicht nur dann enthoben, wenn er im einzelnen Fall, insbesondere aus dem Verhalten der beteiligten Straßenpassanten, bestimmte und verlässige Anhaltspunkte dafür hat, daß die zu warnenden Personen von der Annäherung seines Kraftwagens schon ganz bestimmte Kenntnis haben.

Die Stellungnahme des bayerischen Obersten Landesgerichts ist im Interesse eines ordentlichen Straßenverkehrs nur zu begrüßen; sie ist nicht nur für Bayern, sondern auch für alle übrigen deutschen Länder insofern von allergrößter Bedeutung, als hier reichsgesetzliche Vorschriften ausgelegt werden und im Interesse einer einheitlichen Rechtsprechung die anderen deutschen Länder sich wohl den Standpunkt der bayerischen Gerichte aneignen werden.

Dr. jur. A. Sefrin.

Ausgleichsanspruch gegen den Grundstückserwerber

Die Härten und Ungerechtigkeiten, die darin liegen, daß Hausverkäufer in der Inflation ihre gesamte Habe verloren haben, und jetzt noch Aufwertungsansprüche leisten müssen, wird durch Ausgleichsansprüche gegen den Grundstückserwerber häufig gutgemacht werden können. Das Reichsgericht geht hierin neuerdings im Interesse der früheren Hausverkäufer sehr weit. Es sind folgende Fälle zu unterscheiden:

Einmal der Grundstückserwerber hat die Verpflichtung übernommen, die Hypotheken zu bereinigen. In Fällen solcher Art kann der Veräußerer mit Erfolg seine ihm gegenüber gemachten Aufwertungsansprüche gegen den Erwerber geltend machen.

Sodann aber ist der weitere Fall denkbar, daß der Erwerber alle seine Verpflichtungen aus dem Kaufvertrag bereits erfüllt hat, und jetzt neuerdings Ansprüche kommen, die im Kaufvertrag nicht enthalten sind. Auch in diesem Falle hat jetzt ganz neuerdings das Reichsgericht entschieden, daß auch bei völlig abgewickelten Verträgen, bei Hypotheken, die zur Zeit des Kaufs bereits gelöscht waren, eine weitere Aufwertungslast dieser Art den Grundstückserwerber trifft. Die Erschütterung, welche alle Geschäftsgrundlagen durch die Aufwertungsgesetzgebung erlitten haben, zwingt dazu, auch in diese längst abgewickelten Geschäfte einzugreifen, und dem Hypothekengläubiger zu helfen, welcher ohnehin durch den Verlust des dinglichen Anspruchs geschädigt und auf den persönlichen Anspruch gegen den Veräußerer beschränkt ist. Dem Veräußerer würde oft der Härteparagraph zu Gute kommen, sodaß der Gläubiger überhaupt nichts erhält. Diese schwere Schädigung des Gläubigers wird vermieden, wenn der Härteparagraph dadurch ausgeschaltet werden kann, daß der Veräußerer einen Ausgleichsanspruch auch bei bereits längst abgewickelten Geschäften gegen den Grundstückserwerber vom Reichsgericht zugesprochen erhalten hat. O. S.

Verantwortlich: Chefredakteur Kurt Fischer.

braucht tüchtige Staatsbürgerinnen, denkende Hausfrauen, tüchtige Mütter und Erzieherinnen. Menschen, die mit klarem Blick ins Leben sehen, und wir wünschen und hoffen, daß die zukünftige Schule solche Menschen heranbildet, daß einer großen Anzahl von jungen Mädchen die Möglichkeit gegeben wird, diese Schule zu besuchen. Das ist unser dringender Wunsch. Wir richten deshalb an den Stadtrat und Bürgerausschuß die Bitte, er möge uns hier unterstützen und möge seine Zustimmung geben, daß gleich an Ostern die Schule mit drei Klassen eröffnet werden kann.

Beigeordneter Käpsel: Ich bin dankbar für die Anregungen. Was die Errichtung der 3. Klasse anbelangt, so wurde diese vom Stadtrat bewilligt, wodurch eine Mehrbelastung von 10 000 ℳ eintritt.

Fräul. Berg (Ztr.) ist bei der Unruhe des Hauses schwer verständlich. Ich persönlich stimme der Vorlage zu. Ich hoffe, daß der Zeitpunkt nicht allzu fern liegt, wo anstelle der freiwilligen die Pflichtschule tritt. Die Frau in der Familie ist nicht nur die Schlüsselträgerin des Brotkastens, den der Mann zu füllen hat, sie ist insbesondere die Mitbegründerin des häuslichen Glückes, des ehelichen Friedens. Es ist bekannt, daß die Ehescheidungen in erschreckendem Maße zugenommen haben. Es wird da oft behauptet, die Frau braucht zuviel Geld, sie kann nicht wirtschaften. Dieser Vorwurf ist nicht immer berechtigt. Es lehren uns die Erfahrungen, daß die Gründung von Familien ohne genügende wirtschaftliche Ausbildung der Frau für den Staat große Belastungsproben mit sich bringt. Wir müssen hier nach Kräften entgegenkommen. Die Vorlage zeigt großes Wohlwollen gegenüber den Volksschülerinnen. Unter den Pflichtfächern ist auch die Körperpflege und die geistige Erziehung des Säuglings vorgesehen. Das ist heute, wo die Bevölkerungsfrage in Deutschland so brennend ist, sehr wichtig. Warum scheut die Frau das Kind? Nicht allein aus wirtschaftlicher Not, nicht allein wegen der Wohnungsnot, sondern auch aus Furcht vor der Arbeit. Da ist es also wichtig, daß die Mädchen schon früh mit der Pflege für das Kind vertraut gemacht werden. Wir freuen uns, daß der Volksschülerin heute, wo so viele Arbeitskräfte brach liegen, Zeit und Gelegenheit gegeben wird, sich gründlich vorzubereiten und auszubilden für den Hausfrauenberuf, zum eigenen Wohle der Familie und nicht zuletzt zum Wohle für das Staatsganze. (Bravo.)

Stv. Frau Kehl (Soz.): Wir begrüßen diese Schule, weil sie einem Bedürfnis entgegenkommt. Für die Mädchen ist sie von großem Vorteil. Begrüßenswert ist es auch, daß das Schulgeld nicht zu hoch angesetzt ist. Wir wünschen der Schule einen guten Erfolg und eine gute Entwicklung.

Frau Wagner (Komm.): Auch meine Fraktion wird dieser Vorlage zustimmen.

Frau Stv. Welckert (D. Vp.): Wo alles redet, kann ich allein nicht schweigen. Meine Fraktion stimmt der Vorlage zu. Wir freuen uns, daß durch Einrichtung der Hausfrauenschule unseren fleißigen Volksschülerinnen die Möglichkeit gegeben wird, in gehobenere Berufe einzutreten und Lust und Liebe zu ihrem natürlichen Beruf, dem der Hausfrau und Mutter zu gewinnen.

Oberbürgermeister Dr. Kutzer: Es hat alles zugestimmt. Die Vorlage ist angenommen. Es ist schon 9 Uhr. Können wir die Sitzung nicht vertagen? Oder können wir mit der Beratung der Vorlage über den Herzogenriedpark aufsehen?

Hiermit ist alles einverstanden.

Herstellung einer Kehrschleife der Straßenbahn beim Flugplatz

Stadtratsbeschlüsse: Beim Flugplatz Neuostheim ist eine Kehrschleife der Straßenbahn herzustellen. Die Kosten mit 90 000 ℳ sind in zehn Jahren, erstmals 1929, der Wirtschaft zu entnehmen.

Stv. Vorst. Hahn (Soz.): In Anbetracht der vorgerückten Zeit möchte ich keine großen Ausführungen machen. Der Stadtverordnetenvorstand empfiehlt Ihnen die Annahme der Vorlage.

Oberbürgermeister Dr. Kutzer: Die Vorlage ist angenommen.

Herstellung der Jägerstraße zwischen der Baumstraße und der Siedelungsgrenze der Baugesellschaft für Kleinwohnungen im Stadtteil Käfertal

Stadtratsbeschlüsse: Die Eigentümer der an der Jägerstraße zwischen der Baumstraße und der Siedelungsgrenze der Baugesellschaft für Kleinwohnungen im Stadtteil Käfertal angrenzenden Grundstücke werden nach Maßgabe des § 22 des Ortsstraßengesetzes und der allgemeinen Grundsätze der Stadt Mannheim vom 27. Juli 1909 in der Fassung vom 11. Januar 1924 zur Tragung der Straßenkosten in dem in der Beizugsliste festgestellten Umfange beigezogen.

Stv. Vorst. Rheinecker (Wirtsch. Vereinigg.): Der Stadtverordnetenvorstand hat die Vorlage geprüft und empfiehlt sie zur Annahme.

Oberbürgermeister Dr. Kutzer: Die Vorlage ist angenommen.

Herstellung der Gartenfeldstraße und der Pyramidenstraße

Stadtratsbeschlüsse: Die Eigentümer der an a) die Gartenfeldstraße zwischen Stockhorn- und Pumpwerkstraße, b) die Gartenfeldstraße zwischen Pumpwerk- und Zeppelinstraße, c) die Pyramidenstraße zwischen Zeppelinstraße und der Reichsbahn angrenzenden Grundstücke werden nach Maßgabe des § 22 des Ortsstraßengesetzes und der allgemeinen Grundsätze der Stadt Mannheim vom 27. Juli 1909 in der Fassung vom 11. Januar 1924 zur Tragung der Straßenkosten in dem in der Beizugsliste festgestellten Umfange beigezogen. Bezüglich der Angrenzer an die unter b) und c) bezeichneten Straßen bleibt eine nachträgliche Erhöhung der Beiträge um die Kosten für den Erwerb des Straßengeländes vorbehalten für den Fall, daß dieses nicht im Umlegungsverfahren der Stadt zufällt.

Stv. Rheinecker (Wirtsch. Vereinig.): Der Stadtverordnetenvorstand empfiehlt Ihnen auch die Annahme dieser Vorlage.

Oberbürgermeister Dr. Kutzer: Die Vorlage ist angenommen.

Entwässerung der Zündholzfabrik Mannheim-Rheinau

Stadtratsbeschluß: Zur Entwässerung der Zündholzfabrik Mannheim-Rheinau und der später noch zur Bebauung vorgesehenen Geländefläche zwischen Bahnhof Rheinau und der Zündholzfabrik ist in der Landstraße 2 vom Bahnhof Rheinau bis zur Zündholzfabrik ein Siel von 830 m Länge mit einem aus Anlehen zu deckenden Aufwand von 47 000 Mk. zu verlegen.

Stv. B. Rheinecker (Wirtsch. Vereinig.): Diese Vorlage empfiehlt Ihnen der Stadtverordnetenvorstand gleichfalls.

Oberbürgermeister Dr. Kutzer: Die Vorlage ist angenommen. Ich möchte darüber abstimmen lassen, ob die Vorlage über den Herzogenriedpark jetzt noch behandelt werden soll oder nicht.

Die Abstimmung ergibt eine Mehrheit für die sofortige Erledigung dieser Vorlage.

Anlage des Herzogenriedparks in der Neckarstadt

Stadtratsbeschluß: Der erste Teil des geplanten Herzogenriedparks wird nach den Plänen des Hochbauamts ausgeführt. Der erforderliche Aufwand von 200 000 ℳ wird durch Einstellung gleicher Raten in den Voranschlag für die Rechnungsjahre 1928—1932 gedeckt.

Stv. Vorst. Hahn (Soz.): Die Vorlage wird von der Bevölkerung Mannheims begrüßt, insbesondere von den Einwohnern der Neckarstadt. Wir waren uns klar, daß im Augenblick, wo die Kleingärtner räumen müssen, diese davon außerordentlich unangenehm betroffen werden. Weiter sind wir uns klar, daß, sobald die Arbeiten für den Herzogenriedpark begonnen werden sollen, die in Betracht kommenden Kleingärtner eben räumen müssen, daß ihnen aber Gelände zur Verfügung gestellt werden muß, damit sie dort auf dem Dauergelände sich neu ansiedeln können. Der Stadtverordnetenvorstand empfiehlt Ihnen die Annahme der Vorlage.

Stv. Köhler (Komm.): Diese Vorlage wird zum Teil dem Rechnung tragen, was die Neckarstadt-Bewohner schon lange für sich in Anspruch nehmen. Wir verlangen, daß den Kleingärtnern erstens ein guter Boden und zweitens Dauergelände zur Verfügung gestellt wird, und daß sie für ihren Ausfall entsprechend entschädigt werden.

Stv. Frölschinger (Dischntl.): Wir gehen an diese Vorlage mit Freuden heran, weil dadurch endlich einmal ein lang erhaltener Wunsch in Erfüllung geht. Ich darf wohl bitten, daß diese Vorlage einstimmig zur Annahme gelangt.

Stv. Fischer (USP.): Die Garteninhaber sehen diese Vorlage mit gemischten Gefühlen an. Es sind ungefähr 400 Gartenlubaber, die in Frage kommen. Diesen müßten jedem mindestens 50 ℳ als Entschädigung gegeben werden, das wäre ein Aufwand von zusammen 20 000 ℳ. In dieser Beziehung ist nichts geschehen. Wenn wir heute der Vorlage zustimmen, so verlangen wir, daß man den Gartenlubabern Gelände zuweist.

Stv. Knecht (Soz.): Man hat uns den Neckarpark genommen und hat uns lange genug auf den neuen Park warten lassen. Es ist notwendig, daß etwas schneller gearbeitet wird. Den geschädigten Kleingärtnern muß baldigst Ersatz gegeben werden. Ich bin dafür, daß auf dem schnellsten Wege Dauergelände für die Kleingärtner geschaffen und noch in diesem Sommer erstellt wird. Es muß möglich sein, die Wünsche der Kleingärtner zu erfüllen. Meine Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Stv. Ihald (Ztr.): In Anbetracht der vorgerückten Zeit möchte ich mich kurz fassen. Wir stimmen der Vorlage zu und geben gleichzeitig dem Wunsche Ausdruck, den schon der Stadtverordnetenvorstand ausgesprochen hat.

Stv. Schneider (Wirtsch. Vereinigg.): Ich möchte unterstreichen, was meine Vorredner gesagt haben und möchte hoffen, daß endlich einmal etwas Gutes für die Neckarstadt herauskommt. (Bravo!)

Oberbürgermeister Dr. Kutzer: Ich möchte feststellen, daß niemand gegen die Vorlage ist. Sie ist angenommen.

Schluß der Sitzung: 9.10 Uhr.

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer Bürgerausschuß

Nr. 2 — Eigenbericht — 1928

Sitzung
am 6. März 1928

Tagesordnung

Mitteilungen
Gemeindesteuer 1927
Rechnungsmäßige Erübrigungen im Haushaltjahr 1926
Regelung der Besoldungsverhältnisse der Beamten und Angestellten
Uebernahme der Sozialen Frauenschule in städtische Verwaltung
Errichtung einer Freiwilligen Hausfrauenschule
Anlage des Herzogenriedparks in der Neckarstadt
Herstellung einer Kehrschleife der Straßenbahn beim Flugplatz
Herstellung der Jägerstraße zwischen der Baumstraße und der Siedelungsgrenze der Baugesellschaft für Kleinwohnungen im Stadtteil Käfertal
Herstellung der Gartenfeldstraße und der Pyramidenstraße
Entwässerung der Zündholzfabrik Mannheim-Rheinau.

Anwesenheitsliste

Stadträte:

Oberbürgermeister Dr. Kutzer, Bürgermeister Ritter, Dr. Walli und Böttiger; Stadträte Braun, Eckert, Gulden, Haas, Horst, Komm, Kuhn, Lechleiter, Leyl, Ludwig, Perrey, Reidel, Schmitt, Schneider, Schnell, Süß, Trautwein, Trumpfheller, Bath, Vogel, Dr. Wittsack, Zimmermann.

Stadtverordnete:

Arnold, Alpenleiter, Maria Berg, Binninger, Therese Blase, Bösiger, Brückelmayer, Dreikuß, Fischer, Friedel, Fritz, Fröhlich, Gerrecht, Göttenhofer, Gruber, Berta Gulde, Haas, Hahn, Herkel, Heilinger, Heyme, Dr. Hirschler, Alice Hoffmann, Ihald, Dr. Jellesohn, Jörig, Frölschinger, Kaiser, Lina Kehl, Kleine, Knecht, Köhler, Köhler jr., Kolb, Kraft, Kuß, Lemel, Dr. Martin, Maner-Dinkel, Menth, Dr. Mockel, Morell, Mundhaas, Peter Müller, Wilhelm Müller, Noll, Nörr, Dr. Oetzenheim, Ohmann, Dr. Petersen, Rath, Reisenberg, Rheinecker, Ried, Roy, Röhnert, Rücker, Scheel, Schindler, Schneider, Schwarz, Schweiser, Sicker, Staudt, Stephan, Dr. Stern, Stockert, Stug, Dr. Thelen, Tißloff, Volk, Henriette Wagner, Dr. Waldeck, Waldecker, Walther, Wehner, Elisabeth Welckert, Dr. Wolthard.

Sitzungsbericht

Oberbürgermeister Dr. Kutzer eröffnete die öffentliche Sitzung um 5 Uhr. Es wurde in der Tagesordnung fortgefahren.

Mannheim und die Gasversorgung

Bürgermeister Ritter führte bei dem Punkte: Mitteilungen über die vorliegende Frage folgendes aus:

In Mannheims Umgebung hat der Gedanke der Gruppengasversorgung schon vor längerer Zeit greifbare Formen angenommen. An das Mannheimer Gaswerk wurden im Laufe der letzten zwei Jahre folgende Gemeinden angeschlossen, die seitdem ihren gesamten Gasbedarf durch Bezug von Mannheim decken: Weinheim, Viernheim, Seckenheim, Friedrichsfeld, Ladenburg, Neckarhausen, Ilvesheim, Edingen und Wallstadt; der Anschluß weiterer Gemeinden wird im Auge behalten. Das Versorgungsgebiet des Mannheimer Gaswerks weist mit den bestehenden Erweiterungen immerhin eine Bevölkerungszahl von rund

305 000 Einwohnern

auf gegenüber 250 000 vor dem Anschluß. Bei dem Anschluß zeigte es sich, daß es für die genannten Gemeinden, die zum großen Teil die Gasversorgung mit ihren bekannten Annehmlichkeiten selber überhaupt entbehrten, besser und finanziell vorteilhaft ist, im Rahmen der Gruppengasversorgung Mannheim ihren Gasbedarf zu decken, als die großen finanziellen und sonstigen Lasten und Risiken auf sich zu nehmen, die die Errichtung eines eigenen Gaswerks oder die Erweiterung bezw. Erneuerung bestehender Anlagen verursacht. In der Reihe der Fernversorgungsgemeinden verdient besondere Beachtung die Einbeziehung der hessischen Gemeinde Biernheim in den Mannheimer Versorgungsradius, die ein Beweis dafür ist, daß moderne wirtschaftliche Erwägungen auch vor den Landesgrenzen nicht Halt machen und nicht Halt machen dürfen. In Zeiten der Rationalisierung der deutschen Wirtschaft in allen Teilen ist der Wirtschaftsweg der kommunalen Gasversorgung in hervorragendem Maße geeignet, im Wege des gemeinsamen Vorgehens und der Verständigung der Kommunen Resultate zu erzielen, die in gleicher Weise den Gaswerken wie der Bevölkerung zugute kommen.

Dies war auch der Grundgedanke zu dem neuerdings abgeschlossenen

Interessengemeinschaftsvertrag Mannheim—Frankfurt

und der auf Grund dieses Vertrages erfolgten Gründung der Südwestdeutschen Gas A. G. Die Interessengemeinschaft wurde vereinbart mit dem Zweck, bei der Belieferung anderer außerhalb des eigenen Versorgungsgebietes liegender Bedarfsgemeinden und sonstiger Großabnehmer gemeinsam zu handeln. Die Selbständigkeit der Werke, d. h. ihr eigenes leitbares Versorgungsgebiet wird von dem Vertrag nicht berührt; auch auf die Gestaltung des Gaspreises, der zur Zeit in Mannheim billiger ist als in Frankfurt, hat der Vertrag entgegen hier laut gewordenen Befürchtungen ebenfalls keinen Einfluß, denn die Vertragsvarteien sind innerhalb ihres leitbaren Versorgungsgebietes (einschl. bereits bestehender Verträge mit Fernversorgungsgemeinden)

genau so selbständig wie zuvor

Die Interessen erstrecken sich anschließlich auf das zum großen Teil hessische Gebiet zwischen Mannheim und Frankfurt, an deren Wahrnehmung die Südwestdeutsche Gas A. G. mit dem Sitz in Frankfurt gegründet wurde. Das Aktienkapital beträgt vorläufig 50 000 Mk. Inzwischen ist der Betrag vom Aufsichtsrat auf 1 Million erhöht worden. Der Aufsichtsrat ist paritätisch zusammengesetzt, sämtliche Mitglieder sind Vertreter der Kommunen. Der Vorsitzende im Aufsichtsrat wechselt zwischen den Oberbürgermeistern der beiden Städte. Der Gesellschaft obliegt die Aufgabe, Gaslieferungsverträge abzuschließen und die zur Erfüllung der Verträge erforderlichen Gasmengen aus den Werken der Gründer zu beziehen und zu verteilen. Umfang und Finanzierung richtet sich nach der Ausdehnung der beabsichtigten Versorgungen. Vorläufig sollen die einzelnen Orte nur unter sich verbunden werden, bis schließlich, wenn die Entwicklung der Versorgung es gestattet, die Werke der beiden Städte durch eine direkte Verbindungsleitung zusammengeschlossen werden.

Der Interessengemeinschaftsvertrag, auf Grund dessen erst die Gesellschaft gegründet worden ist, ist ebenfalls auf eine völlig paritätische Behandlung der beiden Vertragsschließenden abgestellt. Nach diesem Vertrag verpflichten sich die Parteien, der Südwestdeutschen Gas-Aktiengesellschaft ein Gas von möglichst gleicher Beschaffenheit zu liefern, jedoch besteht eine Verpflichtung zur Lieferung nur insoweit, als die Leistungsfähigkeit der Werke bei Versorgung des Eigengebiets die Uebernahme der Lieferung zuläßt. Diese Bestimmung ist für Mannheim wichtig, da sie jede Gefahr für das Mannheimer Versorgungsgebiet ausschließt. Die Parteien verpflichten sich ferner, den Preis für das Gas, welches sie der Südwestdeutschen Gas-Aktiengesellschaft liefern, gleichzustellen. Jedoch darf weder dem Mannheimer, noch dem Frankfurter Werk zugemutet werden, das Gas zu einem Preis zu liefern, der nicht die Selbstkosten des Werkes deckt. Auch diese Bestimmung ist von wesentlicher Bedeutung.

Die Möglichkeit einer Beteiligung Dritter an der Südwestdeutschen Gas-Aktiengesellschaft ist vorgesehen.

Falls nämlich Großabnehmer ihre Gasabnahme von der Beteiligung an der Aktiengesellschaft abhängig machen, soll ihnen die Möglichkeit dieser Beteiligung gegeben werden. Je-

doch ist hierbei eine Sicherung dafür geschaffen, daß die Stimmen-Mehrheit bei Frankfurt und Mannheim bleibt.

Eine gegenseitige Stärkung der Vertragschließenden gegenüber Ferngas Anbietenden, also etwa gegenüber der Aktiengesellschaft für Kohlenverwertung oder ähnlichen Unternehmungen, liegt darin, daß die Vertragschließenden sich über etwaige Verhandlungen mit Dritten gegenseitig jeweils zu verständigen haben und keine Verträge über den Bezug von Ferngas ohne gegenseitige Einvernahme tätigen können.

Erweiterung des Gemeinschaftsgebiets für spätere Fälle ist vorgesehen. Doch liegt dies allerdings noch in ferner Zukunft. Den vorläufig ist noch nicht einmal das vorgesehene Eigengebiet von den beiden Städten völlig beliefert.

Von dieser Art ist der Gedanke der Gruppengasversorgung in Deutschland einen mächtigen Schritt vorwärts gekommen. Sie bedeutet: nicht die zentrale Versorgung aus dem Anbrgebiet, auch nicht die Versorgung durch unabhängig eigene örtliche Gaserzeugungsstätten ist die ideale Lösung der Gasversorgungsfrage, sondern der

Anschluß kleiner und mittlerer Städte an technisch hochentwickelte und leistungsfähige Gaswerke bei Aufgabe eines weniger wirtschaftlichen Eigenbetriebs

und gegebenenfalls das gemeinschaftliche Vorgehen größerer Werke wie Frankfurt und Mannheim. Denn je mehr die Stellung der großen kommunalen Gaswerke gestärkt wird, um so geringer werden für die Monopolbestrebungen der Ruhrindustrie die Aussichten auf Erfolg.

Gemeindesteuer 1927

Stadtratsbeschluß: Zur Deckung des im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1927 aus der Grund- und Gewerbesteuer vorgesehenen Betrages von 8 811 900 RM. sind 138 Hundertteile der Steuergrundbeträge zu erheben.

Stv.-B. Dreifuß begründete die Vorlage und empfahl deren Annahme.

Stv. Dr. Jeselsohn (Dem.): Wir werden für die Vorlage stimmen, aber meinem Empfinden nach muß man vorsichtig sein. Ich halte es für meine Pflicht, es nochmals zu betonen, daß unbedingt vermieden werden muß, daß eine Tarifpolitik eingeschlagen wird, wie es bei den Hafenanlagen der Fall ist. Die Bemerkung ist durchaus richtig, daß sie heute einem Friedhof gleichen.

Oberbürgermeister Dr. Kutzer: „Steht das im Zusammenhang mit der Vorlage, wir haben keine Etatberatung."

Stv. Dr. Jeselsohn: Es steht damit im Zusammenhang, weil das Betriebsvermögen und der Gewerbeertrag zurückgehen, wenn im Hafen eine andere Politik getrieben wird. Ich will das nur erwähnen, damit in Zukunft eine Verbesserung eintritt. Das Betriebsvermögen und der Gewerbeertrag müssen zurückgehen, wenn nicht von Karlsruhe aus dafür gesorgt wird, daß im Hafen eine andere Politik getrieben wird. Der Kleingewerbetreibende im Hafen geht auf diese Weise kaput. Wir hoffen, daß unsere Landtagsabgeordneten in Karlsruhe diese Frage anschneiden.

Stv. Rörr (Komm.): Meine Partei ist gegen die Vorlage. Wir betrachten diese Gemeindesteuervorlage als unsozial, weil sie die Lebenshaltung der großen Masse noch weiter verschärft.

Stv. Dr. Moekel (Ztr.): Wir stimmen der Vorlage zu, aber wir sind der Ansicht, daß, nachdem es sich herausgestellt hat, daß wir einen Ueberschuß von einer Million haben, gar keine Erhöhung notwendig gewesen wäre. Ich möchte nur an dieser Stelle unserem Wunsche Ausdruck geben, daß Ueberschüsse in den Etat des nächsten Jahres übertragen werden sollten. Wir bitten in Zukunft Ueberschüsse vorzutragen in den neuen Etat, dann kann über dessen Verwendung beraten werden.

Stv. Hirschler (Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des kommunistischen Stv. Rörr und bemerkt: Es ist ein Irrtum, wenn St. Rörr meint, daß durch die Ermäßigung der Steuer die Grundstücke billiger werden. Es ist auch ausgeschlossen, daß mit einer Steuerermäßigung die Mieten billiger werden. Sie (zu der kommunistischen Fraktion gewendet), machen mit ihrem Antrag den Hausbesitzern und der Wirtschaftspartei ein Geschenk. Stv. Schneider freut sich schon darüber (Heiterkeit). Die kommunistische Fraktion muß ihren Standpunkt korrigieren. Die Hauptsache ist, daß nicht Tarife erhöht werden müssen für lebenswichtige Bedürfnisse, wie für Gas, Strom und Wasser.

Bei der folgenden Abstimmung wurde die Vorlage gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Rechnungsmäßige Erübrigungen im Haushaltjahr 1926

Stadtratsbeschlüsse: Aus den Erübrigungen des Jahres 1926 sind zu decken:

a) 182 400 Mk. Teilbetrag der Kosten der großen Spielplatzanlage nahe des Neuplatzes,

b) 160 800 Mk. Mehraufwendungen beim Erweiterungsbau der gynäkologischen und geburtshilflichen Abteilung des Krankenhauses,

c) 70 000 Mk. durch höhere Gewalt verursachte Mehrkosten bei Ausführung der Arbeiten am Neckarvorlande,

d) 80 000 Mk. Kosten der Gewinnung weiterer Amtsräume im Rathause N 1 durch Ausbau der gegen die südlichen Lichthöfe gekehrten Dachräume,

e) 76 000 Mk. Kosten der Verbesserung der Raumverhältnisse der Schloßbücherei und der anderweitigen Unterbringung der Sammlung von Gipsabgüssen.

Stv.-B. Dreifuß begründete die Vorlage und nahm zu den einzelnen Positionen Stellung. Der Stadtverordneten-Vorstand kann nicht einsehen, daß hier eine Dringlichkeit vorliegt, da andere dringendere Bedürfnisse vorher erledigt werden sollten. Bei der Position b ist ein Betrag von 160 800 Mk. für Mehraufwendungen vorgesehen. Der Stadtverordneten-Vorstand verwahrt sich allen Ernstes dagegen, daß in Zukunft solche Mehrausgaben ohne vorherige Genehmigung erfolgen dürfen. Wir sind der Ansicht, daß es sehr wohl möglich gewesen wäre, dem Bürgerausschuß eine Vorlage zu machen. Wenn ein Privatmann Arbeiten ausführen läßt, so sind die Preise einzuhalten, die vorher ausgemacht waren. Der Stadtverordneten-Vorstand muß die wenigen Rechte wahren, die dem Bürgerausschuß geblieben sind. Wir wollten diese Position ablehnen und haben erst in der letzten Sitzung davon Abstand genommen. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß wir ein zweites Mal ein solches Vorgehen gegen die Rechte des Bürgerausschusses nicht so ohne weiteres hinnehmen werden. Ich empfehle die Annahme der Vorlage.

Oberbaudirektor Eisler: Der Mehrbedarf für den Neubau der Gynäkologie, für den durch Beschluß beider Kollegien 772 000 Mk. bewilligt waren, beträgt 160 800 Mk. Dieser Betrag erscheint sehr hoch. Allein er ist begründet. Keiner der zahlreichen Bauten, die wir seit der Inflation errichteten, stand unter einem so unglücklichen Stern, wie der Neubau der Gynäkologie. Allein die Hälfte des Mehrbedarfs, nämlich 80 000 Mk., treffen auf Lohn- und Materialpreissteigerungen. Zur Zeit der Vorlage des Entwurfs an den Stadtrat Juli 1924 hatten wir mit einem Preisindex von 132 Prozent der Friedenspreise zu rechnen. Ende des Jahres 1924 begannen wir mit dem Bau. Zur Zeit der Fertigstellung des Baues, Ende des Jahres 1926, hatten wir mit 169 Prozent, also mit 37 Prozent mehr zu rechnen. Hierbei kommt noch in Betracht, daß in der Zwischenzeit der Index monatelang über diesen Satz hinaus sogar auf 182 Prozent, also um weitere 50 Prozent gegenüber dem Index zu Anfang des Baues gestiegen war. Demnach sind die erwähnten 80 000 Mk. für Lohn- und Materialpreissteigerungen durchaus begründet.

Weitere unvorherzusehende Ausgaben sind bei der Fundierung entstanden. Wir fanden Findlinge und Mauerreste von einer alten Uferbefestigung herrührend vor, die mit besonderen Kosten beseitigt werden mußten. Im Februar 1925 kam dann ein 9 Wochen dauernder Steinhauerstreik, im Juni darauf ein 11 Wochen dauernder Bauarbeiterstreik. Insgesamt 20 Wochen wurde gestreikt. Es ist klar, daß uns die Streiks nicht bloß in höhere Preisperioden hineinbrachten, sondern daß auch indirekt Kosten entstanden, die im Einzelnen sehr schwer nachzuweisen werden können. Aber ich gebe auch zu, daß der Kostenanschlag von Anfang an etwas knapp bemessen war. Allein als wir den Entwurf aufstellten, war die Preiskonjunktur zunächst eine fallende. Ueberdies ist durch die Inflation, das wird jeder Baufachmann bestätigen, die Sicherheit des Kalkulierens bei uns, wie noch mehr bei den Unternehmern, sehr ins Schwanken geraten. Ein Beweis dafür sind die bekannten Submissionsblüten, die niemals krasser in Erscheinung traten, als in den letzten Jahren. Ich glaube daher wohl, daß sachlich der Mehraufwand begründet ist.

Nun beanstandet man, daß wir von dem Mehrbedarf zu spät berichtet haben. Allein die Abrechnungsarbeiten erforderten sehr lange Zeit, weil es sehr schwierig war, den Endbetrag der zahllosen Leistungen, die sich durch verschiedene Preisperioden hindurch zogen, festzustellen. Und so konnten wir erst Ende Mai des vorigen Jahres einen abschließenden Bericht an den Oberbürgermeister erstatten.

Man würde dem Hochbauamt Unrecht tun, wenn aus dieser Nachtragsforderung allgemeine Schlüsse gezogen würden. Seit der Inflation sind vom Hochbauamt rund 18 Millionen Mark verbaut worden. Bei einzelnen Bauten hatten wir Ueberschreitungen, wie sie ja nicht immer zu vermeiden sind, bei anderen aber auch Einsparungen. Im Durchschnitt haben wir die uns seit der Festsetzung der Währung, also seit Anfang 1924, zur Verfügung gestellten Kredite nicht überschritten.

So durchzukommen in einer Zeit, in der die Preisperioden ständig schwankten, und mehr aufwärts als abwärts gingen, war ein Kunststück.

Stv. Irschlinger (Deutschn.): Ich möchte nur eine Bemerkung zu Punkt e) machen. Wir sind sehr damit einverstanden, daß dieser eine Veränderung erfahren soll, da damit eine größere Uebersicht herbeigeführt wird. Aber wir sind nicht einverstanden damit, daß die Gipsbüsten daraus hinauswandern sollen in ein Fabrikgebäude. Das ist kein Platz für die Gipsbüsten. Wir wissen ganz genau, daß unsere Geistesfürsten außerordentlich viele Anregungen durch sie bekommen haben. (Zwischenruf: „Das waren andere.") Ich möchte daher wissen, auf wessen Veranlassung sie in die Neckarvorstadt gebracht werden sollen.

8 Proz. Nun bin ich der Auffassung gewesen, — ich bin 20 Jahre in Mannheim — daß Mannheim und Ludwigshafen ein einziges und einheitliches wirtschaftliches Gebiet darstellen. Ich bin der Auffassung gewesen, daß die verbindende Brücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen eint und vereinen muß und nicht trennt, und ich hoffe, daß auch die neue Brücke, die noch größer und breiter als die jetzige sein wird, hierzu beiträgt und Ludwigshafen mit Mannheim vereint. Nun zur Merkwürdigkeit. Wir haben eine städtische Straßenbahn in Mannheim und Ludwigshafen. Die Straßenbahner, die in Ludwigshafen tätig sind, bekommen 8 Proz. Sonderzulage und die gleichen Angestellten der gleichen Gehaltsordnung vom gleichen Betrieb, bei der gleichen Direktion, die in Mannheim tätig sind, bekommen 5 Proz. Sonderzulage. Ich wäre gespannt, wie die Bezahlung dieser erhöhten 3 Proz. vor sich geht, ob sie von der Straßenbahn in Mannheim oder von Ludwigshafen bezahlt werden. Ich hätte nun eine Bitte an den Stadtrat und dies ist auch im Landtag ausgeführt worden, der Stadtrat möge mit Staat und Reich in Verbindung treten, daß für gleiche Wirtschaftsgebiete wie Mannheim und Ludwigshafen auch gleiche Sonderzuschläge bezahlt werden. Zum Schluß möchte ich wünschen, daß diese neue Besoldungs-Ordnung, in welcher der soziale Wille des Stadtrats zum Ausdruck kommt, endlich einmal Ruhe bringt und daß eine gewisse Zufriedenheit in die Beamtenschaft hineinkommt und dadurch dem Wohl der Stadt gedient wird.

Stv. Morell (Chr.-Soz. Reichsp.): Die Beamten stehen im Verhältnis zu den Angestellten und Arbeitern in der Wirtschaft mit ihrem Grundgehalt, dem Wohnungsgeld, der Kinderzulage, bezüglich ihres Urlaubs, ihrer Dauerposition und Pension ungefähr wie 70 zu 30. Um dieses Mißverhältnis auszugleichen, müssen die Arbeiter Lohnforderungen stellen, müssen streiken und werden evtl. ausgesperrt. Eins steht fest, sobald die Löhne in der Wirtschaft den Gehältern der Beamten angepaßt sind, dann brauchen wir keine Beamtenbesoldung. Es wäre ein Akt der Gerechtigkeit, daß man wie bei den Behörden so auch in der Wirtschaft den gleichen Tarif einführt. Ein weiterer Punkt. Wenn ein Schreiber mit 3 Jahren Lehrzeit bei der Stadt oder dem Staat es bis zur Gruppe 10 oder 11 bringt nach der alten Rechnung, so muß auch ein gelernter Handwerker mit 3—4 Jahren Lehrzeit denselben Lohn erreichen. Ob das die Wirtschaft tragen kann, lasse ich dahingestellt. Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß in Mannheim Fälle bekannt geworden sind, wo man Beamten in der Gehaltsgruppe 13 nach der alten Rechnung über 200 Mk. Wohnungsgeld bezahlt, ihnen aber für die Dienstwohnung nur 26 Mk. Friedensmiete in Anrechnung bringt. Wir haben in Deutschland Beamte in höchsten Stellungen, welche nur die Volksschule besuchten und nach dem Sondertarif der alten Gehaltsklasse der Gruppe 13 bezahlt werden. Entweder ist dies eine Parteimache oder eine Korruption oder aber die betreffenden Männer versehen zur vollsten Zufriedenheit ihr Amt und füllen den Posten voll und ganz aus. Ist dies der Fall, so beweist das, daß sämtliche hohen Stellungen um 5—6 Proz. Gehaltsklasse zu hoch eingeschätzt sind und zu hoch bezahlt werden. Es beweist dann auch, daß eine akademische Vorbildung in Zukunft nicht mehr nötig ist und jeder Volksschüler mit gesundem Menschenverstand bis in die höchsten Stellungen hineinkommen müßte und die akademischen Hindernisse, die den Proletarier am Aufstieg hindern, fallen muß. Der Redner führt zum Vergleich die Bezahlung der höheren Beamten in Rußland an, die mit 500 Reichsmark Gehalt für Deutschland vorbildlich wären. (Sehr richtig! Heiterkeit). Bei der heutigen mammonistischen Geistesauffassung ist nicht daran zu denken, daß die hohen Beamten auf ihre immensen Gehälter verzichten werden zugunsten der notleidenden, entrechteten und geknechteten Menschen. Da bleibt eben nichts anderes übrig, als daß die Notleidenden sich rechtmäßig das holen, was ihnen unrechtmäßig vorenthalten wird, die notwendigen Mittel zum nackten Leben und die Gerechtigkeit.

Oberbürgermeister Dr. Kutzer: Das Wort ist nicht mehr verlangt. Wir kommen zur Abstimmung.

Diese ergibt die Annahme der Vorlage gegen die Stimmen der Kommunisten und des Stv. Morell.

Uebernahme der Sozialen Frauenschule in städtische Verwaltung

Stadtratsbeschluß: Die Soziale Frauenschule wird in städtische Verwaltung übernommen. Für die Leiterin der Schule wird eine ständige Gemeindebeamtenstelle in Gruppe XI errichtet.

Stadtv.-B. Ihrig (Dem.): Der Stadtverordneten-Vorstand hat diese Vorlage eingehend geprüft und bittet Sie um Zustimmung.

Stv. Frau Blase (Soz.): Namens meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß wir der Vorlage zustimmen, obwohl wir zugeben müssen, daß die Soziale Frauenschule in der Hauptsache von Töchtern finanziell besser gestellten Eltern besucht wird. Wenn auch Mittelschulbildung verlangt wird, so begrüßen wir es doch, daß auch gute Schülerinnen aus den Sonderklassen der Volksschule Aufnahme finden. Daß letztere möchte ich besonders unterstreichen, da auch Töchter minderbemittelter Eltern die Schule besuchen können. Solchen Schülerinnen muß weitgehendste Unterstützung zuteil werden in Schulgeldbefreiung, in Stipendien und in Lehrmittelfreiheit. Unter den jetzigen Schülerinnen befanden sich drei Töchter aus den Arbeiterkreisen, aus Handwerkerkreisen 15 und aus Landwirtskreisen 3, alle übrigen Schülerinnen stammen entweder aus dem Beamtenstand oder sind Töchter besser situierter Eltern. Zu den Lehrfächern gehört auch ein Lehrfach über wirtschaftlich-soziales Verständnis, das von einer praktisch erfahrenen Kraft besetzt werden soll. Wir begrüßen die Uebernahme der Sozialen Frauenschule durch die Stadt.

Frau Stv. Hoffmann (Chsl. Volksp.): Im Namen meiner Fraktion begrüße ich die Vorlage. Wir freuen uns über sie und wir freuen uns, daß endlich der Weg in den Ausschuß gefunden wurde und daß damit einem Zustand ein Ende gemacht wird, daß die Schule in der Luft hängt. Sie wurde unterstützt vom Kreis, von der Stadt und war doch keine städtische Einrichtung. Diese Schule, die den Ruf hat, die beste süddeutsche Schule dieser Art zu sein, ist für die Stadt wertvoll, denn in dieser Schule werden die Kräfte ausgebildet, die die Stadt für ihre Jugend- und soziale Fürsorge braucht. Wenn Frau Blase beanstandet hat, daß die minderbemittelten Mädchen wenig Zugang zu dieser Schule haben, so kann ich sagen, daß Stipendien für diese Anstalt bestehen und zwar vom Reichsministerium des Innern 2 Freistellen, vom badischen Ministerium des Innern 4 und dem badischen Kultusministerium 2. Es wäre begrüßenswert, daß noch mehr solcher Freistellen nach der Uebernahme in städtische Regie geschaffen würden. Durch die neue Hausfrauenschule steht auch den Schülerinnen der Volksschule, wenn sie bezahlt genug sind, der Weg frei, an dem Unterricht der Sozialen Frauenschule teilzunehmen. Was die Zusammensetzung der Schülerinnen ihrer sozialen Schichtung nach anbetrifft, so ist auch da beachtlich, daß auch eine große Anzahl der unteren und mittleren Beamten vorhanden sind, deren Töchter in die Soziale Frauenschule gehen und daß gerade die Bekämpfung der Frau Blase, daß es nur den Kindern bemittelter Kreise vergönnt sei, diesen Beruf zu ergreifen, nicht in einem solchen Umfang zutrifft. Für die Schülerinnen selbst sind die Berufsaussichten immer noch sehr gut.

Stv. Kehl (Ztr.): Die Uebernahme der Sozialen Frauenschule in städtische Regie entspricht, wenn ich richtig informiert bin, einem früher schon einmal von meiner Fraktion geäußerten Wunsche. Die Soziale Frauenschule ist zweifellos eine nicht ganz unglückliche Idee gewesen, der man ursprünglich von den verschiedensten Seiten aus mit abwartender Stellung gegenübertrat. Die Erfahrungen, die mit ihr gemacht worden sind, beweisen, daß die Soziale Frauenschule Erfolge zu verzeichnen gehabt hat. Sie soll, wenn die Uebernahme in städtische Regie Zweck haben soll, ihrem Charakter einer wirklich sozialen Frauenschule in erhöhtem Maße Rechnung tragen. Die Mittel, die ihr zur Verfügung standen, waren zweifellos nicht dazu geeignet, breiteren Schichten, den Angehörigen der mittleren Stände, Zugang zu dieser Schule zu verschaffen, aus den bereits von Frau Blase erwähnten Ursachen. Es muß anerkannt werden, daß die Trägerin dieser Schule ihr Bestes getan hat. Wir hoffen, daß dieses auch in Zukunft geschieht, wir hoffen weiter, daß sie sich nicht etwa zu einem Privileg auswächst, das nur bestimmten Kreisen zugänglich ist, sondern, daß die Uebernahme dazu beiträgt, daß die Soziale Frauenschule auch hinsichtlich ihrer weiteren Erfolge und ihrer Wirksamkeit eine wirkliche soziale Frauenschule wird.

Frau Wagner (Komm.): Meine Fraktion wird der Vorlage zustimmen. Wir verlangen unbedingt, daß den Minderbemittelten der Zugang zu dieser Schule ermöglicht wird.

Oberbürgermeister Dr. Kutzer: Das Wort ist nicht mehr gewünscht. Die Vorlage ist einstimmig angenommen.

Errichtung einer freiwilligen Hausfrauenschule

Stadtratsbeschluß: Zu Ostern 1928 wird eine „freiwillige Hausfrauenschule" mit einem zweijährigen Lehrgang nach Maßgabe der nachfolgenden Richtlinien vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses errichtet. Der Aufwand für die neue Schule ist im Voranschlag für 1928 vorzusehen.

Stadtv.-Vorst. Ihrig (Dem.): Der Stadtverordneten-Vorstand ist der Auffassung, daß diese Vorlage einem wirklichen Bedürfnis entspricht. Es sind 2 Klassen für 48 Schülerinnen vorgesehen. Es sind 91 Meldungen eingelaufen, unter diesen entstammen 26 Mädchen ausgesprochenen Arbeiterkreisen, 19 sind Töchter gehobener Arbeiter, 14 aus Beamtenkreisen, 14 von Privatangestellten, 6 von Handwerksmeistern, 5 Töchter von Witwen. Selbst wenn wir eine dritte Klasse einführen würden, müßten wir noch 5 Bewerbungen zurückweisen. Die Kosten für die Einführung dieser dritten Klasse würden sich auf ungefähr 10 000 ℳ zusammen belaufen. Ich bitte um Zustimmung zu dieser Vorlage.

Fräulein Gulde (Dischuh.): Es ist außerordentlich begrüßenswert, daß die Stadt Mannheim in der jetzigen Zeit eine solche Schule einrichtet. Ganz besonders begrüßen wir es, daß in dieser Schule solche Mannheimer Mädchen Aufnahme finden, die noch zu jung sind, um in die Soziale Frauenschule oder in das Fröbelseminar einzutreten. Die neue Schule soll die Mädchen aufnehmen, die durch die wirtschaftliche Not nicht in das Berufsleben eintreten können. Unsere heutige Zeit

MARCHIVUM

Ursache, skeptisch zu sein, denn diese Vorlage kann man mit seinem sozialen Gewissen nicht vereinbaren. Die Verschuldung der unteren und mittleren Beamten bei der Badischen Beamtenbank wird durch diese Regelung nicht aufhören. Es werden von ihnen neue Vorschüsse aufgenommen werden, um ihr Dasein zu fristen. Bei der Beratung des Punkt 1 der Tagesordnung ist vom Stv. Haas erklärt worden, die Beamten der Stadt müssen sorgenlos ihren Dienst verrichten können. Aber auch die unteren Beamten müssen sorgenlos im Dienste der Stadt leben. Wenn man das den Spitzen zugebilligt hat, muß man das Existenzminimum den unteren Beamtengruppen ebenfalls zubilligen (Stv. Haas: Es standen nur die hohen zur Diskussion!) Das ist keine Besoldungsordnung, sondern eine Besoldungsanordnung. Die Regelung, die vom Reichstag getroffen wurde, ist nicht geeignet, eine Befriedigung der unteren Beamten herbeizuführen. Es wird ihnen nicht möglich sein, ihre Schulden, mit denen sie noch belastet sind, abzutragen. Sie werden in ihren Dienst mit großer Sorge gehen. Sie werden freudig ihre Arbeit in den Dienst der Stadt stellen, wenn sie anständig bezahlt würden. Es wird ihnen nichts anderes übrig bleiben, als mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern den Kampf zu führen, der ihnen wenigstens das Existenzminimum sichert. Solange allerdings eine solche Schandwirtschaft besteht, ist eine solche Besoldungsordnung, die den berechtigten Wünschen entspricht, nicht möglich. Schuld daran trägt allein die heutige Gesellschaftsordnung.

Oberbürgermeister Dr. Kutzer: Der Herr Stadtrat Lechleiter hat in seinen Ausführungen wiederholt das Wort Schande vorangestellt. Er hat so z. B. von einer Schandwirtschaft gesprochen. Das Wort Schande ist ja wohl üblich geworden, aber nicht bei uns (Heiterkeit) und ich bitte Sie daher, sich zu mäßigen.

Stv. Schneider (Wirtsch. Vereinigung): Es ist nicht zu bestreiten, daß der Lebensunterhalt gestiegen ist und daß die Erhöhung berechtigt ist, die die Besoldungsgesetzgebung den Beamten zubilligt. Wir haben den Willen, den unteren und mittleren Beamten durch diese Vorlage zu dienen, auf der anderen Seite aber wollen wir mit Entschiedenheit, daß die Einrichtung der Beamtenschaft, die sie pflegt, ihre wirtschaftlichen und Selbstversorgungsbestrebungen, verschwinden. Der gewerbliche Mittelstand wird hierdurch wesentlich geschädigt und die Besoldungserhöhungen, das kann man hier ruhig zum Ausdruck bringen, ganz besonders von dem gewerblichen Mittelstand mitgetragen. Er hat also auch ein Recht zu fordern, daß derartige Bestrebungen seitens der Beamtenschaft unterbleiben müssen, da sie dem gewerblichen Mittelstand schwere Konkurrenz machen. Die Hebung der Kaufkraft der Beamten durch Besoldungserhöhungen soll selbstverständlich der Allgemeinheit zugute kommen. In der Begründung wird ausgeführt, daß gewisse Unstimmigkeiten seien noch in dieser Besoldungsvorlage zu finden sind. Stadtv.-V. Kaiser hat bekannt, daß diese Unstimmigkeiten tatsächlich noch vorhanden sind und wir nehmen an, daß er die Vorlage eingehend studiert hat und wir glauben, daß diese Unstimmigkeiten sich beseitigen lassen. Wir haben uns im Oktober vorigen Jahres anläßlich der Neuordnung der Besoldungsverhältnisse der Beamten und Angestellten nicht gebunden. Wir haben seinerzeit der Vorlage zugestimmt, haben aber gleichzeitig gebeten, daß infolge dieser Erhöhungen, die eintreten werden, die Steuerschraube nicht angezogen werden darf. Inzwischen haben wir nunmehr diese neue Reichsbesoldungsvorlage mit den neuen Sätzen erhalten. Die Auswirkung dieser Sätze liegt allerdings noch vor uns. Der Stadtverordnetenvorstand Kaiser hat und erklärt, daß eine Mehrforderung von 1,2 Millionen die Auswirkung sein werde. Wir haben uns allerdings die Vorlage etwas mehr durchgesehen und wenn alles, was im Zusammenhang mit der Besoldungsvorlage gemacht wird, zusammengestellt wird, so kommen wir auf 2,6 Millionen, die diese Besoldungsvorlage mit den sich auswirkenden Zusätzen für uns bringen wird. Es wird uns dann bezüglich der Umlage hier wohl etwas für die Zukunft zu sagen sein. Wir haben allerdings noch nicht den Voranschlag für das Jahr 1928. Ich glaube aber, daß wir von einer kleinen Auswirkung dieser Erhöhungen wohl noch etwas zu spüren bekommen werden. Die wirtschaftliche Lage für derartige finanzielle Mehrleistungen ist gegenwärtig die denkbar ungünstigste. Angesichts der Lage der Privatbeamten darf man doch den Bogen nicht überspannen. Ich kann sagen, daß die Privatbeamten keineswegs mit Neid auf die staatlichen und kommunalen Beamten blicken. Sie haben keinen Neid darüber, wenn es den Staats- und Kommunalbeamten gut geht und wenn sie durch ihre Pension, die sie sicher bekommen, sorgenlos in die Zukunft sehen können. Aber die Spanne zwischen dem, was der Privatbeamte bezieht und dem, was der Staats- und Kommunalbeamte bezieht, ist doch eine sehr große und man darf sich nicht wundern, daß darüber in Privatbeamtenkreisen eine große Unzufriedenheit und eben wieder einmal die Meinung zum Ausdruck kommt, daß eben die Staats- und Kommunalbeamten heute mit ihren Gehältern einigermaßen zufrieden sein können. Wir empfehlen unter allen Umständen in jeder Beziehung Sparsamkeit. Wir sind aber bereit, um der unteren und mittleren Beamten willen dieser Erhöhung in der Form, wie sie heute in der Besoldungsvorlage uns gegeben wird, zuzustimmen. Wir behalten uns aber vor, bezüglich der Auswirkung dieser erhöhten Sätze bei der Beratung des Haushaltsplanes entsprechende Sparmaßnahmen bei den gegebenen Positionen zu stellen, um zu vermeiden, daß die Umlage, die in dankenswerter Weise auf dem Stande von 158 geblieben ist, erhöht wird. Wir wünschen, daß diese Besoldungsreform keinerlei Auswirkung auf die Umlage hat und wir begrüßen es, daß, wie der Herr Oberbürgermeister gesagt hat, die Stadt Mannheim eine niedrige Umlage hat und hoffen, daß wir auf einem gesunden Umlagefuß bleiben können. Wir werden zu gegebener Zeit bei der Voranschlagsberatung Sparanträge stellen und stimmen der Vorlage zu.

Stv. Schindler (Ztr.): Namens der Zentrumsfraktion erkläre ich, daß wir der Vorlage zustimmen. Eine Begründung brauche ich wohl nicht zu geben. Wenn ich trotzdem das Wort ergreife, so lediglich deshalb, um Herrn Lechleiter wegen seiner Anwürfe auf die Zentrumspartei die gebührende Antwort zu geben. Kollege Lechleiter hat gesagt, wir würden hier in Mannheim uns einfach hinstellen und vielleicht sagen, daß das, was der Herr Reichsfinanzminister Dr. Köhler getan hat, uns nichts angehe, wir also ihn desavouieren würden. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir zu unseren Leuten stehen. (Zuruf bei den Kommunisten: Dr. Wirth!) Herr Lechleiter hat bei anderen Gelegenheiten keine positive Arbeit geleistet. Sie haben zwar Anträge eingebracht, dann aber gemäß ihrer üblichen Gewohnheit dem ganzen Gesetz en bloc die Zustimmung versagt. Aber wenn man schon seine Ausführungen gegen das Zentrum richtet, muß man auf der anderen Seite, wo man lobenswertes findet, auch anerkennen, daß der badische Finanzminister auch ein Zentrumsmann ist, den Sie gelobt haben. Ich möchte das nur sagen, um zu beweisen, daß wir uns nicht von der Verantwortung gegenüber unseren Kollegen im Reichstag und Landtag drücken.

Str. Trumpfheller (Soz.): Zu der Zeit, wo die Sozialdemokratie ausschlaggebend im Reichstag war, gab es nicht 17 Gehaltsklassen wie heute, sondern nur 8. Ich stelle fest, daß die Sozialdemokratie überall Besoldungsanträge zugunsten der unteren Beamten eingebracht hat. Ich muß es ablehnen, daß nach außen hin immer nur der Grundgehalt genannt wird; die Arbeiterschaft hat das Recht zu erfahren, daß der Grundgehalt nicht der wirkliche Gehalt ist. Ein Beamter mit einem Grundgehalt von 3400 Mk. bekommt in Wirklichkeit 3384 Mk. Die freigewerkschaftlichen Arbeiter haben sich mustergültig verhalten, was von den Beamten mit Dank anerkannt werden muß, denn viele Löhne der Arbeiter sind weit schlechter als die Grundgehälter der unteren Beamten. Der Stadtrat hat die unteren zwei Besoldungsgruppen wegfallen lassen. Man kann niemand zumuten, unter 200 Mark im Monat auszukommen. Damit hat der Stadtrat einen Appell an die Industrie gerichtet, daß die Arbeiter unbedingt höhere Löhne haben müssen. Der Stadtrat hat viel mehr soziales Verständnis bei der Behandlung der Besoldungsfrage gezeigt als wie im Reich und Land. (Zurufe von der kommunistischen Fraktion: Oberbürgermeistergehalt.) In Rußland wird ein großer Unterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern gemacht. Wenn in der Privatindustrie Gehälter von 100 000 Mk. und mehr bezahlt werden, so bekommen wir keinen tüchtigen Oberbürgermeister und Bürgermeister um 10 000 Mk. Die Stadt kann keinem unfähigen Beamten die Leitung ihrer Betriebe anvertrauen.

Stv. Robert Haas (Dem.): Wenn der Herr Stadtrat Lechleiter die Reichsbesoldungs-Ordnung als unbefriedigend und unsozial hinstellt, so gebe ich ihm darin vollständig recht. Die unteren und die mittleren Gruppen der Reichsbesoldungs-Ordnung sind mit Recht unzufrieden. Es wird da wahrscheinlich trotz dieser Vorlage keine Ruhe geben. Ich gebe dem Herrn Lechleiter weiter darin Recht: Wie es eine Einkommensgrenze nach oben gibt, so muß es eine auch nach unten geben, unter welcher ein Mensch kein menschenwürdiges Dasein leben kann. Ich stelle aber fest, daß die Stadtverwaltung in Mannheim zur Ueberzeugung kam, daß die Gruppen 1 und 2 wirklich unter dem Existenzminimum liegen und daß aus dieser sozialen Erkenntnis heraus die Stadtverwaltung diese Gruppen wegfallen ließ. Es ist dies ein Beweis, daß die Stadtverwaltung den guten Willen hat, den unteren Beamten zu helfen. Ein weiterer Beweis des guten Willens der Stadtverwaltung gegenüber den Angestellten ist der § 5 der Besoldungs-Ordnung.

Ich möchte weiter eingehen auf einige Wünsche, die der Herr Stv. Schneider geäußert hat, nämlich daß die Erhöhung der Gehälter auch der Wirtschaft zugute kommt. Hierin gebe ich Herrn Schneider recht. Ein Beweis, daß die Erhöhungen der Wirtschaft zugute kommen, ist darin zu erblicken, daß die Badische Beamten-Bank, bei welcher die Beamten bescheidene Summen entleihen können, zu 25 oder 40 Proz. von den Beamten in Anspruch genommen wird, daß die Beamten also mehr abheben als sie bekommen.

Nun zu einer Merkwürdigkeit in der städtischen Besoldungs-Ordnung. Das Gehalt setzt sich zusammen aus Grundgehalt, Wohnungsgeld und Sonderzulage. Sie wissen, diese Sonderzulage ist für Mannheim von 15 auf 5 Proz. heruntergesetzt. Für die besetzten Gebiete, Ludwigshafen beträgt sie

Stv. Volk (Komm.): Wir werden zustimmen, wir möchten aber nicht verhehlen, daß in Zukunft bei der Ausarbeitung von Plänen etwas vorsichtiger vorgegangen werden muß. Was nun den Punkt c) anbetrifft, so können wir eine Notwendigkeit nicht einsehen. Wir haben sehr viele Notwendigkeiten in Mannheim. Wenn wir zum Beispiel die Spielplatzverhältnisse ansehen und feststellen müssen, daß wir noch kein Schwimmbassin auf dem Spielplatz haben. Es findet dieses Jahr ein größeres Arbeitersportfest in Mannheim statt. Dieses muß zerrissen werden, weil kein Schwimmbassin vorhanden ist. Ich möchte anregen, daß unbedingt ein Betrag für eine solche Anlage bereitgelegt wird.

Stv. Hirschler (Soz.): Stv. Dr. Moekel hat davon gesprochen, daß die erübrigten Beträge gleich für das nächste Jahr vorgetragen werden sollen. Dazu ist zu bemerken, daß soviel Wünsche zu berücksichtigen sind, daß nicht viel vorzutragen ist. Wenn eine Reihe von Aufgaben unterdrückt werden sollten, so sind wir gerne bereit, sie zu erfüllen. Es ist ja sehr zu begrüßen, daß wir in die Lage versetzt sind, die wichtigsten Aufgaben zu erfüllen. Wir müssen auch der Leistungen der Bürgerschaft gedenken. Wir hätten den Ueberschuß nicht, wenn nicht vorsichtig gewirtschaftet worden wäre. Andere Städte, wie z. B. Köln und Heidelberg, hatten Defizite. Es ist außerordentlich unangenehm, diese Verluste zu decken, wenn wir im Gegensatz zu diesen Städten nicht nur mit den ausgegebenen Beträgen ausgekommen sind, sondern sogar noch etwas erübrigt haben, so ist das etwas ganz besonderes. Hierfür müssen wir dem Oberbürgermeister unseren Dank aussprechen. Nun ist es wichtig, die übrig gebliebenen Gelder richtig zu verteilen. Wir nehmen an, daß die bisher gemachten Vorschläge auch berücksichtigt werden. Ein Wort noch zum Krankenhaus, wo eine Ueberschreitung des Voranschlags um 160 000 ℳ vorliegt. Wie Stv.-V. Dreifuß schon ausgeführt, wurde diese Ueberschreitung in unserer Fraktionssitzung stark kritisiert. Hätten wir die Genehmigung der Vorlage verweigert, so wäre dies, praktisch genommen, eine Demonstration gewesen. Wir sind aber der Auffassung, daß sich die Ueberschreitung nicht umgehen ließ. Oberbaudirektor Ziegler hat uns ja den erforderlichen Aufschluß gegeben. Das Altersheim wurde mit 130 000 ℳ gebaut, während beim Krankenhaus eine Ueberschreitung um ℳ 160 000 vorliegt. Man müßte in dieser Beziehung etwas vorsichtiger sein. Meine Ausführungen sind kein Vorwurf gegen das Hochbauamt: ich lege aber Wert darauf, daß in Zukunft — wenn sich solche Ueberschreitungen nicht vermeiden lassen — dem Stadtrat und dem Bürgerausschuß rechtzeitig Mitteilung gemacht wird. Oberbaudirektor Ziegler hat mir heute den Wind aus den Segeln genommen! (Zuruf des Stv. Waldeck: Erst heute? Hirschler: Jawohl. Heiterkeit.)

Stv. Dr. Waldeck (D.Vol.): Ich nehme an, daß Herr Oberbaurat Ziegler eine Kritik nicht als einen persönlichen Angriff ansieht, denn wir haben die Verpflichtung, darauf zu achten, ob die Beträge entsprechend den Beschlüssen verwendet worden sind. Es ist nicht glaubhaft, daß eine derartige Ueberschreitung vorkommen kann. Der Posten Aufwendungen sei zu knapp gewesen? Gewiß kommen derartige Ueberschreitungen nicht zu häufig vor. Ja, wenn aber derartige Ueberschreitungen drohen, kann man doch die Ausbauarbeiten einschränken. Man hat als Grund Erhöhung der Arbeitslöhne angeführt. Es ist mir gesagt worden, daß eine Erhöhung nicht stattgefunden hat. Nun müssen Sie mir erlauben, doch einen Vergleich zu ziehen. Der Private macht einen Vertrag und es ist nicht so ohne weiteres möglich, darüber hinweg zu gehen. Wir beantragen hier eine gemischte Kommission, in der dieser Frage nachgegangen wird. Sollte dieser Antrag nicht genehmigt werden, so werden wir die Vorlage ablehnen. Was nun die Position d angeht. Es ist mir bekannt, daß einzelne Beamte geradezu unwürdig untergebracht sind, ich denke hier speziell an einen einzelnen Fall, der in der Zwischenzeit eine Abänderung erfahren hat. Aber ich möchte doch anregen, daß diese Frage zurückgestellt wird, bis der neue Oberbürgermeister da ist. Zu Position e: Herr Kollege Irschlinger hat sich geirrt, wenn er meint, daß dies die Glyptothek sind, vor denen schon unsere Geistesheroen gestanden haben. Es steht die Frage, daß ℳ 70 000 zur Verbauung der räumlichen Verhältnisse der Schloßbücherei aufzuwenden sind, aber ob diese Aufwendung notwendig ist, möchte ich doch bezweifeln. Wir haben so viele Aufwendungen, daß ich nicht glauben kann, daß ein solcher Betrag für eine solche Bibliothek aufgewandt werden muß. Es handelt sich doch darum, daß man an eine Sache, die uns gar nicht gehört, einen solchen Betrag hängt. Die Schloßbücherei, die leider durch die Vernachlässigung des Staates sehr zurückgegangen ist, ist doch nicht viel mehr, wie ein Büchermuseum. Eine unnütze Bibliothek kann überhaupt nicht eingerichtet werden. Ich habe sehr viel Herz und Sinn für die Bibliothek und trotzdem muß ich sagen, es fehlt hier die Notwendigkeit. Man muß doch in erster Linie darauf sehen, daß dadurch für die Allgemeinheit etwas herauskommt. Diese Vorlage ist eine bedauerliche Erklärung, wenn ein Volk wirtschaftlich auf schwachen Füßen steht. Wir haben das Schloßmuseum, die Kunsthalle, das Naturkundliche Museum und sind bereit, dafür einzutreten; wenn wir aber dazu übergehen, neben den notwendigen Lasten noch den Ausbau der Schloßbücherei vorzunehmen, dann muß ich sagen, daß dies über die wirtschaftliche Kraft hinausgeht. Das sind keine kulturfeindlichen Erwägungen. Uns zwingt die Not der wirtschaftlichen Situation. Es soll ein neuer Buchbinder und neue Aufsichtsbeamte eingestellt worden sein. Ich würde es bedauern, wenn wirklich neue Beamte eingestellt worden wären, aber das deutet darauf hin, daß hier eine Expansion geplant ist. Uns gehören weder Räume noch Bücher. Ein Versuch in Karlsruhe, der dort gemacht wurde, hat bestätigt, daß derartige Versuche nicht leicht sind. Wir lehnen diese Vorlage ab. Bezüglich des Krankenhausneubaues verlangen wir die Einsetzung einer gemischten Kommission.

Stv. Möhnert (Wirtsch. Vgg.): Herr Oberbaurat Ziegler hat uns hier eine Sache unterbreitet in der Annahme, daß wir sie annehmen müssen, weil die Summen einmal ausgegeben worden sind. Es hat allerdings eine sehr lange Zeit gebraucht, bis man uns mitgeteilt hat, wie hoch die Ueberschreitungen sind. Solche Ueberschreitungen konnte man die ganzen letzten Jahre feststellen, die einmal durch die Baumaterialien und dann durch die Löhne bedingt sind. Wir müssen jetzt diese Summen schweren Herzens bewilligen. Für die Zukunft müssen wir aber verlangen, daß Ueberschüsse dem Etat zugeführt werden und daß letzten Endes dadurch eine Steuersenkung erreicht wird.

Str. Perren (Dntl.): Ich stelle fest, daß in den 26 Jahren, die ich jetzt bei der Stadt arbeite, sich nichts geändert hat. Das Wort „Ueberschreitung" ist etwas Furchtbares. Es wird geradezu als ein Verbrechen angesehen, wenn bei einem Bau eine solche Ueberschreitung vorkommt. Schon das Wort ist falsch. Es sollte heißen: „Unvermeidbare Mehrverwendung". Ich glaube nicht, daß es irgend einem Amtsvorstand Vergnügen macht, mit einer sogenannten Ueberschreitung vor den Bürgerausschuß zu kommen und dann alle diese Vorwürfe auf sich zu nehmen. Ich habe mir heute einige Sachen notiert; Es ist erstaunlich, kaum glaublich, Einsetzung einer Kommission. Meine Damen und Herren, ich möchte hier nur den verstorbenen Oberbürgermeister Beck anführen, der hat wohl eingesehen, daß Bauten, bei denen Ueberschreitungen vorkommen, die billigsten sind, denn sobald das Wort Ueberschreitung droht, wird gespart an allen Ecken und Enden. Wenn aber ein Voranschlag vorliegt, bei dem keine Ueberschreitung droht, dann können Sie es jedem Architekten nachfühlen, daß er bei der Fertigstellung dieses und jenes nachgibt. In diesem Falle ist der Bau nicht zu teuer gekommen: Es sind 70 Betten gewonnen worden. Wenn man die Sache genau betrachtet, dann kommt man beim Bett auf 13 300 Mk. Das Bett kam vor dem Krieg auf 8000 Mk. und bei der Teuerung, die inzwischen eingetreten ist, kann man bei den heutigen Neubauten 15 000 Mk. für das Bett rechnen. Man kann also nicht sagen, daß hier verschwendet worden ist. Die Kommission, die von Herrn Dr. Waldeck angeregt wurde, wird bei der ganzen Sache nichts herausbringen. Der Fehler dürfte da vielleicht auf beiden Seiten sein. Es sollten daher Kostenvoranschläge, die nicht ganz genau vom Rechnungsamt durchgeprüft sind, nicht an den Bürgerausschuß gelangen. Der Bürgerausschuß begeht seinerseits den Fehler, daß er Anforderungen, die an ihn gelangen, nicht genau nachprüft und genehmigt. Vergißt man das in Zukunft auf beiden Seiten nicht, dann werden Ueberschreitungen oder Mehrverwendungen nicht eintreten. Aber wenn Sie über die Amtsvorstände bei irgendwelchen Ueberschreitungen, die doch noch eintreten können, immer wieder herfallen, so erreichen Sie weiter nichts, als daß die Kostenanschläge möglichst hoch werden. Das sollte man nicht anstreben. Der Kostenanschlag soll genau sein, soll aber keine zu großen Reserven schaffen. Ich möchte Sie bitten, von der Einsetzung einer Kommission, wie sie die Volkspartei wünscht, abzusehen. Das Ganze ist doch eine unnötige Arbeit und es kommt nichts dabei heraus. Ich bitte den Betrag mit den übrigen zu genehmigen.

Stv. Schindler (Ztr.): Namens der Zentrumsgruppe habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir die Vorlage in den Positionen a bis einschließlich d annehmen. Position e lehnen wir ab. Weiter schlagen wir vor, die aus Position e ersparten 70 000 Mk. zusammen mit den 409 100 Mk., über die noch nicht verfügt ist, in den nächsten Voranschlag einzustellen. Die Vorlage, wie sie uns heute vorliegt, ist so aufgestellt, daß wir uns darüber freuen. Was über die Ueberschüsse gesagt worden ist, ist richtig. Wir freuen uns über die Ueberschüsse, besonders wenn sie recht hoch sind. Vergegenwärtigen wir uns aber die Situation, in der wir uns bei der Etatsberatung im vergangenen Jahr befanden. Tagelang haben wir uns um Posten und Pöstchen herumgestritten und versucht, an verschiedenen Stellen abzustreichen und immer wieder mußte man von der gespannten Finanzlage der Stadt hören. Dann die jetzige Ueberraschung mit den Ueberschüssen. Anknüpfend an Herrn Dr. Hirschlers Ausführungen möchte ich darauf hinweisen, daß noch weitere Ueberschüsse vorhanden sein müssen. Wenn ich recht unterrichtet bin, sollen die Ueberschüsse aus 1927 auch nicht gering sein. Man sollte doch nicht allzu hohe stille Reserven ansammeln. Ich möchte einmal die

A.G. oder Privatmann sehen, die Pfeife machen und daneben stille Reserven hat. Ich meine, der Etat sollte künftig so aufgestellt werden, daß nicht zu hohe Ueberschüsse herausgewirtschaftet werden. Ferner mögen dann diese Ueberschüsse jeweils in den Etat eingestellt werden. Sollten darüber hinaus noch Erübrigungen gemacht werden, so haben die Bürger das Recht, daß man auch einmal an die Steuersenkung denkt, denn wenn alljährlich eine derartige Vorlage mit diesen Ueberschüssen kommt, dann wird man sagen, lieber etwas weniger Steuern.

Zur Position a ist zu sagen, wir haben s. Zt. der Vorlage zugestimmt und geben auch heute unsere Genehmigung dazu. Zu Position b ist zu sagen, daß hier eine Ueberschreitung vorliegt und nicht, wie Herr Stadtrat Perrey meinte, eine unvermeidbare Mehrverwendung. Ich bin für diesen Ausdruck sehr dankbar. Bei der Privatwirtschaft hätte das allerdings nicht vorkommen dürfen. Ist bei einer Arbeit damit zu rechnen, daß der Voranschlag weit überschritten werden muß, so sind die Ueberschreitungen genau nachrechnen zu lassen, ob sie notwendig sind. Dann muß die Vorlage nochmals an den Stadtrat und den Bürgerausschuß gehen. Zu Position c ist weiter nichts zu sagen, die Stadt hat hier getan, was sie tun konnte.

Was zu Position e zu sagen ist, so schließe ich mich den Ausführungen des Herrn Dr. Waldeck an. Wir schließen uns der Ansicht an, daß die Schloßbücherei nicht eine Bücherei im gewöhnlichen Sinne ist. Sie ist für große Kreise unzugänglich, es ist ein Büchermuseum. Sie hat nur für einen bestimmten Volkskreis Interesse, etwas für Wissenschaftler. Eine derartige Umstellung, wie sie hier vorgebracht ist, ist nicht nötig und es ist nicht einzusehen, aus welchem Grunde die ganze Sache gemacht werden soll. Was das ganze Haus ablehnt, ist die Ueberführung der Gipsmodelle nach der Neckarstadt. Die Sache mutet wie ein verspätetes Faschingsscherz an, der Feuerio wäre für diese Anregung dankbar gewesen. Ich habe dies ausdrücklich vorgebracht, weil die Vorlage ein Lächeln auslösen muß. Wir lehnen aus diesen Gründen die Position e ab.

Zusammenfassend möchte ich nochmals sagen: Wir nehmen die Positionen a bis d der Vorlage an und lehnen Position e ab. Dem Vorschlag der Volkspartei, eine gemischte Kommission einzusetzen, schließen wir uns an.

Stv. Bollhard (Dem.): Wenn die Bilanz heute so günstig ist, so ist das der Bilanzkunst und Politik des Oberbürgermeisters Kuper zu verdanken. Der Etat hat bekanntlich immer eine erfreuliche Einmütigkeit des Hauses gefunden. Die Ueberschüsse sind auch darauf zurückzuführen, daß die Ueberweisungen durch das Reich größer waren, als vorgesehen. Finanzminister Köhler hat gesagt, daß auch für das Land Baden die Ueberweisungen beträchtlich höher werden, als man angenommen hatte. Man muß die Bauverwaltung der Stadt Mannheim in ihrer Totalität ansehen. Man muß anerkennen, daß in verhältnismäßig schwieriger Zeit viel geleistet worden ist. Die Bilanz, die die Volkspartei aufgestellt hat, ist gefährlich. Es geht niemand zu weit. So ist es auch bei der anatokonischen Anstalt. Die Ueberschreitungen sollten früher bekanntgegeben werden, damit der Bürgerausschuß nicht vor fertigen Tatsachen steht. Die Schloßbücherei ist vom Staat übernommen. Der Staat hat im Etat 1926/29 nur etwa einen Betrag von 7800 Mark Verwaltungskosten eingestellt. Die Summe soll aber nach Berechnung des Oberbürgermeisters mindestens 48 000 Mark betragen. Die Schloßbücherei ist im Großen und Ganzen ein Schmuckstück. Man kann auch nicht der Zustimmung der Unterbringung der Gipsmodelle in den Motorenwerken zustimmen. Man sollte mit diesen Sachen vielleicht etwas zuwarten, da man nicht weiß, wie der neue Oberbürgermeister die ganze Sache gestalten will.

Stv. Dr. Oelenheinz (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung): Man muß immer bedenken, daß die Herausarbeitung von Ueberschüssen nicht anders gedeutet werden kann, als eine Verstärkung des Steuerdrucks, der jetzt schon so unhaltbare Folgen für alle hat. Es muß angestrebt werden, daß der Voranschlag so aufgestellt wird, daß möglichst weder ein Defizit noch ein Ueberschuß am Ende des Jahres sich herausstellt. Die Ausführungen des Herrn Perrey bringen mich auf den Gedanken, man treibt so viel Steuern ein, daß man genügend Reserven hat. Dann, wenn das Stadtverordnetenkollegium sieht, es ist Geld da, tritt eine große Bewilligungsfreudigkeit ein. Wir müssen daran denken, daß der Steuerdruck möglichst vermindert wird, wir müssen deshalb jede Ueberschußwirtschaft vermeiden. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Stadt auch Schulden hat und, so viel ich weiß, kurzfristige Schulden, von denen man nicht weiß, wie man sie decken will. Wie wäre es denn, wenn man diese ganzen Ueberschüsse, die man hier erzielt, in Reserve stellte, zur Deckung der Schulden und vor allem der kurzfristigen Schulden, von denen man nicht weiß, ob die Stadt an ihrer Fälligkeit nicht in Ungelegenheiten kommt. Wie gefährlich es ist, mit Darlehen zu rechnen, zeigt die Position von den Spielplätzen, wo man damals glaubte bestimmt mit ihnen rechnen zu können. Bei der Position b müssen wir die Umbauarbeiten beanstanden, die man anscheinend in viel größerem Umfange ausgeführt hat als vorgesehen war. Nur durch den erreichten Zweck der Vorlage glaube ich, kann man über die Ueberschreitungen den Mantel der christlichen Liebe decken. Die Positionen c und d enthalten Ausgaben, die nicht unbedingt notwendig sind.

Oberbürgermeister Dr. Kuter: Herr Dr. Oelenheinz hat durchaus recht. Eine Ueberschußwirtschaft war nicht geplant, das ist unrichtig. Wir stehen immer noch weit günstiger da als viele andere Städte. Bei uns ergibt sich rechnungsmäßig eine Aktiva, die aber noch lange keine Ueberschüsse darstellt. Ueberschuß ist ebenso falsch wie das Wort Ueberschreitung. Ueberschuß ist da, wenn ich Gelder habe, für die keine Verpflichtungen mehr da sind. Die haben wir nicht. Wenn ich die Vorlage b ansehe, so haben wir hier bereits Ausgaben, die aus Wirtschaftsmitteln zu decken sind. Wir haben Ausgaben in einer Zeit, in der keine Anleihen gemacht werden können, gedeckt, die von Ihnen bewilligt waren. Die Positionen a bis c sind Ausgaben, die gedeckt werden müssen aus dem Etat, weil keine andere Mittel da sind. Wir müssen daher froh sein, Gelder in Reserve zu haben. Position d sind Ausgaben, die wir vornehmen, weil wir sie vornehmen können. Ich halte sie auch für notwendig. Wir haben auch gehört, daß noch eine halbe Million fehlen ist. Diese halbe Million ist aber bereits so beleuchtet, daß ganz notwendige Ausgaben heute entfernt nicht gedeckt werden können. Es ist da u. a. vom Schwimmbad gesprochen worden, vom Herzogenriedpark usw., alles Sachen, die Geld kosten. Wir müssen auch für die Erwerbsbeschränkten Werkstätten errichten, dazu wollten wir diese Mittel verwenden. Ich glaube gegenüber dem künftigen Oberbürgermeister nicht illoyal gehandelt und ihm nicht vorgeworfen zu haben, wenn diese Dinge, die schon lange beschlossen sind, zur Bewilligung vorgeschlagen werden. Bedenken Sie wohl, daß wir in einer Zeit leben, wo weder kurzfristige noch langfristige Anleihen zu bekommen sind. Herr Oelenheinz hat Recht, bei kurzfristigen Anleihen, die man vielleicht unter sehr schweren Bedingungen noch erhält, weiß man nicht, ob man sie im Augenblick der Rückzahlung erledigen kann. Es ist falsch, daß wir bewußte Ueberschußwirtschaft getrieben haben. Es sind keine Ueberschüsse vorhanden, solange man noch andere Beträge decken muß. Es wäre ganz falsch, wenn man Ueberschüsse notwendigerweise in den Etat einstellen müßte. Das ist vom Zentrum behauptet worden. Herr Dirlscher hat das Richtige getroffen. Unser Etat war knapp. Wir haben wochenlang zusammengesessen und haben überlegt, wie man das und das machen kann. Es ist daher gut, wenn man etwas tun kann und einige Pfennige in der Tasche hat. Es besteht keine Vorschrift, daß eventuelle Ueberschüsse dem nächstjährigen Haushaltsplan zugeführt werden müssen. Die Ueberschüsse, die wir haben, sind nur formell und nicht materiell. Wir können sie keinesfalls im Voranschlag des nächsten Jahres bringen, wir kennen sie ja nicht vor dem Abschluß. Wir müssen ja den neuen Haushaltsplan aufstellen, bevor der alte zu Ende ist. Was das Jahr 1927 angeht, so haben wir die Hoffnung, daß wir die Ausgaben dieses Jahres aus den Mitteln decken. Ueberschüsse können schon dadurch nicht erzielt werden, daß wir im Jahre 1927 eine ganze Reihe von Ausgaben, die wir gemacht haben, erledigen müssen. Wir müssen auch an die Auffüllung von Fonds gehen, wie wir dies vor 10 bis 15 Jahren gemacht haben.

Wir können die Ueberschüsse nicht dazu verwenden, die Steuern zu ermäßigen. Wir haben hier in Mannheim, was die Steuern an Grundbesitz und Gewerbe angeht, eine der niedrigsten Ziffern, die in den Städten des Landes besteht. Aus einer Uebersicht, die ich habe zusammenstellen lassen, kann ich sagen, daß die Höhe der Gewerbe- und Grundsteuer in 38 preußischen Großstädten höher ist, als in Mannheim. Wir sind niedriger, als irgend eine der 38 deutschen Großstädte. Ich bitte nun zum Schluß, sich für die Position e) doch eine andere Meinung zu bilden. Wir müssen das, was in den letzten Jahrzehnten versäumt wurde, nachholen. Wir müssen die Sache langsam und allmählich machen. Es wird Ihnen noch im März, wie ich hoffe, eine Vorlage über die Errichtung einer Handelshochschule zugehen. In dieser Vorlage ist der Bau einer Bibliothek nicht vorgesehen, weil wir die Hoffnung haben, daß wir gerade im Schloß, daß ich mir als ein Kulturtempel von Mannheim für die Zukunft vorstelle, eine schöne große, öffentliche Bibliothek erhalten werden, die nicht ein Museum von Büchern ist, sondern die ausgewertet werden muß für die Wissenschaft, für Gelehrte, Geschäftsleute usw. Diesem Ziel glaube ich nachzustreben. Wir sind in dieser Beziehung anderen Städten gegenüber im Rückstand. Ich bitte Sie daher dringend, hier eine andere Meinung zu fassen.

Beigeordneter Zöpfel verbreitet sich in längeren Ausführungen über die Einrichtung der Schloßbücherei, die einer vollständigen wissenschaftlichen Neuordnung unterworfen wird. Damit sollen einmal die wissenschaftlichen Werke der Gesamtheit der Bevölkerung nutzbarer gemacht wie bisher und zum andern die wissenschaftlichen Werke vor der Zerstörung bewahrt werden. Mit der wissenschaftlichen Neuordnung wurde ein wissenschaftlicher Direktor und ein Assistent beauftragt. Das, was heute vorgeschlagen wird, ist nur ein weiterer Schritt, wozu der Bürgerausschuß die Mittel bewilligt hat. Ein Neubau für die Bibliothek wäre allerdings besser, wie die Unterbringung im Schloß. Würde gar nichts geschehen, so würde die Bibliothek bald am Untergehen sein, denn der Zustand der Bücher läßt vieles zu wünschen übrig. Bei kostbaren alten Büchern sind die Ledereinbände durch die bisherige Art der Aufstellung wegen Mangels an Büchertegalen und an Raum ruiniert. Das Wichtigste ist, Büchermagazine zu schaffen. Hierfür kommen in erster Linie die Räume im Erdgeschoß des Schlosses in Betracht. Hierfür sind 70 000 ℳ benötigt. 6000 ℳ sind für die Verbringung der Gipsabgüsse in die von der Stadt erworbenen Werkhallen und Magazinräume der Motorenwerke in der Waldhofstraße erforderlich. Die Sammlungen sollen nicht etwa als solche ständig nach der Neckarstadt gebracht werden, sondern es handelt sich um eine provisorische Unterbringung. Es ist beabsichtigt, die Sammlungen wieder im Schloß unterzubringen, vielleicht in der Reithalle, wenn sie vom Reiterverein geräumt ist.

Direktor Dr. Froenger von der Schloßbücherei: Seit Jahren herrscht in der Schloßbücherei ein solcher Raummangel, daß man zu Notmaßnahmen greifen mußte, um die Bücher unterbringen zu können. Viel schwerer aber als diese rein äußerliche Verunstaltung ist, daß die Büchersammlung selbst durch diese Raumnot schweren Schaden leidet. Ferner wird der Bibliotheksbetrieb durch diese Raumnot sehr behindert. Besonders die alten wertvollen Bestände aus der Zeit Karl Theodors, die den Grundstock der Bibliothek bilden, leiden darunter auf das empfindlichste. Diese etwa 25 000 Bände umfassende Sammlung ist in den Schränken doppelreihig aufgestellt und ist so eng geklemmt, daß sich die wertvollen Leder- und Pergamentbände gegenseitig drücken und beschädigen. Diese doppelreihige Aufstellung trägt ferner zur Verschmutzung der Bücher bei, da man nicht herankommen kann, auch das Aufsuchen der Bücher wird sehr schwierig; durch das häufige Umsetzen werden die Bücher auch nicht besser. Der Betrieb wird dadurch sehr verlangsamt. Genau so verhält es sich mit den modernen Beständen. Die Neueingänge können nicht ordnungsgemäß eingereiht werden, sie können nur angereiht werden. Dadurch wird das Ganze unübersichtlich. Bei einem richtigen Bibliotheksbetrieb ist es notwendig, daß die verschiedenen Wissenschaften alphabetisch eingeordnet werden. Dies kann jetzt alles nicht in dem erforderlichen Maße geschehen. Sollen diese Mißstände beseitigt werden, so bleibt nichts anderes übrig, als die alten Bestände einreihig aufzubauen. Wenn wir die Anordnung richtig durchführen wollten, müßten wir für die moderne Abteilung rund die doppelte Zahl Gestelle haben wie heute. Die moderne Sammlung umfaßt rund 150—170 000 Bände. Wenn die Räume in der verlangten Form geschaffen würden, würden sie der erforderlichen Entwicklung der Bibliothek genügen auf lange Zeit hinaus. Heute sind es unwürdige Magazine. Es ist so gedacht, daß der große Büchersaal eine in sich abgeschlossene Sammlung des wissenschaftlichen und dichterischen Schrifttums aus dem 16. Jahrhundert bis ins hohe 19. Jahrhundert aufnimmt. Diese 25 000 Bände umfassende Bibliothek würde im großen Saal für immer untergebracht werden können, da keine Neuerwerbungen mehr gedacht sind. Die moderne Sammlung müßte ins Erdgeschoß. Die Schloßbibliothek ist dann zu einer allgemeinen öffentlichen Bibliothek zu erheben. Der Redner zählte dann die verschiedenen technischen Arbeiten auf, die notwendig sind, um die Bibliothek auf die richtige Höhe zu bringen. Aufnahme sämtlicher vorhandenen Bestände, wie Schaffung eines Generalkataloges, der völlig neu geschaffen werden muß, die Ausarbeitung eines sogenannten Sachkataloges über sämtliche Werke. Dann würde dieser Bibliothek in Deutschland eine einzigartige Bedeutung zukommen, die sich mit jeder anderen messen könne.

Zum Schluß hat Dr. Froenger die Bestrebungen der Bibliothek zu unterstützen und der Vorlage die Zustimmung zu erteilen.

Die Abstimmung.

Position a: Wurde einstimmig angenommen.

Position b: Hier wurde über den Antrag der Volkspartei zuerst abgestimmt, eine gemischte Kommission einzusetzen. Dafür waren Volkspartei u. Morell (Christl.-soz. P.). Die Position wurde gegen die Stimmen der Volkspartei angenommen.

Position c: Wurde einstimmig genehmigt.

Position d: Wurde angenommen gegen die Stimmen der Volkspartei und Oelenheinz (Aufwertungspartei).

Position e: Wurde mit 50:45 Stimmen angenommen (dagegen stimmten Volkspartei, Zentrum, Rechts-Kommunisten, 3 Demokraten und Unabhängige).

Regelung der Besoldungsverhältnisse der Beamten und Angestellten der Hauptstadt Mannheim

Stadtratsbeschluß:

1. Die Satzung über das Besoldungswesen der Beamten der Hauptstadt Mannheim (Gemeindebeschluß vom 4. Oktober 1927) wird, wie aus der Anlage 1 ersichtlich, geändert.

2. Der Besoldungsordnung (Anhang zur Satzung über das Besoldungswesen) wird die folgende Regelung der „Grundgehälter" beigefügt (Anlage 2).

3. Diejenigen Beamten, Wartegeldempfänger und Versorgungsempfänger, welche, wenn sie Beamte, Wartegeldempfänger oder Versorgungsempfänger des Reiches wären, die vom Reich als Abgeltung für einen Teil des wegfallenden örtlichen Sonderzuschlages gegebenen Abfindungsbeträge erhalten würden, erhalten den gleichen Betrag von der Stadt. Die Angestellten — einschließlich des Theaterorchesters — die am 30. September 1927 (Stichtag) entweder das Gehalt einer bestimmten Gruppe der Beamtenbesoldungsordnung oder ein festes Monatsgehalt hatten, erhalten die entsprechende Abfindung bei mindestens fünfjähriger Dienstzeit auf einmal, bei niedrigerer Dienstzeit in Vierteljahresraten beginnend mit dem 1. Januar 1928, sofern und solange das Dienstverhältnis fortbesteht. Arbeiter-Versorgungsempfänger erhalten die „Abfindung" wie gleichgeordnete Beamten-Versorgungsempfänger.

4. Diejenigen Beamten, Wartegeldempfänger, Angestellten und Versorgungsempfänger, welche auf Grund der Beschlüsse des Stadtrats vom 20. September und 15. Dezbr. 1927, sowie 12. Januar 1928 seit 1. Oktober 1927 „Vorschüsse" in Höhe der den vergleichbaren Reichsbeamten usw. gewährten Vorschüsse erhalten haben, beziehen diese Beträge als Gehaltszulagen bis zum 31. März 1928.

5. Die Bestimmungen Ziffer 1—2 treten am 1. April 1928 in Kraft.

6. Die zur Zeit des Inkrafttretens dieser Satzung im Dienst befindlichen Beamtenanwärter erhalten ein um zwei Jahre verbessertes Bezügedienstalter. Diese zwei Jahre werden aber bei der Ernennung zum Beamten auf das Besoldungsdienstalter nicht angerechnet.

Diese Anwärter rücken wie die Beamten auch über das Grundgehalt der ersten Dienstaltersstufe der Gruppe, in die ihre Stelle eingereiht ist, auf. Dabei bleibt aber die in Absatz 1 eingeräumte Verbesserung des Bezügedienstalters ebenfalls außer Betracht.

7. Waren die bisherigen Bezüge eines Beamten usw. nach dem Stand vom 30. September 1927 höher als die ihm aufgrund der neuen Besoldungsordnung zustehenden Bezüge, so ist der Unterschiedsbetrag als Zuschuß bis zu dem Zeitpunkt zu gewähren, in dem er durch eine ordentliche Erhöhung der neuen Bezüge ausgeglichen wird. Hierbei bleiben neu gewährte Kinderzuschläge und die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses infolge Verheiratung außer Anrechnung.

8. Die entstehenden Ausgaben sind für das Jahr 1927 aus Mehreinnahmen und Minderausgaben zu bestreiten.

Obmann-Stellver. Kaiser (Ztr.) begründet die Vorlage und spricht die Hoffnung aus, daß jetzt wohl Ruhe in der Beamtenschaft eintreten werde, wenn auch noch einzelne Härten ausgeglichen werden müssen. Im großen und ganzen werde sie auf Jahre hinaus Ruhe schaffen, wenn die Preissteigerung nicht fortgehen und neue Gehalts- und Lohnforderungen notwendig mache. Viele Wünsche seien geäußert worden bezüglich der Gewährung der Alterszulagen, etwa in der Art, daß 5 Jahre nach Ausscheiden des Beamten noch eine Alterszulage eintrete. Aber die Stadt Mannheim kann über den Beschluß des Reichstages nicht hinausgehen und muß ihn nehmen wie er ist. Der Stadtverordnetenvorstand habe die Vorlage eingehend geprüft und empfehle die Annahme.

Str. Lechleiter (Komm.): Meine Fraktion wird die Vorlage ablehnen. Es ist aber notwendig, zu den Besoldungsverhältnissen noch einiges zu sagen. Wenn die Entwicklung so, wie in den letzten Jahren, weiter geht, dürfte voraussichtlich mit dieser Regelung, die nun ihren Abschluß findet, dieses Thema auf Jahre hinaus wohl seitens der Behörden von der Tagesordnung verschwinden, nicht aber von Seiten der unteren Beamten. Herr Stadtverordnetenvorstand Kaiser hat zum Ausdruck gebracht, daß nun wohl Ruhe eintreten wird. Das wage ich zu bezweifeln. Das eine steht fest, daß die Not durch diese Regelung überhaupt nicht gewendet. Der Herr Reichsfinanzminister Köhler hat in seiner berüchtigten Magdeburger Rede u. a. auch den Ausdruck gebraucht, daß mit dieser Reform nun auch auf Jahre hinaus Schluß gemacht werde. Ich kann mir denken, daß wenn man in den Gehaltsverhältnissen des Reichsfinanzministers steht, daß man dann auf Jahre hinaus Schluß machen kann. Aber die unteren Beamten werden nicht Schluß machen. Es ist bezeichnend, daß der Name eines Zentrumsmannes mit dieser Schandvorlage für alle Zeiten verknüpft sein wird. Das zeigt am besten, wer in erster Linie diese Vorlage zu verantworten hat. Man kann aber hier nicht sagen, daß man nicht anders handeln kann und daß der Reichstag die Gesetzte gemacht hat. Die Zentrumsangehörigen hier sind für ihre Parteifreunde im Reichstag und Landtag verantwortlich und haben es hier genau so zu verantworten. Es geht nicht an, daß sie sich nun hier vor der Verantwortung drücken wollen. Die Besoldungsvorlage kommt den bescheidensten Wünschen der unteren und mittleren Beamten nicht entgegen. Der badische Finanzminister hat zur Verteidigung dieser Vorlage u. a. im Landtag erklärt, daß die seitherige Besoldungsordnung für die unteren Beamten nicht das Existenzminimum geboten hätte und auch die jetzige Regelung sei für die unteren Beamten eine sehr dürftige Befriedigung ihrer Bedürfnisse. Wenn das an dieser Stelle so vorsichtig ausgedrückt wird, so hat man alle

MARCHIVUM

Gerichtszeitung

Kupferdiebstahl und Hehlerei

Ein schlechtes Geschäft machten vier junge Leute aus Ludwigshafen, die mit beispielloser Frechheit nach 10 Uhr abends am 10. 1. 1928 einen dicht am Viaduktaufgang im Bahnhof stehenden Güterwagen aufbrachen und daraus vier Ringe Kupferdraht im Werte von 420 ℳ stahlen und auf einem Wagen fortschafften. Drei der Jungen haben sich vor dem Jugendgericht Ludwigshafen zu verantworten, der vierte, der Spengler Karl Heckert, vor dem Schöffengericht. Sie fuhren das Gut zu dem früheren Althändler H. Scherer von Ludwigshafen, der ihnen 70 Pfg. für das Kilo zu zahlen versprach. Die Polizei war aber flinker als die Verkaufsgenossenschaft, denn bereits am nächsten Morgen wurde das Diebesgut beschlagnahmt. Heckert erhielt wegen schweren Diebstahls die Mindeststrafe von 3 Monaten, Scherer wegen Hehlerei 7 Monate Gefängnis. Heckert erhält Bewährungsfrist gegen Zahlung einer Buße von 60 ℳ.

Ein netter Kollege

Vor dem Schöffengericht Freiburg stand der 42 Jahre alte Kaufmann Franz Cordes von Hamburg, wegen Rückfallbetrugs und erschwerter Urkundenfälschung. Sein Kollege J. hatte ihm um 20 RM. anborgen wollen, damit J. über Sonntag seine in Mannheim wohnenden Eltern besuchen könnte. C., der auch kein Geld hatte, machte dem J. den Vorschlag, er wolle ihm den Vorführungs-Staubsauger versetzen. Beide reisten für eine Mannheimer Staubsaugerfirma. Am Montag könne J. den Apparat wieder auslösen. Von dem Geld, das C. erhielt (60 RM.), behielt er 40 RM. zurück. Als J. am Montag zurückkam, entdeckte er die Bescherung. Er wandte sich sofort an seine Firma, die C. postwendend hinausbeförderte, denn eben hatte sie ihm Generalpardon bei guter Führung erteilt, weil er sie mit Hilfe von 5 gefälschten Bestellscheinen um 160 RM. betrogen hatte. Diese Bestellscheinschwindeleien sind nachgerade an der Tagesordnung. Meist werden sie von der Not diktiert, doch in diesem Fall muß der Angeklagte zugeben, daß Verschwendungssucht ihn wiederholt vor die Schranken des Gerichts gebracht hat. Der Vertrieb der Staubsauger brachte ihm nämlich monatlich 600 bis 800 RM. Aber trotz seiner Verfehlungen hätte er nicht vor den Schranken des Gerichts zu erscheinen brauchen, hätte er seine Entlassung nicht benutzt, um seinem Nachfolger den Staubsauger unter dem Vorgeben, er habe noch Abschlüsse in Aussicht, abzuschwindeln und damit zu verschwinden. In Stuttgart arretierte die von dem Betrogenen alarmierte Kriminalpolizei zuerst den inzwischen versilberten Staubsauger und dann den Uebeltäter selbst, der 7 Monate im Gefängnis über seine Sünden nachdenken darf. Ot.

Eine gute Partie

Die Braut ist dool, hat aber Geld

Im Haushalt eines Bäckermeisters in Berlin besorgte Fräulein Olga, die Nichte der Frau des Meisters, die Hausarbeit. Sie bekam ihren Lebensunterhalt, aber keinen Barlohn. Man betrachtete sie nicht als Hausangestellte, sondern als Haustochter. Vier Jahre bestand dies Verhältnis ohne jede Störung. Ja, der Meister hatte sich der Olga so „freundschaftlich" genähert, daß die Meisterin allen Grund zur Eifersucht zu haben glaubte. Natürlich war nun das gute Einvernehmen im Bäckerhause gestört. Olga dachte daran, sich zu verändern und kam auf den Gedanken, daß sie doch für ihre Arbeit in vier Jahren Lohn zu beanspruchen habe. Davon wollte aber der Meister nichts hören, doch erklärte er sich bereit, wenn Olga sich verheiraten werde, ihr eine Ausstattung zu beschaffen. Auf diese Aussicht hin fand sich dann bald ein Bewerber für Olga, oder doch für die erwartete Mitgift, denn der Bräutigam sagte zu Bekannten: „Ich heirate das Geld, an dem Mädchen liegt mir nichts, die ist dool." Eines Abends saß der Bäckermeister mit Freunden und Nachbarn in der Kneipe. Auch Olga und ihr Bräutigam nahmen an dem Gelage teil. Um die Mitternachtsstunde, als die Tafelrunde stark unter dem Einfluß des Alkohols stand, brachte Olga die Frage der Ausstattung wieder zur Sprache. Da erklärte der Bäckermeister, er werde ihr bei ihrer Verheiratung 2000 Mark zahlen als Lohn für ihre Arbeit und für die Annehmlichkeiten, die er durch sie gehabt habe. — Als der Rausch verflogen war und Olga Sicherheit für die Erfüllung des Versprechens forderte, da wollte der Meister von nichts mehr wissen. Nun ging Olga im Beistande ihres Bräutigams nach dem Arbeitsgericht in Berlin und verklagte den Bäckermeister auf Erfüllung seines Versprechens. Dem Meister stand seine redegewandte Frau zur Seite. Es gab sehr erregte Auseinandersetzungen zwischen den Parteien. Die Rechtslage war zweifelhaft. Der Richter riet deshalb zu einem Vergleich, der denn auch nach langem Handeln und Feilschen zustande kam. Olga erhält sofort 700 Mark. Ob der Bräutigam die Braut, die ihm mit 2000 Mark annehmbar erschien, auch mit 700 Mark noch nehmen wird, ist allerdings nicht entschieden.

*

§ **Schwurgericht Kaiserslautern.** Angeklagt war der 21 Jahre alte ledige Metzger Albert Adam aus Dörnbach, der am 28. September 1927 in Dörnbach mit dem Nachbarn des väterlichen Anwesens, dem 66 Jahre alten Landwirt Philipp Steller, in Streit geriet und im Verlaufe desselben dem Steller das Teilstück einer Egge so wuchtig auf ihn warf, daß er zu Boden stürzte und durch das Aufschlagen des Kopfes auf den gepflasterten Boden eine schwere Schädelverletzung erlitt, an der am 2. Okt. infolge einer Gehirnblutung verstarb. Der Angeklagte gab den verhängnisvollen Wurf zu, schützte jedoch Notwehr vor. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr Gefängnis, der Verteidiger Freisprechung. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten und legte dem Angeklagten die Tragung der Kosten auf.

§ **Ein Denkzettel.** Ein Bildhauer- und ein Schreinerlehrling aus Neifenberg, die im Januar d. Js. mit der bekannten Erzählung, sie seien von einem Auto nachts angehalten worden, dessen Insassen sie mit Gewalt verschleppen wollten, nicht nur der Bevölkerung einen Bären aufgebunden, sondern auch die Behörden in Tätigkeit gesetzt hatten, erhielten vom Amtsgericht Zweibrücken wegen groben Unfugs 30 bezw. 20 ℳ Geldstrafe nebst den Kosten des Verfahrens.

§ **Verurteilter Kirchenräuber.** Der Schlosser Georg Hermani aus Rüdesheim, der gemeinsam mit einem anderen, bereits abgeurteilten Genossen bei Einbrüchen in Kirchen Teppiche und Altardecken und in Schulen Geigen, Vorhänge usw. stahl, erhielt vom Bezirksgericht Mainz eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren. Er entzog sich seinerzeit der Strafe durch Eintritt in die Fremdenlegion. Bei seiner Rückkehr nach Deutschland wurde er festgenommen und fest abgeurteilt.

§ **Der schneidige Herr Direktor.** Wegen Betrugs, Urkundenfälschung, Untreue, Unterschlagung und Verletzung des Briefgeheimnisses hatte sich vor dem Strafgericht München der „Direktor" Friedrich Bauer von Offenbach der Münchener Tochtergesellschaft der Buchdruckerei Mandruck AG. in Leipzig zu verantworten. Bauer bewarb sich durch gefälschte Zeugnisse und Referenzen um die Direktorstelle bei der genannten Firma und führte schon bald nach seinem Eintritt ein überaus scharfes Regiment, und zwar derart streng, daß zahlreiche Arbeiter und Angestellte aus der Firma austraten. Nach einer halbjährigen Tätigkeit ging es mit der Firma rückwärts und in einer Zeit, da nicht einmal angeblich die Gelder für Löhne usw. vorhanden waren, entnahm der „Direktor der Kasse große Beträge für angeblich unternommene Reisen. Das Gericht verurteilte den Schwindler zu 1 Jahr Gefängnis und lehnte wegen der Raffiniertheit seines Vorgehens die Gewährung eines bestimmten Straferlasses ab.

Sportliche Rundschau

Seefliegerei und Ozeanflüge

Der Badisch-Pfälzische Luftfahrtverein beschließt seine Werbevortragsreihe am kommenden Freitag durch einen Vortrag des Herrn Dr. Fritz Müller über die „Seefliegerei als Grundlage der Ozeanflüge". Der Vortrag findet abends im oberen Saale der Handelskammer statt. Die Mannheimer Flieger haben es von jeher verstanden, eine Reihe guter Redner und vorzüglicher Fachleute für ihre Werbevorträge zu gewinnen und auch der angekündigte Vortrag verspricht, da Herr Dr. Fritz Müller als ehemaliger Seeflieger aus eigener Erfahrung sprechen wird, hochinteressant zu werden, besonders, da er eine Reihe selbstaufgenommener Lichtbilder und außerdem einen Film über den letzten Seeflugwettbewerb 1927 vorführen wird. Es wäre den Fliegern zu wünschen, wenn auch diesmal dem Vortrage ein guter Besuch als wohlverdienter Lohn für die Werbetätigkeit beschieden wäre und das Publikum an der Entwicklung der Mannheimer Fliegerei recht regen Anteil nehmen würde. Die Uebungskurse mit dem Segelflugzeug beginnen am 1. April und der Andrang der Jugend ist außergewöhnlich groß. Der Verein rechnet bestimmt damit, auch am 1. Mai die Motorfliegerei aufzunehmen, da bis dorthin ein Clemm-Daimler Flugzeug angeschafft wird.

Handball

MFC. 08 Lindenhof — DJK. Friesenheim 4:2

Vergangenen Sonntag trafen sich auf dem Lindenhofplatze obige Vereine zu einem Freundschaftsspiel. Vor ca. 600 Zuschauern entwickelte sich ein sehr schnelles und schönes Spiel. Obwohl 08 für zwei Leute Ersatz eingestellt hatte, konnte er dennoch gegen die komplette Friesenheimer Elf einen sicheren Sieg davontragen. 08 hat Anwurf, findet sich jedoch nicht gleich zusammen. Ein Angriff von 08 wird durch unfaires Spiel unterbunden; der verhängte Strafwurf wird von dem Rechtsaußen glatt eingeworfen. 1:0. Gleich darauf kann derselbe Spieler aus dem Gedränge heraus den 2. Treffer für seine Farben erzielen. Lindenhof bleibt weiter im Angriff und zeigt eine starke Ueberlegenheit. Ein Strafwurf für 08 wird von dem Halblinken zum 3. Tor verwandelt. Doch jetzt kommen die Gäste etwas auf. Sie finden sich besser zusammen und können auch kurz vor Halbzeit einen Treffer aufholen. Mit 3:1 geht es in die Pause. — Nach dem Wechsel ist zunächst ausgeglichenes Spiel. Die Gäste können sogar einige Minuten drängen. In dieser Zeit holen sie noch ein Tor auf. Einen 13 Meter-Ball können sie jedoch nicht verwandeln, da der 08-Torwart glänzend abwehrt. Auf der Gegenseite kann der Rechtsaußen durch einen 13 Meter-Ball das Ergebnis auf 4:2 für 08 erhöhen. Bis zum Schluß wird an diesem Ergebnis nichts mehr geändert. Der Schiedsrichter, Herr Schumacher von Phönix-Mannheim, leitete das schöne Treffen gut.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat März

Rhein-Pegel	1.	2.	3.	5.	6.	7.
Maxauhut	—	—	—	—	—	—
Schusterinsel	1.18	1.07	0.98	0.88	0.80	0.66
Kehl	2.41	2.38	2.30	2.17	2.18	2.15
Maxau	4.20	4.20	4.15	4.07	3.38	3.08
Mannheim	3.56	3.28	3.21	2.94	2.77	2.66
Caub	2.65	2.55	2.43	2.30	2.24	2.18
Köln	2.33	2.70	2.66	2.42	2.34	2.24

Neckar-Pegel	1.	2.	3.	5.	6	7.
Mannheim	3.42	3.33	3.23	3.04	3.—	2.88
Jagstfeld	1.33	1.31	1.29	1.26	1.23	1.25

Heute früh entschlief sanft nach kurzem, schweren Leiden unser lb. Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel, Herr

Otto Michel

im Alter von 72 Jahren.

Mannheim (Rennplatz, E 7, 12), 6. März 1928

Die trauernden Hinterbliebenen:

Fam. Jakob Becker
Fam. Otto Michel
Fam. Karl Michel
Fam. Wilh. Scheer
Fam. Rich. Michel

Die Feuerbestattung findet am Donnerstag, den 8. März, nachmittags 3 Uhr statt. *8257

Todes-Anzeige

Am 5. März entschlief allzufrüh nach schwerer Magenoperation, unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater und Bruder

Herr **Adam Haumüller**

Schneidermeister

Mannheim (Schimperstr. 1), 5. März 1928.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Elise Haumüller, geb. Mayer
Heinrich Haumüller u. Frau
und zwei Enkelkinder

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 2 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. *8116

Neue Seiden!

Einfarbige Waschseiden in grossem neuen Farbsortiment . Mtr. 2.16, 1.65, **1.15**

Gemusterte Waschseide, schöne neue Jacquard-Dessins .... Mtr. 1.40, **1.30**

Bestickte Waschseide „Die große Neuheit" auch m. Metallstickerei ..... Mtr. 4.35, 3.90, **2.35**

Rohseiden, bestfarbig, solide, waschbare Qualität..... Mtr. 3.75, 2.75, **2.25**

Velontines, der große Modeartikel, in riesiger Farbenauswahl..... Mtr. 7.90, **6.90**

Veloutine, unsere Spezial-Edel-Sorten wundervolle Qualität..... Mtr. 9.50, **8.90**

Crêpe de chine, Reine Seide in größter Farbenauswahl Mtr. 6.50, 5.65, **4.50**

Crêpe de chine, unsere erprobten Edelsorten, neue elegante Sortierung Mtr. 8.50, **7.90**

Schon jetzt!
Neue Druck-Seiden - elegante Ausmusterung in- und ausländischen Fabrikats.

Hermann Fricks
An den Planken, neben der Hauptpost

Todes-Anzeige.

Schmerzerfüllt machen wir Freunden und Bekannten die tieftraurige Mitteilung, daß unsere innigstgeliebte Tochter *8193

Elise Rhein

am 5. 3. 28, 3½ Uhr mittags im Alter von 21 Jahren u. 9 Monaten nach langem, schw. Herzleiden sanft entschlafen ist.

Mannheim, Rheinhäuserstr. 25, 6. März 1928.

In tiefer Trauer:

Joh. Rhein und Frau nebst Sohn.

Die Beerdigung findet am 8. 3. 28, nachmittags von der Leichenhalle aus statt.

Rheinische Creditbank Mannheim

Siebenundfünfzigste ordentliche

Generalversammlung

am Freitag, den 30. März 1928, vormittags 11½ Uhr im Gebäude der Bank, wozu wir die Herren Aktionäre einladen. 8284

Tagesordnung:

1. Vorlage der Bilanz auf 31. Dezember 1927 mit Berichten des Vorstandes und Aufsichtsrats; Genehmigung der Bilanz.
2. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
3. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrats.
4. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
5. Abänderung von Art. 16 des Gesellschaftsvertrages: Teilnahme an der Generalversammlung und Ausübung des Stimmrechts.

Zur Ausübung des Stimmrechts ist jeder Aktionär berechtigt, welcher die Aktien spätestens am fünften Tage vor der Versammlung bei der Gesellschaft oder bei einer der nachstehend bezeichneten Stellen oder bei einem Notar hinterlegt.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsmäßig erfolgt, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Bankfirma bis zur Beendigung der Generalversammlung im Sperrdepot gehalten werden.

Eintrittskarten zur Generalversammlung sind erhältlich bei unserer Bank und ihren sämtlichen Zweigniederlassungen, ferner bei sämtlichen deutschen Effekten-Girobanken, in Berlin bei der Deutschen Bank und bei Herrn S. Bleichröder, in Frankfurt am Main, Hamburg, München, Stuttgart bei den Zweiganstalten der Deutschen Bank, ferner in Frankfurt a. M. bei der Deutschen Vereinsbank und der Frankfurter Bank, in Neustadt a. d. Haardt bei Herrn G. F. Grohé-Henrich, in Saarbrücken bei Herrn G. F. Grohé-Henrich & Co., in Freiburg i. Br. bei Herrn J. A. Krebs, in Basel und Zürich bei der Basler Handelsbank und der Schweizerischen Kreditanstalt.

Mannheim, den 7. März 1928.

Der Aufsichtsrat.

Heute früh verschied nach kurzem, schweren Leiden meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwester und Tante, Frau

Frieda Ortlieb

geb. Spöhr

im Alter von nahezu 48 Jahren.

Mannheim, Windeckstr. 9, 6. 3. 1928.

In Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Christian Ortlieb
nebst Kindern Stella u. Theo

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle aus statt. *8247

Verkäufe

Baugeschäfte
ca. 1200 Stück Gerüstklammern preisw. zu verkaufen. B1189 Adr. in der Gesch.

Wenig gebrauchter
Kindersportwagen
bill. zu vk. Näh. G 7 Nr. 15, 1 Tr., r. läut. *8185

Handwagen
geeignet für Marktfahrer, zu verkauf. Adresse in der Geschäftsstelle. *8223

Von der Reise zurück!
Dr. Hermann Haas
Facharzt für Chirurgie.
N 2, 9. Em10

7% Badische Kommunal-Goldanleihe v. 1926

Die am 1. 6. 1928 fällige Tilgung wird durch Rückkauf erfolgen. Auslosung von Stücken findet nicht statt. 8252

Mannheim, den 6. März 1928.

Badische Girozentrale.

Sodbrennen Magenbeschwerden! Nehmen Sie Dr. Schiffers Verdauungspulver. Sch. 1.- Storchen-Drogerie, Marktplatz, B 1, 6 8219

Verkäufe

Lebensmittelgeschäft
samt Ware u. Inventar zu verkauf. 2800 ℳ in bar u. 3 Zimmerwohng. i. Tausch erforderl., da schöne 3 Zimmerwohng. und Mansarde vorh. Nur ernste Reflekt. woll. sich meld. u. M Y 79 an die Gesch. B1074

Speise- u. Herrenzimmer
Eichen, komplett, fast neu, preisw. zu verkaufen. B1158 Angeb. u. W F 11 an die Geschäftsstelle.

MARCHIVUM

Wirtschafts- und Handelszeitung

Der Hafen von Straßburg im Widerstreit mit französischen Interessen

Es scheint, daß man in Frankreich das Emporblühen des Straßburger Hafens nach und nach als eine Gefahr für die französischen Seehäfen zu empfinden beginnt. Es mehren sich zutreffends die Pressestimmen, die Straßburg in seine regionalen Schranken und regionalen Aufgaben zurückzudämmen versuchen. Man begrüßt zwar die Zunahme des Rhein- und Kanalverkehrs in den Straßburger Häfen, aber man sollte in der Begünstigung der französischen Expansion auf dem Rheine — so schrieb dieser Tage die Gazette du Centre in Limoges — nicht so weit gehen, daß man andere wesentliche Interessen der nationalen Wirtschaft vernachlässigt. So beklage man sich in Straßburg, heißt es im erwähnten Blatte, über den

Rückgang des Kohlenumschlages

in Straßburg. Während im März des abgelaufenen Jahres die Kohlenzufuhr sich noch auf 224 000 To. belief, sei sie im Dezember auf 80 000 To. zurückgegangen. Man dürfe nicht vergessen, daß durch die Zunahme der Kohlenzufuhr in Straßburg die vitalen Interessen Lothringens geschädigt würden. Die lothringischen Gruben hätten wegen Absatzmangel große Haldenbestände anlegen und Feiertage einlegen müssen und es läge daher mehr im Landesinteresse, die Kohlenproduktion in Lothringen zu begünstigen als die Einfuhr ausländischer Kohle. Die Interessen des großen französischen Rheinhafens und die Lothringens seien mit einander im Widerspruch und es mache den Eindruck, daß Straßburg mit seiner

Hafenpropaganda eine nationale Kundgebung

veranstalten wolle, um auf Kosten der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes für das Elsaß neue Vorteile zu erlangen. Alle Dinge hätten zu deutlich gezeigt, daß die legitimen Interessen Lothringens stets auf den systematischen Widerstand des Elsasses stoßen. Nun verlange man neue Vorteile für den Straßburger Hafen, der bis jetzt immer Ursache gehabt habe, mit dem ministeriellen Entgegenkommen zufrieden zu sein. Aber heute habe man in Lothringen das Gefühl, daß man in genußsüchtiger Weise geopfert worden sei und daß man nun genügend Bescheidenheit an den Tag gelegt habe.

Man darf gespannt sein auf den weiteren Verlauf der Spannung zwischen den beiden wiedergewonnenen Schwesterdepartementen

---

:f: **Der Steuerwert der norwegischen Anlagen der J. G. Farbenindustrie AG.** Die steuerliche Taxe für die Anlagen der Norsk Hydro, (Kraftanlagen, Fabriken, Wasserfälle und Regulierungsanlagen) beläuft sich nach den Schätzungen des von der Gemeinde Tinn eingesetzten Steuerkomitees auf rund 72 Mill. Kronen. Die Steuertaxe, die vor fünf Jahren für die damaligen Anlagen vorgenommen wurde, stellte sich auf 22 Mill. Kronen.

?:f **Braunkohlen- und Brikettwerke AG. Roddergrube in Brühl.** Nach 3,01 (1. B. 3,61) Mill. ℳ Abschreibungen ergibt sich für 1927 ein Reingewinn von 5,85 (1. B. 4,84) Mill. ℳ, woraus auf Grund des IG-Vertrages mit den Rheinisch Westfälischen Elektrizitäts-Werken, wie bereits mitgeteilt, 27 v. H. Dividende verteilt werden. Der AR. erhält 235 790 ℳ, dem Wohlfahrtsfonds werden 150 000 ℳ überwiesen, so daß ein Vortrag von 113 678 ℳ bleibt. An dem Rohkohlenabsatz des rheinischen Braunkohlenreviers war die Gesellschaft 55,9 v. H. (1. B. 56,4 v. H.) an dem Brikettabsatz mit 19,7 v. H. (1. B. 19,9 v. H. beteiligt. — Die Kohlenförderung des Unternehmens betrug 12,34 (1. B. 11,22) Mill. To., der Absatz 5,54 (1. B. 5,44) Mill. To., die Brikettherstellung 2 (1. B. 1,84) Mill. To., der Absatz 1,97 (1. B. 1,81) Mill. To. bei einem Selbstverbrauch von 27 540 (29 180) Tonnen.

?:f **Der erste Abschluß der Deutschen Edelstahlwerk AG. Bochum.** Das erste Geschäftsjahr umfaßt die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Sept. 1927, mithin neun Monate. Die Gesellschaft übernahm am 1. Januar 1927 die Betriebe einer Reihe bekannter Edelstahlwerke. Die während und kurz nach dem Zusammenschluß monatlich auftretenden großen Verluste sind teils durch Rationalisierung, teils durch besseren Beschäftigungsgrad beseitigt. Man hofft, bei fortschreitender Rationalisierung zu günstigen Ergebnissen zu kommen. Jedoch wird für die ersten neun Monate keine Dividende verteilt. Der bisherige Verlauf der Rationalisierung habe bewiesen, daß in der Fabrikation sowohl als im Betriebe wesentliche Ersparnisse zu erzielen sind. Bei denjenigen Betriebe die bereits spezialisiert sind, zeigt sich eine bedeutende Steigerung des Nutzeffekts. Sehr günstige Ergebnisse sind durch den Zusammenschluß bei der Lagerhaltung an Rohstoffen und Fertigwaren erzielt worden. — Aus der Bilanz (in Mill. ℳ): Werkanlagen 38,19, Warenbestände 16,12, Forderungen 19,53, Kasse, Reichsbank- und Postscheckbestände 18; anderseits AK. 30, Rückstellung 2,955, langfristige Verpflichtungen 26,16, kfd. Verpfl. 8,17, Rückstellungen für noch nicht abgerechnete Verpflichtungen, Steuern, zweifelhafte Forderungen usw. 1,899, Abschreibungen auf Werkanlagen 1,254, Reingewinn 56 190 ℳ.

* **Starke Nachfrage nach den kleinen Daimler-Benz-Wagen.** Ueber die in den letzten Tagen umlaufenden Angaben ist Genaueres nicht in Erfahrung zu bringen. Der Verwaltung ist jedenfalls bis jetzt über angebliche Besitzveränderung größerer Aktienpakete nichts bekannt. — Dagegen hört die S. A., daß sich nicht nur die technische Umstellung der Betriebe ausgezeichnet auswirkt, sondern auch die Neuordnung des Verkaufs. Ebenso wirken sich die Erfolge auf den letzten internationalen Ausstellungen aus. Insbesondere wird der kleine und der S-Wagen stark verlangt, so daß jetzt unter Ausnützung aller Einrichtungen voll gearbeitet werden muß.

:r: **Maschinenfabrik Geitzer AG. in Durlach.** In Bestätigung unserer Mitteilung in Nr. 110, teilt jetzt die Gesellschaft mit, daß der AR. beschlossen hat, der auf den 28. März d. J. einberufenen HV. die Erhöhung der Dividende auf 11 (1. B. 7) v. H. vorzuschlagen.

)||(**Gebrüder Lutz, AG. in Darmstadt.** Es bestehen Anzeichen dafür, daß die Henschel u. Sohn GmbH., in Kassel in der letzten Zeit ihren bereits bestehenden Besitz an Aktien der Gesellschaft durch Zukauf vergrößert hat. Die Gebrüder Lutz, AG., steht sowohl mit Henschel wie mit der Vrgt. landwirtschaftlich. Maschinenfabrik vorm. Epple Burkhaum AG., Augsburg, in Interessengemeinschaft. Sie hat ihre Lokomotivabteilung stillgelegt und ein ausgedehntes Verleihgeschäft entwickelt, ferner neuerdings die Autovertretung aufgenommen.

:f: **Aluminiumindustrie Neuhausen AG.** Der Verwaltungsrat der Aluminium-Industrie AG. Neuhausen beschloß, für das Geschäftsjahr 1927 aus dem erzielten Reingewinn von 11 835 706 schweizer Franken eine Dividende von wieder 15 v. H. auszuschütten. Ferner soll der zum 28. 3. einzuberufenden GV. die Zuweisung von 2,5 Millionen Fr. an die Spezialreserve vorgeschlagen werden. Des weiteren beantragt der Verwaltungsrat die Verteilung eines Bonus von 100 Fr. je Aktie aus der Spezialreserve. In der Verwaltungsratssitzung wurde darauf hingewiesen, daß Aktien des Unternehmens in steigendem Maße an ausländische (deutsche) Hände übergehen. Der GV. sollen dieserhalb Maßnahmen gegen Ueberfremdung vorgeschlagen werden, u. zwar ist beabsichtigt, 50 000 Stück auf den Namen lautende Prioritätsaktien zu je 100 Fr. zu emittieren, die ausschließlich Schweizer Aktionären zugeteilt werden sollen. Die Dividendenberechtigung dieser Prioritätsaktien soll auf 5 v. H. limitiert werden.

?:f **Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft in Berlin — Vorjahrsdividende auf erhöhtes KK.** Die Verwaltung hat beschlossen, aus dem im GJ. 1926 erzielten Reingewinn in Höhe von 2 231 727 (1. B. 2 301 292) ℳ eine Gewinnausschüttung von unv. 10 v. H. auf das von 25 auf 30 Mill. ℳ erhöhte StAK. vorzuschlagen.

)||(**Die Rütgerswerke in Italien.** Die Rütgerswerke haben die Mehrheit der italienischen Elektrodenwerke Garni Elettrici zu ungefähr pari käuflich erworben. Die G. verfügt über ein K. von 12 Mill. Lire.

?:f **Augsburger Baumwollspinnerei u. Weberei Gleibach, vorm. Heinrich Ott in Gleibach.** Einschl. 40 527 ℳ Vortrag verbleibt ein Reingewinn von 426 690 (279 537) ℳ. Man will hieraus eine von 10 auf 12 v. H. erhöhte Dividende vorschlagen. Die Vorzugsaktien sollen wieder 6 v. H. erhalten. 50 000 ℳ gehen an die Unterstützungsrücklage und 135 900 ℳ werden vorgetragen.

:r: **Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei in Bremen. — Dividenden- und Kapitalserhöhung.** Der AR. beschloß, der GV. am 30. März die Verteilung einer Dividende von 12 (10) v. H. auf die Inhaber-StA. und Genußscheine sowie die Vornahme einer Kapitalerhöhung um 25 auf 75 Mill. ℳ vorzuschlagen. Die Kapitalerhöhung erfolgt, um das AK. der Gesellschaft dem wachsenden Geschäftsumfang anzupassen.

:r: **Dividendenerhöhung der Stettiner Oelwerke.** Der AR. der Stettiner Oelwerke AG. in Züllchow bei Stettin hat die Ausschüttung eines Gewinnanteils von 7 (1. B. 5) v. H. beschlossen.

Der Abschluß der Disconto-Gesellschaft

Gesamtumsatz um 26 Milliarden gestiegen / Erhöhte Zahlungsbereitschaft / Klagen über behördliche Wirtschaftspolitik Ungewöhnliche Steigerung der Steuerlast.

Die Abschlußziffern der Disconto-Gesellschaft Berlin zeigen im Ganzen eine nicht unwesentliche Steigerung, die umsomehr ins Gewicht fällt, wenn man die hemmenden Faktoren berücksichtigt, die im Bankenjahr 1927 wirksam wurden. Der Gesamtumsatz der Gesellschaft ist gegenüber dem Vorjahre um 26 auf 113,83 Milliarden gestiegen und die Bilanzsumme bei der Disco allein von 1121,25 auf 1410,92 Mill. ℳ. Nimmt man die bereits veröffentlichten Ziffern der beiden von dem Institut vollkommen kontrollierten Banken, der Nordd. Bank in Hamburg und des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins in Köln hinzu, so zeigt die Gemeinschaftsbilanz eine Bilanzsumme von 1735,49 Mill. ℳ gegen 1585,48 Mill. ℳ i. V. Allerdings machte sich bei dem Jahresergebnis die öffentliche Belastung diesmal besonders schwer bemerkbar und die Disco muß eine ungewöhnliche Steigerung der Steuerlast feststellen, die rund 47 v. H. des Reingewinnes ausmacht. Die Disco mahnt darum mit Ernst daß eine erhebliche Herabsetzung der Steuerlast nicht mehr aufgeschoben werden darf, denn auch die Rationalisierung im Bankgewerbe erreiche ihre Grenze.

Gewinn- und Verlustrechnung

Der Rohgewinn der Disco allein erhöhte sich von 66,67 auf 70,05 Mill. ℳ, der der Gemeinschaftsbilanz von 81,72 auf 84,88 Mill. ℳ. Zu dem Rohgewinn trugen bei: Wechsel und Zinsen 25,87 (23,63) bezw. 33,67 (31,58), Wertpapiere 6,82 (6,57) bezw. 9,16 (9,56) Provisionen 31,29 (30,57) bezw. 39,85 (38,93), Beteiligung bei der Nordd. Bk. unv. 1,2, bei A. Schaaffhausen unv. 2,5, dauernde Beteiligung bei anderen Banken 2,19 (2,02) bezw. 2,34 (2,23). Von diesen Einnahmen beansprucht: die Verwaltungskosten einschl. der Gewinnbeteiligung der Geschäftsinhaber, Direktoren und Angestellten 47,47 (46,93) bezw. 58,44 (57,82) Mill. ℳ und Steuern 7,21 (4,398) bezw. 10,27 (6,40) Mill. ℳ, sodaß der Reingewinn auf der Vorjahrshöhe gehalten werden konnte, der mit 15 374 430 (15 547 165) ℳ, bezw 18 175 495 (17 500 511) ausgewiesen wird. Aus diesem sollen wieder 10 v. H. Dividende verteilt, wieder 1 Mill. ℳ der besonderen Rücklage zugeführt, wieder 0,66 Mill. AR.-Tantiemen ausgeschüttet und 217 674 (190 408) Mark auf neue Rechnung vorgetragen werden. Wie schon erwähnt, hat der Gesamtumsatz um rd. 26 Milliarden zugenommen, er betrug 113 828 238 930 ℳ gegen 88 123 097 226 ℳ i. V. Der Rohgewinn hat um rund 3,5 Mill. ℳ zugenommen. Dabei haben alle Einnahmeposten eine Steigerung aufzuweisen. Außerdem weist die Disco alle Gewinne aus, nachdem sie für alle irgendwie zweifelhaften Forderungen Abschreibungen und Rückstellungen vorgenommen wurden und die stillen Rücklagen namhaft gestärkt worden sind. Auf dem Konto der dauernden Beteiligungen sind nur die tatsächlichen Einnahmen, also die Dividenden für 26 bezw 26-27 verbucht. Beachtlich ist es, daß trotz der beschränkten Möglichkeit auf dem Kapitalmarkt die Gewinne aus dem Wertpapiergeschäft gegen das Vorjahr eine etwas gesteigerte Rentabilität ergaben. Wie schon erwähnt, haben die Unkosten trotz aller gegenteiligen Bemühung eine Erhöhung erfahren, davon die Steuern allein eine Zunahme um 2,8 Mill. ℳ.

Vermögensaufstellung

In der Bilanz zeigen auch bei der Disco die fremden Gelder eine starke Erhöhung um 275 Mill. ℳ, in der Gemeinschaftsbilanz sogar um 348 Mill. ℳ, denn die Gläubiger liegen von 864,26 auf 1189,09 bezw. von 1073,09 auf 1421,37 Mill. ℳ. Bei der Disco allein gliedern sich diese wie folgt: von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite 114,14 (42,42), Guthaben deutscher Banken 175,9 (158,51), gebührenfreie Einlagen 598,15 (410,16) und sonstige Gläubiger 257,11 (253,17) Mill. ℳ. Akzepte und Schecks erfuhren durch den erweiterten Geschäftsverkehr eine Steigerung von 54,98 auf 68,20 bezw. mit Nordd. Bank und Schaaffhausen von 75,58 auf 95,79 Mill. ℳ.

Auf der Gegenseite fällt zunächst eine erhebliche Steigerung der eigenen Mittel und weiter die Zunahme der Schuldner auf. Das Kreditbedürfnis der Wirtschaft konnte aus den einheimischen Mitteln bei weitem nicht befriedigt werden. Hier ist darauf hinzuweisen, daß in den Ziffern der Gläubiger und Schuldner auch die entsprechenden Valuta-Gläubiger und Schuldner enthalten sind, deren Forderungen bzw. Schulden zum Tageskurs in die Markvaluta umgerechnet sind. Durch die Stellung der Bank in den Hafenplätzen, insbesondere in Bremen, haben die Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen bei der Disco selbst eine Zunahme um rund 82, in der Gemeinschaftsbilanz um 90 Mill. erfahren. Der einzige Posten, der in dem Abschluß zurückgegangen ist, sind wie bei den anderen Banken, Reports und Lombards. Wie die Steigerung der Wertpapier- und Konsortial-Bestände erkennen läßt, ist eine Anzahl größere Geschäfte am Jahresschluß noch in der Abwicklung begriffen gewesen. Der Nominalbetrag der dauernden Beteiligungen beläuft sich auf 86,10 Mill. ℳ, der Buchwert auf 38,75 (32,91) Mill. ℳ; sie stehen also unter Pari zu Buche. Im einzelnen sind in Mill. ℳ ausgewiesen: Kasse, Sorten usw. 63,87 (49,62) bzw. 75,30 (56,72), Wechsel und unverzsl. Schatzanweisungen 321,80 (223,42) bzw. 378,50 (278,42), Eigenguthaben bei Banken 155,79 (103,99) bzw. 196,32 (135,88), Reports und Lombards 60,15 (88,91) bzw. 95,82 (125,71), Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen 131,59 (59,73) bzw. 170,08 (70,89) eigene Wertpapiere 9,64 (6,77) bzw. 16,39 (15,63), Konsortialbeteiligungen 24,29 (18,28) bzw. 31,83 (21,58), dauernde Beteiligungen bei anderen Banken 38,75 (32,91) bzw. 37,33 (36,39), Schuldner 527,82 (462,58) bzw. 685,43 (556,35), davon gedeckte 406,20 (377,45) bzw. 500,77 (441,88).

Bemerkenswert ist, daß im Gegensatze zu den bisher veröffentlichten Bankabschlüssen die ziffernmäßig ausgewiesene Liquidität der Disco allein sich gehoben hat. Die Zahlungsbereitschaft stellt sich, wenn den Gläubigern und Akzepten wie Kasse und Guthaben bei Noten und Abrechnungsbanken, die Wechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen sowie die Eigenguthaben bei Banken gegenübergestellt werden, auf 44,83 v. H. gegen 41,23 v. H. i. V. Nimmt man noch die Reports und Lombards, die Warenvorschüsse und von den eigenen Wertpapieren die Anleihen und Staatsschätze hinzu, so ergibt sich eine Bereitschaft von 61,59 v. H. gegen 57,47 v. H. im vorangegangenen Jahre.

Zur allgemeinen Wirtschaftslage führt der Verwaltungsbericht aus:

Der wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands, den das Jahr 1926 eingeleitet hatte, setzte sich im Jahre 1927 in starkem Maße fort und führte zu einer großen Steigerung der Produktion und des Güterumsatzes, die durch Ausbau und technische Vervollkommnung der Produktionsstätten wirksam unterstützt wurde und und eine Verminderung der Arbeitslosenziffer und Stärkung der heimischen Konsumkraft zur Folge hatte. Leider waren aber die Ergebnisse dieser bewundernwerten Kraftäußerung keineswegs befriedigende.

Die Wirtschaft leidet darunter, daß die politische Beeinflussung ihrer Arbeitsbedingungen sich mehr und mehr verstärkt und daß durch die Konkurrenz der öffentlichen Hand und durch übertriebene Steigerung der sozialen Lasten und des Steuerdruckes die Rentabilität der Unternehmungen in schärfster Weise eingeschränkt wird. Die Dinge haben sich derart entwickelt, daß man ernste Zweifel hinsichtlich der Möglichkeit des Fortbestehens unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung hegen muß, die, worüber kein Zweifel bestehen kann, allein imstande sein wird, uns der gewaltigen Schwierigkeiten Herr werden zu lassen, vor die uns die kommenden Jahre noch stellen werden.

Zu den Beteiligung außer bei der Nordd. Bank und Schaaffhausen wird bemerkt:

Die anderen uns befreundeten Banken, an denen wir durch Aktienbesitz maßgeblich beteiligt sind, erfreuen sich ebenfalls einer sehr günstigen Entwickelung. Die Süddeutsche Disconto-Gesellschaft AG., Mannheim hat ihren Abschluß noch nicht veröffentlicht, doch dürfen wir hier wiederum ein günstiges Resultat erwarten. (Wie verlautet, soll sich bei der Gesellschaft ebenso wie bei der Rhein. Creditbank der Dividendensatz a. d. Höhe d. V. (8 v. H.) halten). Das Bankhaus L. Pfeiffer-Kassel hat auch im vergangenen Jahre seine Geschäfte weiter ausgebaut und für unsere kommanditarische Beteiligung ein befriedigendes Ergebnis gezeitigt. Auch das Erträgnis unserer neuen kommanditarischen Beteiligung bei dem Bankhaus Philipp Elimeyer in Dresden hat sich durchaus zufriedenstellend gestaltet.

Die Handel-Maatschappij H. Albert de Bary u. Co. in Amsterdam, die mit der Disco aufs engste verbunden ist, hat auch für das Geschäftsjahr 1926/27 recht günstig abgeschlossen und auf das erhöhte Kapital von 9 000 000 hfl. eine Dividende von wieder 7 v. H. verteilt. Der Banco Brasileiro Allemao (früher Brasilianische Bank für Deutschland) konnte trotz der in Brasilien herrschenden scharfen Wirtschaftskrise eine Dividende von 4 v. H. zur Ausschüttung bringen. Der Abschluß des Banco de Chile y Alemania (früher Bank für Chile und Deutschland) für 1927 liegt noch nicht vor, er läßt aber trotz der auch in Chile fühlbar gewesenen Wirtschaftsschwierigkeiten die gleiche Dividende wie für 1926 (6 v. H.) erwarten.

:f: **Deutsche Jurgenswerke AG. in Hamburg.** Der AR. schlägt für das Geschäftsjahr 1927 die Verteilung von wiederum 10 v. H. Dividende vor.

?:f **Dampfschiffahrts-Gesellschaft Neptun in Bremen.** Der AR. beschloß, der auf den 31. März einzuberufenden o. HV. vorzuschlagen, nach genügenden Abschreibungen für 1927 eine Dividende von 10 (1. B. 10) v. H. auf die StA. zu verteilen.

:r: **Dyckerhoff u. Widmann AG. in Biebrich a. Rh.** Die Ankäufe in Aktien der Gesellschaft sollen, wie verlautet, teilweise auf die Allgemeine Baugesellschaft Lenz u. Co., die Tochtergesellschaft der AG. für Verkehrswesen, Berlin zurückgehen.

?:f **Frankfurter Hof AG. in Frankfurt a. M.** Für 1927 wird die Gesellschaft, wie bereits angekündigt, wieder nur eine Dividende von 6 v. H. auf die VA. und eine von 6 auf 7 v. H. erhöhte StA.-Dividende verteilen. Der Reingewinn beträgt nach Vornahme von 187 008 (105 725) ℳ Abschreibungen insgesamt 275 340 (237 185) ℳ. Vorgetragen werden 37 500 (37 400) ℳ.

---

* **Fritz Thyssen vorläufiger Nachfolger von Mayrisch.** Wie die K. Z. erfährt, soll infolge des Todes des Präsidenten Mayrisch einstweilen Fritz Thyssen, der bisher zeitweise stellvertretender Vorsitzender war, mit der Wahrung der Geschäfte der Rohstahlgemeinschaft bis zum Zusammentreten des Präsidiums und bis zu Neuwahlen beauftragt werden. Die französische und die luxemburgische Gruppe ist mit dieser vorläufigen Regelung bis zur endgültigen Neuwahl einverstanden. Ueber die Neuwahl wird wahrscheinlich schon Ende dieser Woche zunächst ein Meinungsaustausch stattfinden.

)||(**Lieferungsabkommen Benzolverband mit Standard Oil und Shell.** Der Benzolverband GmbH. in Bochum hat mit der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft in Hamburg und der Rhenania-Ossag, Mineralölwerke AG. in Düsseldorf, ein Abkommen abgeschlossen, das für die nächsten zwei Jahre gegenseitige Belieferung mit Benzol und Benzin sicherstellt. Die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft und die Rhenania-Ossag verpflichten sich, vom Benzolverband bis zum 1. Juli 1928 40 000 Tonnen Benzol zu übernehmen und bis zum 31. Dezember 1930 sogar 25 v. H. der gesamten Benzolerzeugung zu beziehen, die der Benzolverband in diesen 2½ Jahren haben wird. Demgegenüber wird der Benzolverband von der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft und der Rhenania-Ossag rückwirkend vom 1. Jan. 1928 bis 31. Dez. 1930 225 000 Tonnen Benzin beziehen. Der Benzolverband wird seine Verkaufsstellen weiter ausbauen, um auch den Kleinabsatz vom Betriebsstoffen zu heben. Für die nächsten zwei Jahre sind für diesen Zweck 7 Mill. ℳ vorgesehen, die teils durch Umlagen, teils durch Anleihen aufgebracht werden sollen.

?:? **Schwedens Außenhandel im Januar.** Infolge der Arbeitskonflikte in Schweden sind die Ausfuhren aus Schweden im Monat Januar beträchtlich gesunken. Wie amtlich mitgeteilt wird, erreichten sie den Wert von 88 884 000 Kr. Der Wert der schwedischen Einfuhr während des Monats Januar belief sich auf 122 090 000 Kr.

Devisenmarkt

Nach den Newyorker Schlußkursen errechneten sich heute vormittag:

	6.	7.		6.	7.		6.	7.
London-Paris	124,07	124,03	Holland-Schw.	207,—	207,01	Lond.-Stockh.	18,17	18,17
Lond.-Brüssel	35,07	34,99	Madr.-Schweiz	27,42	27,40	Lond.-Madrid	18,90	18,10
Lond.-Mailand	92,40	92,38	Kabel Holland	2,495	2,4955	Mailand-Paris	134,70	134,45
Kabel Schweiz	5,1565	5,1645	Lond.-Holland	12,12	12,12	Brüssel-Paris	354,35	354,50
Lond.-Schweiz	25,34	25,34	London-Oslo	18,30	18,31	Holland-Paris	10,22	1,022
Paris-Schweiz	20,43	20,43	Lond.-Kopenh.	18,21	18,21	Kabel-London	4,879	4,879

An N.-Mit. lassen sich folgende Kurse feststellen

London . . .	20,41	20,41	Prag	12,461	12,460	Madrid . .	70,01	70,12
Paris	16,45	16,45	Oslo	111,40	111,45	Argentinien .	1,79	1,79
Zürich . . .	80,92	80,90	Kopenhagen .	112,07	112,10	Japan . . .	1,963	1,964
Mailand . . .	22,08	22,11	Stockholm . .	112,30	112,31	New-York . .	4,1930	4,1935
Holland . . .	168,30	168,33	Wien	58,81	58,83			

Berliner Metallbörse vom 6. März

Preise in Reichsmark für 1 Kg.

	5.	6.		5.	6.
Elektrolytkupfer	134,75	134,75	Aluminium in Barren	2,14	2,14
Raffinadekupfer	—,—	—,—	Zinn ausl.	—,—	—,—
Blei	—,—	—,—	Hüttenzinn	—,—	—,—
Reinzink Bd.-Pr.	—,—	—,—	Nickel	3,50	3,50
(Fr. Verk.)	—,—	—,—	Antimon	0,95-1,00	0,95-1,00
Plattenzink	—,—	—,—	Silber für 1 Gr.	78 25-79 25	78 25-79 25
Aluminium	2,13	2,13			

London 6. März Metallmarkt. (In Pf. s. d. engl. t. a. 1016 Kg.)

	5.	6.		5.	6.			
Kupfer Kasse	60,65	61,05	Zinkblende	18,28	18,10	Blei	20,26	20,08
do. 3 Mona.	60,48	60,90	Nickel	—,—	—,—	Zinn	20,65	16,15
do. Electrol.	68,25	68,75	Zinn Kasse	232,88	232,15	Quecksilb. p. Fl.	21,15	21,08
						Magnesium	—,—	—,—

Frachtenmarkt in Duisburg-Ruhrort vom 6. März

Die Nachfrage nach Kahnraum war auch an der heutigen Börse ziemlich rege, insbesondere für Reisen nach Rotterdam. Die Frachtsätze blieben allerdings unverändert. Zu Berg kamen nur sehr wenig Reisen an den Markt. Die Schlepplöhne sind unverändert geblieben.

MARCHIVUM

Offene Stellen

Vertreter
für
Textilwaren
Em10

zum Besuche der Privatkundschaft von leistungsfähigem Kreditshaus **per sofort** für Mannheim u. Umgebung gesucht.

Bedingung: Bestens eingeführte, branchekundige, fleißige Herren mit nachweislich großen Umsätzen.

Wir bieten: Garantiertes Fixum, wöchentl. Bezüge, vorteilhafte Preise, erstklassige handliche Kollektion, erhebl. Zahlungserleichterungen, tadellose Bedienung.

Angebote mit ausführl. Angaben über bish. Tätigkeit oder Referenz. beförd. unt. M M 357, **Rudolf Mosse, Mannheim**

Agenturgeschäft sucht telephongewandten, jüngeren
Herrn oder Dame
in Dauerstellung.
Angebote unter V K Nr. 90 an die Geschäftsstelle. B1150

Strumpfklinik sucht p. Ostern schulentlassen.
Mädchen
mit gut. Handarbeitsfähigkeit gegen gute Bezahlung nach kurz. Lehrzeit. Anschr. u. S L 10 an die Geschäft. B1121

Tüchtiges
Mädchen
welches perf. in Küche u. Haushalt ist, bei hohem Lohn z. 15. 3. gesucht. Adresse in d. Geschäftsstelle. B1152

Tüchtiges, zuverlässig.
Mädchen
mit nur gut Zeugn. gesucht. *8181
Laugenbein.
Tullastraße 23 4. St.

Lehrmädchen
mit gut. Entlassungszeugn. f. Damenschneiderei sof. gesucht.
Q 5, 1, 1 Treppe. *8116

1-2 Vertreter

die auf Grund ihrer Verkaufsleistungen große Verdienste gewohnt sind, in ausbaufähige Dauerstellung zum Vertrieb unseres hochwertigen Borsig-Staubsangers gesucht. Höchste Bezüge. Branchekenntnisse nicht erforderlich, hingegen durchgreifendes Verkaufstalent Bedingung. Adressen von Staubsauger-Interessenten werden von uns zur Verfügung gestellt. Ea183
Saugling G. m. b. H., O 7, 10.

Leistungsfähige Holzwollspinnerei
sucht für Platz Mannheim-Ludwigshafen u. Umgebung einen tüchtigen
Reisenden
gegen hohe Provision für den Vertrieb von
Holzwolle und Holzwollseile
Es wollen sich nur solche Herren melden, die diesen Artikel kennen und denselben schon mit Erfolg vertrieben haben. Angebote unter A K 160 an die Geschäftsstelle d. Bl. 3258

Großzügiges Fabrikationsunternehmen mit dem Bestand einer eisernen Organisation bietet noch 3 Herren für d. Privathandel eine aussichtsreiche, wirkl. verdienstv. Tätigkeit als
Oberreisende
Man wende sich vertrauensvoll an **Funke, Mannheim,** Rest. Friedrichshof, S 2, 1, nachm. von 3—6 Uhr. Angeb. auch schriftl. *8187

Tücht. Außenbeamte
für Großleben von großer Lebens-Versicherungs-Gesellschaft gesucht.
Es kommen nur erfolggewohnte Herren in Frage, die nachweislich in der Lage sind, ein bedeutendes Neugeschäft zu erzielen. Zeitgemäße, den Leistungen entsprechende feste Bezüge u. Provision werden geboten. Ausführliche Bewerbungen mit lückenlosen Zeugniss., Nachweis der bisherigen Erfolge und Referenzen unter E M 171 befördert **Rudolf Mosse Mannheim, O 4, 5** Em10

Tüchtig. Werkmeister
für größere Bauschreinerei und Glaserei auf 1. 4. oder später gesucht. Nur erstklassige Kräfte mit großer Erfahrung in Kalkulation, Akkordwesen, Verkehr mit Kundschaft u. Arbeitern, wollen sich unter Vorlage von Zeugnis-Abschriften, Lichtbild und Gehalts-Ansprüchen melden unter W M 168 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 2790

Schlosser
für Brauereimaschinen und Apparate für dauernd gesucht. Schriftl. Angebote erb.
Max Schmid, Memmingen,
bayer. Allgäu. *8200

Wir stellen zum Besuch unserer Kundschaft (kein Verkauf) noch
1-2 Damen
mit festem Arbeitswillen gegen außergewöhnlich hohe Bezüge in Dauerstellung ein. Die Tätigkeit ist leicht und interessant, erstreckt sich nur auf einige Stunden täglich und erfordert keine Vorkenntnisse. Auch in den ersten Tagen für die Einarbeitung zahlen wir garantierte Zuschüsse ohne Rücksicht auf Erfolg. Ga154
Saugling G. m. b. H., O 7, 10.

Für Sekretariat und Auslandsabteilung einer Maschinenfabrik in Mannheim
Fräulein
gesucht
welches perfekt in Englisch u. Französisch ist u. möglichst auch italienische Sprachkenntnisse hat. Angebote mit ausführlichem Lebenslauf, Gehaltsansprüchen und Lichtbild erbet. unter A F 156 an die Geschäftsstelle d. Bl. 3268

Für herrschaftlichen Haushalt wird ein gut empfohlenes und in jeder Hinsicht erfahrenes Mädchen als
Stütze der Hausfrau
gesucht. Alter nicht unter 24 Jahren. Angebote unter V X 6 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. B1148

Zum 1. April 1928 oder früher tüchtiges, zuverlässiges 8258
Haus- u. Bootsmeister-Ehepaar
gesucht. Verlangt wird:
a) vom Mann: möglichst Facharbeiter (Schreiner)
b) von der Frau: Gute Köchin, erfahren im Wirtschaftsbetrieb.
Schriftliche Bewerbungen an
Mannheimer Rudergesellschaft e. V.
Postfach 511

Existenz!
Bekannt. leistungsfähiger Versicherungs-Konzern mit allen Versicherungszweigen einschließlich Lebensversicherung, sucht zum baldigen Eintritt Em10
Inspektor
evtl. General-Vertreter für Mannheim und Umgebung mit größerem Geschäftsbezirk. Geboten wird Direktionsvertrag mit angemessenen festen Bezügen u. Provisionen. Interessenten, welche im Fache bereits erfolgreiche Tätigkeit und dementsprechende Fähigkeiten nachzuweisen haben, werden um gefl. Bewerbung gebeten unter O M 859 durch **Rudolf Mosse, Mannheim.** Em10

Tüchtige
Stenotypistin
mit guter Allgemeinbildung zu möglichst baldigem Eintritt von **bedeutender Industriefirma gesucht.** 9240
Bewerbungen erbeten unter A E 155 an die Geschäftsstelle dd. Blattes.

Jüngerer
Vulkaniseur
tücht. Schlauchreparateur-Monteur sofort gesucht. Angeb. mit lückenlosem Lebenslauf u. Tätigkeitsbericht unter A H 138 an die Geschäftsstelle.

Mittlerer
Gesang-Verein
Stadt u. Nähe Mannheims, v. routiniert. Sänger u. Dirigent. zur Leitung gesucht.
Zuschriften unter J S R 187 Ilvesheim postlagernd. *8271

Ordentlicher
Laufjunge
nicht über 17 Jahre, zur Besorgung von kleiner, Botengängen gesucht. 8481
Vorzustellen von 8 bis 4 Uhr nachmitt.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle dd. Bl.

Nette junge Dame
20—25 Jahre alt, zur Vorführung eines Haushaltungsartikels in den Schaufenstern von Spezialgeschäften gesucht.
Beschäftigung für ev. mehrere Monate.
Angeb. u. Z G 87 an die Geschäft. *8270

Tüchtige Friseuse
w. Jahre lang selbst. ist, fürs Haus gesucht.
Angeb. u. Z V 140 an die Geschäft. B1187

Servier-Fräulein
für Weinlokal gesucht. *8242
K 4 Nr. 7.

Tücht. Köchin sow. Zimmermädchen
mit guten Zeugnissen per sof. gesucht. Vorzustellen von 9 morg. bis 4 Uhr nachm. u. von 7—9 Uhr abds.
Werderstraße 30, part. 995

Alleinmädchen
durchaus solid u. zuverlässig, in kleinen, guten Haushalt per 1. April gesucht. Kochkenntnisse erwünscht.
Kleine Merzelstr. 10, III. links. *8158

Alleinmädchen
in Küche u. Haus erfahr., mit best. Zeugnissen, sofort od. auf 15. 3. gesucht. Vorzust. nachmittags B1172
Mich.-Wagnerstr. 37, pt.

Suche per sofort für häusl. Arbeiten tagsüber ein *8148
Junges Mädchen
oder ältere unabh. Frau.
Frau H. Kaufmann,
Beethovenstr. 12.

Tüchtiges
Mädchen
das selbst. kochen kann gesucht. Zweitmädchen vorhanden. B1181
Frau Thomas, Kaiserslautern (Pfalz),
Schumannstr. 3.

Ehrliches, solides
Dienstmädchen
mit gut. Zeugn. sof. gesucht. Lind, P 6 Nr. 3—4, 2 Tr. rechts. B1184

Zuverlässiges
Mädchen
das kochen kann, per sof. gesucht. *8216
Näh. in der Geschäft.

Ordentliches
Mädchen
das kochen kann, in klein. Haush. gesucht.
Kunz, Hch.-Lanzstraße 20, 4. Stock. *8240

Saub. anst. Mädchen für kl. Haushalt gesucht. Näh. Seckenheimerstraße 46b, Weißwarengeschäft. *8239

Ehrliches, fleißiges
Mädchen
sof. od. s. 15. gesucht. Vorzustellen zwischen 4—7 Uhr. 999
L 13, 15, part.

Tüchtiges, zuverlässig.
Mädchen
mit nur gut Zeugn. gesucht. *8181
Langenbein.
Tullastraße 23 4. St.

Stellen-Gesuche

Betriebs-Ingenieur
28 Jahre alt, 6 Jahre pr. Tätigkeit, 6 Sem. Ing.-Schule, sucht passende Stellung.
Gefl. Angebote erb. unter Y S 78 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *8212

Junger Kaufmann
sucht Stelle als Volontär in größerem Lebensmittelgeschäft. Angebote unter Y F 61 an die Geschäftsstelle dbl. Bl. B1150

Gebild. Fräulein, 27 Jahre alt, aus guter Familie, zurzeit in Bonn in herrsch. Hause tätig, bestens erfahren in Haushalt u. Küche, gewandt im Umgang mit Kindern, sucht zum 1. April in besserem Hause in Mannheim, wo Zweitmädchen vorhanden, eine Stellung als
Stütze der Hausfrau
bei bescheidenen Ansprüchen. Bestes Zeugnis aus jetziger Stelle wird zugesichert.
Gefl. Zuschriften erbet. unter A C 153 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *8264

Ordentliches Mädchen aus achtbarer Familie, 15 Jahre, sucht
Lehrstelle in Laden
Angebote unter X C 38 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *8128

Polier
gelernter Zimmerer, sucht Stellung bei größer. Baufirma. In Einschalungs- sowie Hochbauarbeiten best. vertraut. B1179
Angebote unter Z T Nr. 144 an die Geschäftsstelle dd. Bl.

Chauffeur
24 Jahre alt, ledig, gelernter Mechaniker, tüchtig u. zuverlässig,
sucht Stellung
Angebote unter X O Nr. 44 an die Geschäftsstelle. *8147

Junge Dame
musik. gebildet perf. im Nähen, sucht Beschäftigung, auch Hundenweise. *8257
Angeb. u. Z Z 190 an die Geschäftsstelle.

Fräulein, sehr tücht. im Haush., sucht auf 1. April Stelle als
Alleinmädchen
bei kl. Familie. *8208
Angeb. unter Y P 70 an die Geschäftsstelle.

Solides *8218
braves Mädchen
sucht Stelle in kleinen Haushalt für sofort.
Angeb. unter Y C 75 an die Geschäftsstelle.

Bufett-Fräulein
in all. Arbeiten sow. in kalter nebst Kaffeeküche perfekt, sucht geeignete Position, auch Umgeb. Mannheims.
Angeb. erbeten unt. Y W 77 an die Geschäftsstelle. *8210

Servierfräulein
gute Erscheinung und beste Garderobe, sucht Stellung in gutem Kaffee, möglichst sof.
Angebote unter Y V Nr. 76 an die Geschäftsstelle. *8219

Deutschösterreicherin, 21 J., ehrlich, fleiß.
sucht Stelle
in einem Laden, gl. welcher Branche, als Beihilfe. *8215
Angeb. unter Y T 74 an die Geschäftsstelle.

Verkäufe

Gebrauchtes, guterhaltenes
Motor-Dreirad
(Lieferwagen)
billig abzugeben. 3242
Hirschland & Co.
Mannheim an den Planken.

3-4t. Lastwagen
zu verkaufen.
Schlosserei Rothermel
Meßkirch, Mittelstraße 27
B1189

Klingsorgrammophon (Tischapparat) neu, umständehalber billigst zu verk. *8290
U 4, 1, 3, b. Kreyert.

Fast neues **Damenrad** preiswert zu verkauf. Ansuf. zwischen 5 u. 6 Uhr nachm. *8288
Hafenstr. 12, 1 Tr.

---

1 weißes Kinderbett mit Kinderstuhl zu verkaufen. *8201
Heller,
Lg. Rötterstr. 72, 3 T.

Dunkelblauer
Kinderwagen
gut erhalt. bill. z. vk.
G 7, 30, 3 Tr. rechts. *8268

Wanderer-Knabenrad, sehr gut erh., billig abzug. Anz. bis 5 Uhr mitt. bei **Meyer, Hch.-Lanz-Straße 9/11, IV.** *8204

Eßzimmer
Eiche, fast neu, wird billig abgegeb. 1001/3
Grünes Haus, U 1, 1.

Kauf-Gesuche

Wohn- und Geschäftshäuser
kauft u. verkauft, **Verm. u. Hypotheken** streng reell. **Gottlieb Wolff, Immobilienmakler (BDM.), Meerfeldstr 66. Tel. 26 349** B1160

---

2 to. Lastwagen
zu kaufen gesucht.
G. Schmitt Söhne
G. m. b. H., Waldhof. 965

Gut erhaltenes **Motorrad** (evtl. Leichtmotorrad) fahrbereit, geg. bar zu kaufen gesucht. *8224
Angeb. mit Preisang. u. Y X 79 a. d. Geschäft.

---

1 Ladenschrank
zum Aufhängen von Kleidungsstücken geeignet, zu kaufen gesucht 993
Färberei Meier,
P 1, 6.

Gut erhaltenes
Herrenzimmer
zu kaufen gesucht.
Angebote mit Preisangabe unter Y Q 71 an die Geschäft. *8210

Gut erhaltenes
Klavier
wird gegen bar aus Privatsch. zu kauf. gesucht.
Angeb. unter A N 169 an die Geschäft. 1001/3

Miet-Gesuche

2 bis 3 leere Räume
für Büro und Lager
in zentraler Lage für sofort gesucht.
Angebote unter X Y 200 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 2968

---

9 Zimmer-Wohnung
von denen 3 als gewerbliche Räume genehm., Nähe Friedrichspark, gegen gleichwertige 6 Zimmerwohnung in guter Lage zu tauschen gesucht. Angebote unter Y V 122 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 995

---

4 Zim.-Wohnung
Lindenhof
oder:
5-6 Zimmer Nähe Wasserturm
zu mieten gesucht.
Tauschwohnung vorhanden.
Angebote erbeten unter T M 362 an Rudolf Mosse, Mannheim. Em10

3-4 Zimmerwohnung
mit Küchenbenützg. für kl. Familie in Untermiete, weiter 2 möbl. Zimmer mit Küchenben. in guter Lage gesucht. Angeb. unt. Y M 67 an die Geschäftsstelle dbl. Bl. *8108

3-4 Zimmerwohnung
von kl. Familie geg. Unkostenvergütung oder Mietvorauszahl. per 1. 4. dss. in zentr. Lage od. Lindenhof gesucht. Angebote erbet. unter Y H 63 an die Geschäftsstelle d. Bl. *8199

Arztfamilie, 3 Personen, 1 Kind, sucht
mod. möbl. Wohnung
mit Küche, von ca. Mitte März bis Mitte Juni. Bevorz. Nähe Luisenpark od. Augusta-Anlage. Wenn möglich Telephon u. Garage in der Nähe. Angebote unter Y A 102 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 2970

Laden mit Nebenraum
in guter Lage für 1. April zu mieten gesucht. *8219
Angeb. u. Z W 147 an die Geschäftsstelle.

Wohnungstausch
Tausche 2 Zim. u. Küche gegen gleiche.
F 6, 6. Münzer.
*8284

---

2 Zimmerwohng.
mit Bad u. Zubehör (Neubau) p. 1. April zu vermieten. *8213
Mannheimerstr. 135, gegenüber Brown, Boveri.

Für Flaschenbiergeschäft u. Mineralwasserfabrikation geeign. **Raum mit Kraftanschluß**
sof. zu mieten gesucht.
Angeb. u. X W 59 an die Geschäft. *8184

Junges, kinderloses Ehep. (Jurist) sucht auf 1 April 989
schön möblierte 2 Zimmerwohnung
mit Küche bezw. Kochküche in Lindenhof u. Waldparkgegend.
Angeb. u. Z B 128 an die Geschäftsstelle.

---

2 Zimmer u. Küche
beschlagnahmefrei, v. berufst. Ehepaar sof. od. spät. gesucht.
Angeb. u. Z X 148 an die Geschäft. *8250

Schöne geräumige
2 od. 3 Zim.-Wohnung
mit Bad u. Mansarde auf dem Lindenhof (ev. Neubau) gesucht. Schöne 3 Z.-Wohnung i. Tausch vorh. B1101
Angeb. unter P N 43 an die Geschäftsstelle.

2—3 Zimmer-Wohnung
Nähe Marktplatz, pt. oder 1. Etage, für Bürozwecke sofort od. 1. 4. zu mieten gesucht.
Angeb. mit Preis unt. A A 151 an die Geschäftsstelle. *8201

Wohnungstausch
2 Zim. u. Küche gegen 2 Zimmer u. Küche.
Zu erfr. Seckenheimerstraße 46b, Weißwarengeschäft. *8201

Alleinstehende Dame sucht *8208
2 Zimmer u. Küche
eventuell
2 leere Zimmer
Zentrum der Stadt.
Angeb. u. Y O 60 an die Geschäftsstelle.

---

2 leere Zimmer od. Zimmer m. Küche v. Frau m. Sohn zu miet. ges. Angeb. u. V Y 4 a. die Geschäft. B1154

Berufst. Dame sucht in gutem Hause
2 unmöbl. Zimmer
mit Küche od. gleich. Nebenraum; a. Teilwohnung. B1178
Gefl. Ang. u. Z Q Nr. 141 an d. Geschäft.

Jung. Ehepaar sucht
leeres Zimmer
m. Kochgelegenh. Ang. u. V N 93 a. d. Gesch. B1182

2-3 möbl. Zimmer
mit Küche od. Küchenbenützung für sofort gesucht. *8226
Angeb. u. Z A 81 an die Geschäftsstelle.

Bankbeamtin mit einigen eigenen Möbeln sucht per 1. 4. B1173
schön möbl. Zimmer
in gut. Hause, mögl. Oberstadt. Angeb. u. X U 50 an die Gesch.

Einfach möbl. separ.
Zimmer,
Nähe Rheinbrücke, v. Dauermieter gesucht.
Angeb. mit Preisang. unter Y R 72 an die Geschäftsstelle. *8211

Solider jg. Mann in Stadtstellung sucht v. 15. März ein. sauber möbliertes Zimmer.
Angeb. nebst Preisangabe unter Y K 65 an die Geschäft. *8196

Möbliertes Zimmer
ohne Bett, 4 Std. täglich zur Abhaltung v. Sprechstunden gesucht Parl. oder 1. Stock.
Ang. m. Preisang. u. Y N 68 an Gesch. *8200

Geld-Verkehr

Hypothekengelder
zu günstigen Bedingungen bei Abschluß einer Lebens-Vers. zu vergeben. Angebote unter X M 188 an die Geschäftsstelle d. Bl. 2880

Hypothekengeld
a. 1. u. 2. Rangstelle. Sehr günstig u. bill. Rückzahlg. in wenig. Tagen. Ankauf von Rest- u. Aufw.-Hyp.
Kredite
gewährt **F. Schmidt, A 4, 5,** Gesch.-Zeit: 9—11 und 3—4 Uhr, Tel. 21 290. Gb

---

Suche z. Geschäftsüb.
2000 Mark
als 2. Hypothek aufzunehmen. Angeb. u. W B 7 a. d. Geschäft. B1156

Unterricht

Klavier-Unterricht
Dame nimmt noch einige Schüler f. nachmitt. zur gründl. Ausbildung an. Monatl. 5 ℳ. Angeb. u. Z B 89 an die Geschäft. B1188

Stenographie
von Fachmann in den Abendstunden gesucht.
Angebote mit Preis unter A D 134 an die Geschäftsstelle. *8206

Schnell verkauft
ist jeder Gegenstand, den Sie, da in Ihrem Haushalt entbehrlich, gern abstoßen möchten
durch
eine kleine Anzeige
in der
Neuen Mannheimer Zeitung

MARCHIVUM

Zu haben in allen Apotheken und Drogerien
Niederlagen: Em51
Einhorn-Apotheke, Jtschert am Markt
Engel-Apotheke Dr. Fentzling, Neckarstadt
Pelikan-Apotheke Ennenbach, Q 1, 3
Stern-Apotheke Meiß, S 1, 10
Krappmühl-Drog. Eisler, Schwetz.-Str. 159
Storchen-Drogerie Gossmann, Marktpl. R 1, 6

Die Besucher der Vorlesung des Herrn Dr. Th. H. van de Velde im Apollo, werden wohl schwerlich auf ihre Rechnung gekommen sein. Die schlechte Akustik des Apollo-Saales, die Aussprache d. Referenten, waren alles Sachen, die keinen Genuß aufkommen ließen. Da das Problem der Ehe heute eines der interessantesten und brennendsten geworden ist, möchte ich als Enttäuschter auf den Vortrag des Herrn Peryt Shou, Schriftsteller und Jogaforscher a. Berlin hinweisen, der am Donnerstag, den 8. März ds. Js. abends 8 Uhr, im Saale des alten Rathauses (Marktplatz), Thema: Liebe, Ehe, Doppelleben, vom irdischen und vom himmlischen Eros, die Bestimmung d. Menschen, stattfindet. Hier werden Sie nicht enttäuscht. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pfennig, reservierte Plätze 1 Mark.

Die große Versteigerung
im Kasino, R 1
findet morgen, Donnerstag, den 8. März statt
Zum Ausgebot kommen:
Mobiliare, Teppiche, Gemälde, Silber, Brillantschmuck, Porzellane u. Bronzen
etc. etc.
Besichtigung und freihändiger Verkauf zu jed. annehmbaren Gebot, heute Mittwoch von 10 Uhr an, durchgehend bis 7 Uhr. *7925
A. Stegmüller, Auktionator

Zwangsversteigerung.
Donnerstag, den 8. März 1928, nachmittags 3 Uhr werde ich im Pfandlokal Q 6, 2 hier gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: 3 Büfetts, 3 Bücherschränke, 2 Klaviere, 50 Regenschirme und verschiedene Möbel. Ferner an Ort und Stelle voraussichtlich bestimmt: 1 gr. Kassenschrank mit Tresor. Zusammenkunft 2.30 Uhr S 6, 26.
Mannheim, den 7. März 1928. 8288
Trümmer, Gerichtsvollzieher-Amtsvw.

„Faltboote"
Leipziger Faltboot-Bau
Sofortige Lieferung bei geringer Anzahlung.
Vertreter: E. Michel, Mannh.-Feudenheim, Unterfeldstraße 86. *8245

Einige prachtvolle, stilreine
Speisezimmer
verschiedene Größen und Ausführung aus eigenen Werkstätten äußerst günstig
zu verkaufen.
Fritz Wildermuth, Stockhornstr. 56

Große Freiw.
Auto-Versteigerung
in Pforzheim
Samstag, 17. März
ab 10 Uhr auf d. Gelände d. Kraftfahrschule, Maximilianstr. 159.
Besichtigung ab 8½ vorm.
ca. 50 Personen-, Liefer-, Last-, Autos u. Motorräder all. Fabr. u. Stärk.
Versteigerungsliste durch Priv. Kraftfahrschule Pforzheim G. m. b. H.
Maximilianstr. 159, Teleph. 5158
Elektr. Haltest. Maihäldenstr
Ga229

Verona-Fahnen Schleifen, Schärpen, Pokale, Diplome, Kränze, Festindustr. Kunstst. Heldelb. Fahnenfabr. Rohrbacherstr. 10 Mannheim, C 2, 18
Sa2

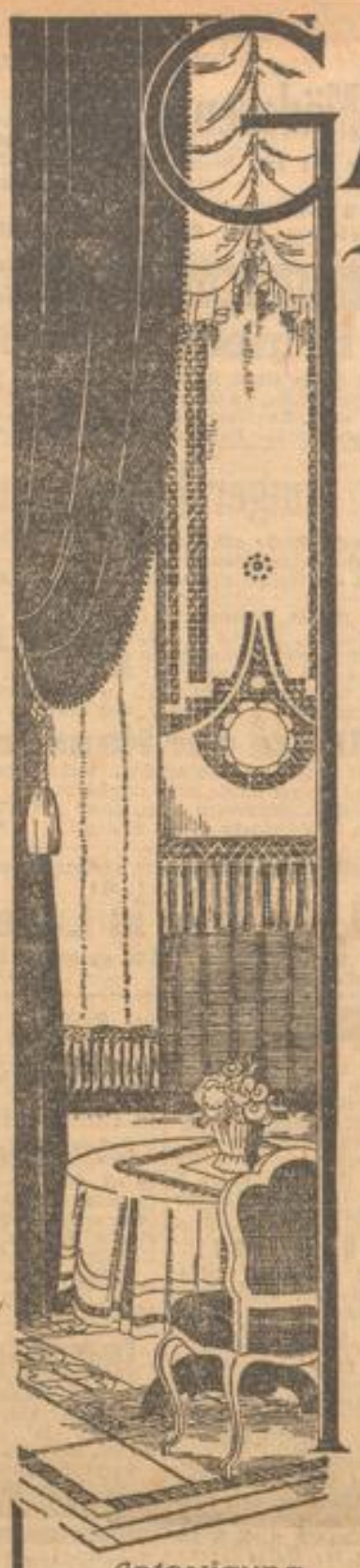
Honig
Garant. rein, Bienen-Blüten-Schleuder-Honig, edelste Qualität, unter Kontrolle des Nahrungsmittelchemikers Dr. R. Böckler, Bremen, liefern die 10 Pfd.-Dose zu ℳ 10,70, halbe ℳ 6,20, Nachn. 80 Pfg. mehr. Garant. Zurücknahme. Probepäckchen netto 1½ Pfd. franko bei Vorersendung von ℳ 1.80
Frau Rektor Feindt u. Söhne, Honigversand, Hemelingen 27. S74

Violinspieler sucht Verb. mit Klavierp. Angeb. unter Z E 83 an die Geschäft. *8287

Suche
Beteiligung
mit ca. 5-8000 M.
an bestehendem solid. Unternehmen, wo ev. Gelegenheit geboten wird, eine Vertrauensstellung zu erhalten.
Angebote unter Y G Nr. 62 an die Geschäftsstelle. *8190

Schreibmaschinen
gebraucht, billig zu verkaufen. S184
Carl Winkel, N 3, 7.

Warne
hiermit Jeden, mein Manne nichts zu borgen, da ich keine Zahlung leiste. *8196
Frau Susanne Dittscheid, Steinstraße 4, Luzenberg.



GARDINEN
Dekorationen
Unsere Frühjahrs-Ausmusterung
zeigt die letzten Neu-Erscheinungen im Zeitstil von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten

Scheibengardinen mit Rand, weiß und farbig, volle Breiten ..... 1.20, 75, 48, **32 ₰**
Etaminegardinen mit Volant 65 cm breit, gute Stoffe mit Einsatz und Spitze ..... 1.40, 1.10, **75 ₰**
Tüllgardinen mit Volant ca. 65 cm breit, haltbare Gewebe in guten Mustern .... 1.90, 1.60, **95 ₰**
Vollegardinen mit Volant ca. 65 cm breit, beste Verarbeitungen 2.25, 1.70, **1.15**
Spannstoffe doppelbreit, in neuesten Zeichnungen ..... 2.90, 2.10, 1.45, **90 ₰**
Florentiner Tülle, 150 cm breit hochwertige Qualitäten in aparter Ausführung 5.25, **4.80**
Madras hell gemustert, waschecht, 130 cm breit 2.40, 1.90, **1.25**
Madras dunkel, indanthren, in vielen Farbstellungen 3.60, 2.80, **1.95**
Kunstseiden-Stoffe in neuesten Stilarten, indanthren 7.50, 5.90, **3.50**
Möbel-Stoffe beste Gewebe, in Riesen-Auswahl 6.50, 4.25, **2.90**
Bedruckte Voiles, 110 cm br., waschecht hochaparte Muster nach Künstlerentwürfen 4.80, 3.50, **2.95**
Tüllstores, haltbare gewebte Qualitäten in ausgesucht schönen Zeichnungen 8.75, 5.90, 3.75, **2.90**
Tüllstores mit Stickerei crostüll, mit aparten Motiven bestickt 28.50, 21.–, **13.75**
Etamine-Stores solide Grundstoffe mit Einsätzen und Spitzen garniert 6.75, 4.50, **2.25**
Fliet-Stores ausgesucht schöne Stücke in bester Verarbeitung 9.–, 5.75, **3.95**
Madras-Garnituren waschecht, in geschmackvollen Farben, 3teilig 7.–, 3.75, **1.90**
Tüllgarnituren gute Muster in haltbaren Fabrikaten 9.–, 6.50, **3.95**

Unsere Teppich-Abteilung
bringt in gleicher Weise die neuesten Schöpfungen
Buklé-Teppiche die bekannten Strapazier-Qualitäten 250/350 **135.–, 96.–,** 200/300 **96.–, 69.–,** 170/240 cm **64.–, 45.00**
Axminster-Teppiche nur hochwertige, beste Fabrikate 250/350 **190.–, 125.–,** 200/300 **105.–, 69.–,** 170/240 cm **64.–, 39.00**
Läuferstoffe und Bettvorleger in unerreicht grosser Auswahl besonders preiswert!

Anfertigung von Gardinen und Dekorationen durch geschulte Facharbeiter
Kostenanschläge unverbindlich!

Linoleum!
Teppiche bestes deutsches Fabrikat
250/350 cm **48.–** 200/300 cm **28.–** 150/200 cm **13.75**
Läuferstoffe in großer Auswahl
110 cm **4.35** 90 cm **3.35** 67 cm **2.40**

Echte Perser!
Brücken und Vorleger ausgesucht schöne Stücke oriental. Herkunft
175.–, 133.–, 96.–, 62.–, **32.–**

GEBRÜDER Rothschild
MANNHEIM, K 1, 1-2 Breitestrasse.

Vermietungen

Weinkeller
Größe 150 qm, mit el. Licht, mit Lager- und Transportfässern, Werkstätte mit Inventar, Büro mit Einrichtg. u. Telph. zu vermieten. Angeb. unt. Y L 66 an die Geschäftsst. *8197

Büroräume
ca. 115 qm, beste Lage, sofort zu vermieten. Näheres Heidelbergerstraße P 7, 19, Telephon 27 472. 8206

Feudenheim.
Größerer Laden mit Nebenräumen in der Hauptstr. sofort zu vermieten. *8253
Näheres Fr. Nihm, Feudenheim, Hauptstraße 132. Tel. 21475.

Frdl. möbl. Zimmer
an Frl. bill. zu vm. Gambert, T 5, 10. *8227

Büro
von 2 Zimmern, im Zentr. P 2, 6 II, sof. zu vermieten. *8217
Maurer, P 2, 6, II.

In bester Lage der Bahnhofstraße
in Frankenthal
Geschäftshaus
mit großen Schaufenstern
und Magazin zum 1. Juli zu vermieten.
Anfragen unter Z M 166 befördert Rudolf Mosse, Mannheim. Em10

Günstige Gelegenheit!
Für alleinstehende Person ist sofort ein gutgehendes, neu renoviertes Kolonialwarengeschäft in günstiger Lage (Vorort Mannheim) mit Warenbestand nebst 1 Zimmer mit Kochgelegenheit zu vermieten. Näheres durch
A. Bauer, Rechtskonsulent, Seckenheim, am Staatsbahnhof. *8179
Sprechstunde von 6 bis 8 Uhr abends.

Laden
ca. 60 qm, 2 Schaufenster, Stadtzentrum evtl. mit Lagerräumen
sofort zu vermieten.
Angeb. unter **AL 161** an die Geschäftsstelle ds. Bl. 8260

Gut freundl. möbl. Zimmer
Nähe Bahnh., zu vermieten. Gontardstr. 46 4. Stock rechts. *8246

Schön möbl. Zimmer m. el. Licht u. guter Pension sof. zu verm. K 1, 16, 2 Treppen, Breitestraße. B1199

Wohn- u. Schlafzimmer
gut möbliert, geräumig, sonnig, elektr. Licht, Zentralheizung, in Oststadtvilla auf 1. April zu vermieten. Angebote unter Z Y 149 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *8256

1 Stall für 2 Pferde, 1 große Scheune mit 60 qm gr. hell. Stall, mit el. Licht u. Kraftanschluß, geeignet zu jed. Art Werkstatt u. Garage, zu vermiet. Käferthal, Mannheimerstr. 57. B1187

Möbl. Zimmer mit Pension zu verm. *8114 B 2, 10, 1 Tr.

Möbliertes Zimmer
mit 2 gut. Betten bei A. Hinze, Q 2, 9, II. B1181

Souterrain
als Lager od. Werkst. zu vm. U 6, 4 (Hof). B1185

Wohnung
Sehr gr. leer. Part.-Zimmer, Neubau, m. Wasser u. Kochgelegen., sep. Eing., sep. Klosett und Keller an Wohnber. (evtl. auch beschlagnahmefr.) zu vermiet., Preis 30 ℳ, in Rheinau-Plinsingen. Ang. an Kiegler, Mhm., Pfalzpl. 18 *8205

Beschlagnahmefreie
3 Zimmerwohnung
in Einfamilienhaus am Waldpark per April zu vermieten. Angebote unter Z S Nr. 148 an die Geschäftsstelle. *8178

Schöne
1 Zimmerwohnung
mit Küche u. Keller b. Uebernahme u. neu Mahagoni-Schlafzimmer u. -Küchenmöbel, mit Dringlichkeitskarte wegen Auswanderung abzugeben. Angeb. u. A B 132 an die Geschäft. B1191

Schönes, geräumiges
Zimmer
mit Küchenbenützung (Gas u. Elektr.) sofort vermietbar. Angeb. u. P M 42 an die Geschäft. B1066

Schön möbl. Zimmer
an Servier-Fräulein zu vermieten. *8176
F 2, 2, 2 Treppe

Gut möbl. Zimmer
an besser Herrn zu vermieten. B1187
Ang.-Anlage 19, 1 Tr.

Waldpark.
Groß. möbl. Zimmer mit 2 Betten u. Bad mit Küchenbenützg. z. 1. April zu verm.
Meerlachstraße 28, hochparterre. B1174

Gut möbl. Zimmer
an Herrn od. Fräul. sof. preiswert zu verm. S 6, 4, Hth., 5. Stock. *8175

Gut möbliertes
Wohn- u. Schlafzim.
elektr. Licht, Gasanschluß zum Kochen, Keller, sep. Eingang, an bess. Ehepaar sof. zu vermieten. Anzusehen nachmittags *8108 K 4, 20, part.

Schön, sonn. Balkonzimmer (Oststadt) m. v. Pension an geb. sol. Hrn. od. Dame (evtl. auch 2 Pers.) zu vm. Näh. i. d. Geschäft. *8236

Schön mbl. Zimmer
ab 8. 3. 28, im Zentr. der Stadt an soliden Herrn zu vm. Anzuf. v. 9—5 Uhr. *8160
Adr. in der Geschäft.

Gut möbl. Wohn- u. Schlafzim. mit 1 od. 2 Betten sof. od. 15. 3. zu verm. Anzuf. 1—3. D 5, 10, Laden. *8161

Sehr gute billige Pension erhält solid. Fräul. b. Zimmermann, Rheinhäuserstr. 16. *8173

Neckarau.
Schön. Zim., möbl.
in g. Hause sof. z. vm. Näh. in der Geschäft. B1166

Gut möbl. Zimmer
sofort zu vermieten. Zu erfr. in d. Geschäft. *8190

Möbliertes Zimmer
mit 2 Betten, el. Licht sof. zu verm. *8190
Kling, Langstr. 49.

Möbl. Zimmer per sofort zu vermieten. *8112
Rheinaustr. 11, 3 Tr. links (Lindenhof).

Schönes, großes
Mansardenzimmer
Neub. Rheim. (ein zweit. kann ausseh. werd.), heizb. u. El., sof. zu verm. Näher. Ilvesheimerstr. 79 II *8260

1 schön möbl. Zim.
m. el. Licht an solid. Herrn sof. zu verm. Näh. R 3, 2b, IV r. *8265

Gut möbl. Zimmer
sofort zu vermieten. F 3, 1, 2 Treppen. B1192

Frdl. möbl. Zimmer an Herrn od. Dame sof. o. auf 15. 3. zu vm. K 2, 17 (Luisenring), 3. St. r. *8207

2 Zimmerwohnung
beschlagnahmefrei, sofort zu vermieten. Seybold, H 1, 1. *8241

Groß. möbl. Zimmer
sofort zu vermieten. R 7, 2, 2. Stock. *8251

Lindenhof
Möbliertes Zimmer mit 2 Betten zu verm. Eichelsheimerstr. 14 1 Treppe rechts. *8245

Leeres Zimmer
an einzel. Herrn od. Dame zu vm. Zu erfr. b. Gg. Eckert, Karl-Benzstr. 14, 2. Stock. B1165

National-Theater Mannheim.

Vorstellung Nr. 202
Mittwoch, den 7. März 1928.
1. Vorstellung für die Schüler der Volksschulen Mannheims
Wilhelm Tell
Schauspiel von Schiller.
Anfang 14.30 Uhr — Ende 17 Uhr

Personen:

Hermann Gessler, Reichsvogt	Wilhelm Kolmar
Werner, Freih. v. Attinghausen	Hans Godeck
Ulrich von Rudenz, sein Neffe	Fritz Klippel
Werner Stauffacher	Johannes Heins
Wilhelm Tell	Hanns Barthel
Arnold vom Melchtal	K. Haubenreisser
Gertrud, Stauffachers Gattin	Lene Blankenfeld
Hedwig, Tells Gattin	Ida Ehre
Berta von Bruneck	Liselotte Betke
Rudolf der Harras	Hans Simshäuser

National-Theater Mannheim.

Vorstellung Nr. 203. Miete A Nr. 28
Mittwoch, den 7. März 1928
Coeur Bube
(„Ihr kleiner Freund").
Lustspiel von Jacques Natanson. — Deutsch von Berta Zuckerkandl. — In Szene gesetzt von Dr. Gerhard Storz.
Anfang 20 Uhr — Ende gegen 22 Uhr

Personen:

Simone, eine Lebedame	Ernestine Costa
Claire, ihr Stubenmädchen	Lotte Schwarzkopf
Michel, der offizielle Freund	Willy Birgel
Henri, d. empfinds. Jüngling	Bum Kröger
Emile, der entlass. Verehrer	Raoul Aisler
Der Tapezierer	Fritz Linn

Strawinsky Toch Hindemith
im 8254
Städtischen Theater Heidelberg

Donnerstag, den 8. März (Abonn. A)
Mavra
Komische Oper von Igor Strawinsky
Hin und zurück
Sketch mit Musik von Paul Hindemith
Die Prinzessin auf der Erbse
Musikmärchen von Ernst Toch
Anfang 19½ Uhr — Ende nach 21½ Uhr

Nur noch heute u. morgen!
Das grandiose Filmwerk:
Weltkrieg
ZWEITER TEIL
DES VOLKES NOT
Original-Musik: MARC ROLAND
Großes Orchester unter Leitung von Otto Böhme
Täglich 4.00 6.05 8.10
Jugendliche haben Zutritt!
UFA-THEATER / P 6

Cabaret - Corso - J 1, 6
Mittwoch nachmittag *8276
4 Uhr-Vorstellung
Kaffee und Kuchen —.80
Gaetano Olloms
nur bis 15. März
Täglich abends 8 Uhr vollständig. Programm
Eintritt frei.

Wirtschafts-Uebernahme
„Zum Posthorn"
T 4, 17 — Tel. 171.29
Heute Mittwoch zur Eröffnung
Gr. Schlachtfest
Spezialität: Schlachtplatte.
Alle Freunde und Bekannte sind herzl. eingeladen. *8202
Heinrich v. Berg u. Frau.

Badisch-Pfälzischer Luftfahrtverein
Am Freitag, den 9. März
abends im Saale der Handelskammer 20.15 Uhr findet aus unserer Werbevortragsreihe der letzte Vortrag über
„Seeflugerei als Grundlage der Ozeanflüge"
durch Herrn Dr. Fritz Müller, unter Vorführung von Filmen und Lichtbildern statt. 8193
Nichtmitglieder Mk. 1.—. Studierende und Schüler 50 Pfg.

ALHAMBRA

Nur noch heute u. morgen
Das sehenswerte Doppelprogramm:
Die Abenteuer des Brigadiers Gerard
(Unter den Adlern Napoleons)
In der Hauptrolle:
Rod la Rocque
der weltberühmt gewordene Hauptdarsteller aus dem Film
„Die 10 Gebote"
Außerdem:
Die elf Teufel
Ein Spiel von Liebe und Sport.
Darsteller:
Evelyn Holt, Lissi Arna, Gustav Fröhlich, Fritz Alberti, Jack Mylong Münz, Willi Forst, Harry Nestor, Geza Weiss u. a. 8271
Die Handlung dieses Meisterwerkes ist so packend, daß selbst Nichtsportleute mitgerissen werden.
Anfang 3.00, 5.30, 8.10 Uhr

Pianos
Kauf u. Miete
Fr. Siering, G 7, 6
Pianolager

Billige Motorräder

Ich habe bei Indian-Geschäften folgende Maschinen i. Zahlung genommen und gebe dieselben unt. günst. Zahlungsbeding. ab:
Wanderer, Mod. 27, 750 ccm, Beiwagen, Mk. 1250.-
Wanderer, Mod. 25, 500 ccm, Beiwagen, Mk. 1000.-
Wanderer, Mod. 25, 500 ccm, Beiwagen, Mk. 700.-
Horex, Mod. 25, 500 ccm, Luxus, Mk. 950.-
D-Rad, Mod. 27, 500 ccm, Beiwagen, Mk. 850.-
NSU, Mod. 25, 1000 ccm, Beiwagen, Mk. 800.-
Indian, Mod. 25, 500 ccm, elektr. Licht, Mk. 1000.-
Richard Gutjahr
Indian-Vertreter
Böckstr. 9 Tel. 29443
987

Schlafzimmer und **Einzel-Möbel**
in Ia. Qualit. gr. Auswahl enorm bill. Eröffnungspreisen. Teilzahlung gest. Jetzt Speyerer Zweiggesch. Beilenstr. 24 Kein Laden

Achtung!
Herrenfahrer! Chauffeur (E.-Schloß.) sucht Wagen zu pflegen. Angeb. u. W N 18 an die Geschäftsst. B1101

Privat
Wäsche wird zum Waschen für Herren und Damen angenommen. Angeb. u. T W 52 an die Geschäftsst. B1156

Die zweite Woche verlängert!
Luther
10 Akte aus der größten religiösen und sozialen Bewegung Deutschlands von Hans Kyser.
In der Titelrolle:
Eugen Klöpfer
Jugendliche haben Zutritt
Anfang: 4, 6.10 u. 8.20 Uhr
Palast-Theater

Zum Alpenjäger
U 5, 16 am Ring — Telephon 209 06
Heute Mittwoch
Schlachtfest
in bekannter Güte.
Gleichzeitig empfehle ich meine gut bürgerliche Küche, Mittag- und Abendtisch, und bitte um geneigten Zuspruch. — Schönes Nebenzimmer.
8139 **Kaspar Nagel.**

Deutsche Triumph!
Sportmodell, 250 ccm, 6 PS., Mk 895.— oder 270 Anzahlung, 58.50 monatl. *8188
Betrachten Sie den Schlager der Saison.
Generalvertretung **L. Vogt, O 7, 24.** Tel 23220.

Gegen Gesichtspickel
Mitesser, Gesichtspickel und Haarausfall hilft einzig und allein Höhensonne bei billigster Berechnung. Ein Versuch wird Sie überzeugen. *8263
Gebr. Rehm, U 1, 1.

Verkäufe

Café Konditorei
mit Einrichtung zu verkaufen. *8157
Angebote unter X S Nr. 48 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Haus
4½ St. mit gutgeh. Bäckerei (Dampfofen) best. Lage Mannheims wegen Krankh. m. Wohnung sof. zu verkauf. Anzahl. 15—20 000 ℳ erforderlich. *8202

Eckhaus
fast neu, mit Laden, 4½ St., Neckar-Oststadt, kann zu jedem Geschäft umgeb. werden. Anzahl. 20—25 Mille, zu verk. durch Immobiliengeschäft M. Weisang, U 1, 19. Telephon 22822.

5 Tonnen-**Daimler-Benz**
in bek., fahrbereitem Zust. zu verk. *8248
Wilh. Treuflle, Waldhofstraße 143.

6 gebrauchte, gut erh. **Musterkoffer**
(Mädler, hoch 62, lang 65, breit 50, billig abzugeben. *8223
Gebrüder Kohn, C 3, 7. Telephon 21181.

Wir eröffnen
die
Frühjahrs-Saison 1928
mit einer großen
Spezial-Ausstellung
Das Kleid
Der Mantel
Das Kostüm
Wir führen
in unseren Schaufenstern eine erlesene Auswahl der letzten Modeschöpfungen vom soliden, mod. Gebrauchs-Kleidungsstück bis zum hochelegantesten Modell.
Sophie Link
GMBH MANNHEIM

Peter Deuß, P 1, 7
Große Fischfänge
*3274 **billige Preise!**
ff. Silberlachs ohne Kopf 30 Pf.
„ Ausschnitt 40 „
Kabliau ohne Kopf 35 „
„ Ausschnitt 50 „
frische grüne Heringe 5 Pfund 1.— Mk
Schellfisch — Zungen
täglich frische Räucherfische, sowie alle Fisch-Marinaden
Gemüse-Konserven
Früchte-Konserven

Verkäufe

Zentral gelegenes
erstes Geschäftshaus
Nähe Planken und Breitestraße
gut gepflegt. Objekt — beste Ausstattg. mit freiwerd. Parterre-Büroräumen (weit. Räumungen mögl.) unt. günst. Bedingungen zu verkaufen.
Näh. Immobilienbüro Levi & Sohn, Q 1, 4 (Breitestr.) Tel. 20595/96. B1190

Geschäftshaus
in der Oststadt, mit 6 Zimmerwohng., schöne Wohnlage, bei ca. 30 000 Mark Anzahlung zu verkaufen. Näheres durch *8254
Immobilienbüro Th. Schmitt, N 5, 7.

Photo-Apparat
9×12, voll. neu, erstklassig, Anschaffungswert 140 ℳ, bes. Umstände halb. zu 85 ℳ zu verk. Adresse in der Geschäftsstelle d. Bl. *8244

Bandeisen
gebraucht, aber gut erhalten, billig abzugeben.
Näheres zu erfragen in der Geschäftsst. des Blattes. Se504

Schreiber
Für die
Konfirmation
Konserven
Spargel — Erbsen — Bohnen
Karotten ganz und geschnitten
Champignons - Trüffel - Steinpilze
Pfifferlinge
Obst - Konserven
in großer Auswahl
Flaschenweine
tafelfertig in jeder Preislage und für jeden Geschmack

Weißwein	Rotwein
½ Fl. 1.30-3.- einschl. Glas	½ Fl. 1.10-4.10 einschl. Glas

Offene Weine

Weißwein	Rotwein
1 Liter 1.25	1 Liter 1.15

5% Rabatt
Se503
Schreiber

MARCHIVUM

Billiges Betten-Angebot

In Preiswürdigkeit, Güte und Auswahl unübertroffen!

Bettstellen für Erwachsene

- Weiße Metallbetten Gr. 90/190 27 mm Rohr M. 22.50, **20.50**
- Weiße Metallbetten Gr. 90/190 31 mm Rohr M. 26.-, **22.50**
- Weiße Metallbetten Gr. 90/190 33 mm Rohr m. Messing-Vers. . . M. 32.50, 28.50, **24.50**
- Weiße Metallbetten Gr. 90/190 27 mm Rohr mit Fußbrett . . . . . M. 32.—, **25.50**
- Weiße Metallbetten Gr. 90/190 33 mm Rohr m. Fußbr. M. 33.50, **27.-**

Kinder-Bettstellen

- Weiße Metallbetten Gr. 60/125 M. 22.-, 19.50, **17.00**
- Weiße Metallbetten Gr. 70/140 M. 25.- 22.50 20.-, **18.50**
- Weiße Metallbetten mit reicher Messing-Verzierung . . . M. 48.-, 37.-, 30.-, **27.50**
- Weiße Holzbetten Gr. 60/120 . M. 35.-, 25.-, **17.50**
- Weiße Holzbetten Gr. 70/140 M. 65.-, 55.-, 45.-, 35.50, 25.50, **19.50**

Matratzen aus eigenen Werkstätten

- einteil. Seegrasmatratzen mit Keil . . . . . M. 22.50, **17.50**
- 3teil. Seegrasmatratzen mit Keil . M. 33.-, 26.-, **20.00**
- 3teil. Wollmatratzen mit Keil . . . M. 55.-, 45.-, 35.-, **27.00**
- 3teil. Kapokmatratzen mit Keil . . . M. 93.-, 83.-, **75.00**
- 3teil. Roßhaarmatratzen mit Keil M. 175.-, 145.-, **120.00**

Federbetten und Bettfedern

- Deckbetten mit 6 Pfd. Federn M. 45.-, 35.-, 25.-, **15.00**
- Daunen-Deckbetten M. 65.-, 57.50, **49.50**
- Kissen mit 2 Pfd. Federn M. 12.-, 10.50, 7.50, **4.50**
- Graue Bettfedern M. 4.95, 3.50, 2.50, 1.25, **95 Pfg.**
- Weiße Bettfedern M. 7.75, 6.75, 5.95, **3.95**

Steppdecken eigene Fabrikate

- Steppdecken mit Halbwollfüllung M. 17.50, 14.50, 12.-, **9.95**
- Steppdecken mit Wollfüllung M. 29.50, 23.-, 21.-, **19.50**
- Steppdecken mit weißer Wollfüllung M. 57.50, 45.-, **30.00**
- Steppdecken mit Daunen-Füllung M. 95.-, 85.-, 75.-, usw. **55.00**

Bettbarchente, Bettdrelle, Matratzenschoner, Patentröste. 52601

Besonders günstig: Eine Partie tadellose schwere Bettstellen für Erwachsene, im Preise zurückgesetzte Modelle à **27.- 25.- 23.50 19.50**

4 große Verkaufshäuser
Ausstellung in
17 großen Schaufenstern

Liebhold

H 1, 2 H 1, 4 Breitestraße
H 1, 13 / H 1, 14 am Marktplatz

Das große Spezialhaus für Betten und Aussteuer-Artikel

Steppdecken- und Matratzenfabrik mit elektrischem Betrieb und den neuesten Spezialmaschinen.

Zum Hausputz

empfehlen wir uns zum

Reinigen aller Einrichtungsgegenstände, ganzer Polstermöbel, Gardinen und Decken auf neu

Färben aller Stoffe und Teppiche. Indanthrenfarben — lichtechte Farben für Wollstoffe. S162

Färberei Grün

P 5, 13 Telephon 20384

Annahmestellen
für Färberei, chemische Reinigung u. Dampfwäscherei in all. Stadtteilen sofort gesucht. Angeb. unt. X Y 54 an die Geschäftsstelle. B1175

Anst. Frln., 19 J. a., sucht passende Freundin zwecks gemeinsamen Spaziergängen. Aufschriften unter Y D Nr. 59 an die Geschäftsstelle. *8183

Sie speisen gut,
Sie speisen reichlich,
Sie speisen billig
in Privat-Pension,
Rheinhäuserstr. 16, pt.
Nähe Tattersall. *8174

Nähmaschinen
reparient. Knubben, L 7, 8. Tel 23 499. 8289

Speise-Zimmer und **Herrenzimmer** 2484

hervorragend schöne Modelle, von den einfachsten bis zu den feinsten Ausführungen. — Billigste Preise.

A. Straus & Co., J 1, 12

Verkäufe

Pferd
zu verkaufen. Anzusch. nachmittags. B1168 R 6, 7.

Wegen Umzug billig zu verkaufen: *8258
1 Zimmertisch
m. 4 Stühlen, 1 Nähtischchen, Leinengardin. T 1, 5, Laden.

Neuer stil. Gasherd m. Back-Grillofen bill. zu verkaufen. *8172 Zimmermann, Rheinhäuserstraße 16.

Fast neues Damenrad billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle. B1169

D-Rad
wenig gefahren, sehr gut erhalten, Rennverzahnung, ohne Licht, zu M 420 bar zu verkaufen. 905
Anfragen unter A J Nr. 150 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Fast neuer Kinderwagen zu verkaufen. B1186 Gontarbstraße 19, 3 Treppen links. Anzus. v. 10—3 Uhr.

Schöner blauer Kinderkastenwagen, wenig gebraucht, sehr abzugeben. *8259 Klump, Humboldtstr. 2, III.

Gelegenheit! Ia. italien. Meister-Seife für kl. Hand. B1185 Mannh.-Feudenheim, Brunnenplatz 32.

Klavier, sehr schönes Instrum., äußerst billig zu verkaufen. Adresse in der Geschäftsstelle. *8235

1 elektr. Ofen, neu, 1 el. Bettflasche, gebr. 1 el. Zimmersonne, gebr., preisw. abzug. Käferstalerstraße 17, part., links. *8221

Gebrauchter **Schaufensterkasten** billig zu verk. *8214 C 2, 24, Laden.

Dekorationen
Bodenbelag :: Polstermöbel
Linoleum Tapeten
Werner Twele
E 2, 1 Tel. 32913 8311

Eilboten Sturm a. Marktpl. Telef. 29442 besorgt alles schnell und billigst mit Auto. 8133

Restaurierung von Gemälden
Reparieren von Kunstporzellanen
Friedrich Birkenmeier
Kunstmaler u. Restaurator, U 6, 6.
B1087

Müheios in wenigen Minuten erhalten Linoleum-, Parkettböden usw. dauerhaften Hochglanz mit Ea153

Ludrol-Pasta
und dem Ludrol-Zerstäuber
Kein mühsames Auftragen mit der Hand, große Ersparnisse an Zeit und Geld.
Ludrol-Pasta in Dose . 1/1 Dose ℳ 2.00
Ludrol-Zerstäuber . . . . . ℳ 3.50
Ludrolin, flüssig, in Literflaschen ℳ 2.50
Zu haben in allen einschl. Geschäften.
Vorführung in Mannheim erfolgt kostenlos.
Paul Hirsch & Co., Mannheim
Verl. Jungbuschstr. 60 Fernspr. 295 68

Seit 1835 weltberühmt!
Wer vorzüglichen echten **Torino Vermouth** trinken will, verlange **„Original Cora“**
G. & L. Fill Cora, Turin
Generalvertreter:
Glocker & Tuteur, Pforzheim Fernspr. 2372

„Eludes“-Fleckwasser
seit Jahren beliebt u. bestens bewährt bei Schmutz-, Fett-, Farb- etc. Flekken in Fläschch. v. Mk. —.50 bis 1.— nur bei S73 Ludwig & Schütthelm, O 4, 3 gegenüb. Hirschland Drog. u. Parfümerie Tel 27715 u. 27716

Anzüge
Bettzeug, Schmuck, Uhren, Pfandscheine, Altertümer, Gitarren, Mandolinen, Bücher, Münzen, Möbel, Bilder kauft u. verk. Baumann, T 5, 18, Teleph. 29 084. S157

Laurenfant & Pinkoff
J 1, 16/17 Tel. 31711
Die hervorragende Qualität meines frischen
Ochsenfleisches
von nur allerbesten, jungen, schweren Ochsen
befriedigt jeden Käufer
Roastbeef - Lenden - Ochsenzungen billigst
Außerdem
— nur Qualitätsware frisches —
Hammelfleisch – Schweinefleisch

ff. roher Schinken . . .	¼ Pfd. 50 ₰
ff. gekochter Schinken .	¼ Pfd. 60 ₰
Nußschinken	Pfd. 1.60
Rollschinken im Ganzen .	Pfd. 1.60
ff. Plockwurst	¼ Pfd. 40 ₰
ff. gekochtes Rindersöckelfleisch mager, m. Speckdurchzog.	¼ Pfd. 50 ₰
Dürrfleisch	Pfd. 1.35
Rippenspeer	Pfd. 1.50
ff. Salami	¼ Pfd. 50 ₰

Heute wieder eingetroffen:
Ein Waggon nüchtern Holland-Kälber
Verkaufspreis wieder:

Kotelett	Kalbsbraten	Kalbsgeling m. Herz
Brust		Pfd. 60 ₰
Hazen	Nierenbraten	Kalbsleber
Pfd. 68 ₰	Pfd. 80 ₰	Pfd. 1.40 Mk

Damenhüte

kauft man immer am vorteilhaftesten im

Spezial-Damenhutgeschäft

Beachten Sie daher meine große Ausstellung. 8190

Sie finden stets das Neueste in preiswerter Ausführung.

Hugo Zimmern, N 2, 9, Kunststraße

Spezial-Damenhutgeschäft.

MARCHIVUM